Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

11. Mai 1981 Nr. 20

Preis 1 DM D 21060 C

Aufbau der befreiten Gebiete in El Salvador
Leo Gabriel besuchte die Befreiungsbewegung El Salvadors an der Ostfront „Francisco Sanchez". Ein Auszug aus seinem Bericht .....Seite 7

Wahlfarce des Regimes in Phnom Penh
99,7% für Heng Samrin, Konsequenzen dieser Wahlen? Vietnam lanciert durch Mund der Marionetten „Kompromißvorschlag" .....Seite 5

Olivetti, ein Beispiel für andere Betriebe?
Aus dem Zusammentreffen von Interessen der Kapitalisten und der Arbeiter: „Anreicherung der Arbeit". Zu wessen Gunsten ging dies aus? ..Seite 9

Zu wenig Pflegepersonal
Mindestens 28000 Stellen fehlen in Krankenhäusern. Farthmann: Kosten 3 Mrd. DM – unbezahlbar ...Seite 11

Regionalteil .....Seiten 13-15

Entspannung ist nicht in Sicht

bep. Haben sich die Aussichten verändert, die drohende Katastrophe, den neuen Weltkrieg, der in den letzten Jahren näher und näher gerückt ist, zu verhindern? Wie haben sich in unserem Land die Kräfte entwickelt, die eine zum Krieg führende Politik bekämpfen? Nicht schlecht, jedenfalls was die letzte Frage betrifft, kann man annehmen, wenn man die Demonstrationen, Kundgebungen, Unterschriftensammlungen und anderen Initiativen der letzten Monate sieht. Nicht schlecht auch, wenn man die Schwierigkeiten betrachtet, in welche die Außen- und Rüstungspolitik der Regierung tiefer und tiefer gerät. Da ist das ehrgeizige Programm zur Neuausrüstung der Bundeswehr. Nun präsentieren die europäischen und amerikanischen Rüstungsindustrien fort und fort die Rechnungen. Der Rüstungshaushalt erweist sich trotz aller Manipulationen ein ums andere Mal als ungedeckt. US-Außenminister Weinberger will auf der kommenden NATO-Verteidigungsministerkonferenz neue Forderungen vorlegen: Noch höhere Rüstungsausgaben, noch höhere Leistungen für die Stationierung von US-Streitkräften in Europa. Die Regierung läuft Gefahr, bei der Abstimmung über den Wehretat im Rahmen der 2. Lesung des Bundeshaushalts, die im Juni ansteht, die Gefolgschaft eines Teils der SPD-Fraktion zu verlieren.

Auch die Mehrheit für den NATO-Nachrüstungsbeschluß in der SPD droht zu zerfallen. Der Aalener Parteitag der baden-württembergischen SPD faßte mit großer Mehrheit einen, allerdings lauen, Beschluß: Die „Geschäftsgrundlage" des NATO-Doppelbeschlusses (Aufrüsten *und* Verhandeln) solle auf dem nächsten Bundesparteitag der SPD überprüft werden. Möglicherweise wird der bevorstehende Landesparteitag in NRW ähnlich beschließen. Diese Beschlüsse sind nur ein Reflex auf das Wachsen der Kräfte innerhalb und außerhalb der SPD, die sich der Stationierung neuer US-Atomraketen entgegenstemmen. In anderen westeuropäischen Staaten ist die Entwicklung ähnlich, vor allem in Großbritannien, in den Benelux-Staaten, in Skandinavien. Aber hat diese Bewegung eine reelle Chance?

Eins ist sicher: Das kampucheanische Volk (das so oft verleugnet und verächtlich gemacht wird), die Völker Afghanistans, die polnischen Arbeiter und Bauern haben uns bereits unschätzbare Unterstützung geleistet. Ihr Widerstand macht dem sowjetischen Expansionismus schwer zu schaffen. Die sowjetische Wirtschaft geht am Stock. Im russischen Imperium mehren sich die Anzeichen schwerer sozialer und politischer Erschütterungen. Daraus auf eine Minderung der Kriegsdrohung, soweit sie von der Sowjetunion ausgeht, zu schließen, wäre zumindest unvorsichtig. Vielleicht haben uns diese Völker eine Atempause erkämpft. Aber die Gefahr bleibt, daß der russische Imperialismus seine inneren Schwierigkeiten durch Beschleunigung der Aggression nach außen, vielleicht sogar durch einen Amoklauf zu entgehen sucht.

Genausowenig hoffnungsvoll stimmt der Anblick der US-Politik. Außenminister Haig, von der NATO-Außenministerkonferenz nach Washington zurückgekehrt, wurde als der „Sieger von Rom" gefeiert. Wen hat er besiegt? Wahrscheinlich sind wir gemeint. Haig hat ein billiges Gaunerstück abgezogen, und die westeuropäischen Regierungen haben mitgemacht oder sich aufs Kreuz legen lassen (das hängt von der Beurteilung ihrer Interessenlage ab). Er hat die Bereitschaft der US-Regierung versichert, in diesem Jahr in förmlichen Verhandlungen mit der SU über die Mittelstreckenraketen in Westeuropa einzutreten. Klare Ziele oder Angebote für die Verhandlungen gibt es nicht. Diese Seifenblase sollte den Blick abziehen vom eigentlichen Ergebnis der Konferenz: der unverrückbaren Entschlossenheit der USA, ihre Raketen hierherzubringen, um ihre Auseinandersetzung mit der SU notfalls bis zum letzten Europäer führen zu können. Speziell die Bundesregierung hat sich vor Befriedigung überschlagen. Kein Wunder, denn der „Doppel"-Beschluß der NATO wäre so erfüllt und die „Geschäftsgrundlage" der Zustimmung der SPD zu diesem Beschluß gesichert.

Auf die Bewegung gegen die NATO-Nachrüstung wird das keine allzu großen Wirkungen haben. Aber wir dürfen uns die Sache nicht zu leicht machen. Um die Raketen-Stationierung zu *verhindern*, um einen *erfolgreichen* Widerstand gegen die Atomrüstung, gegen die Kriegsvorbereitungen, gegen die Anwesenheit der Truppen beider Supermächte auf fremdem Territorium in Mitteleuropa, gegen das „Offenhalten" der deutschen und der polnischen Frage zustande zu bringen, ist wesentlich *mehr* erforderlich als die gegenwärtige Protestbewegung, und die dazu notwendige Front wird auch nicht automatisch und bruchlos aus der Bewegung gegen NATO-Nachrüstung und BRD-Rüstungshaushalt entstehen, so wichtig diese Bewegungen sind. Möglicherweise zerbricht die bestehende Regierung an dieser Bewegung, aber die CDU steht zur Regierungsbildung schon bereit, und man kann getrost annehmen, daß eine CDU/FDP-Regierung der Reagan-Administration besser passen würde als die gegenwärtige. Es geht um *Mehrheiten* gegen die gemeinsame Politik der jetzigen Regierung und der CDU. Anders als bei vielen anderen Kämpfen kann in diesem Fall eine ausreichende Mehrheit und Geschlossenheit nicht allein erreicht werden durch Konzentration auf das nächste konkrete Ziel. Es gibt historische Gründe, warum große Teile der heutigen Friedensbewegung in erster Linie in Frontstellung zu den USA stehen und die sowjetische Politik viel weniger scharf sehen: die Herkunft von Teilen dieser Bewegung aus der Zeit des Kalten Krieges oder des Vietnamkrieges zum Beispiel. Aber es gibt auch reale Gründe dafür, daß große Teile der Bevölkerung, und wahrscheinlich eine deutliche Mehrheit, die Gefahr einer sowjetischen Aggression sehen und höher einschätzen als die Folgen der US-Hegemonie über Westeuropa. Sicher, es gibt Beweise genug, daß diese US-Hegemonie kein Faktor der Kriegsverhinderung, sondern einer der Verschärfung ist. Aber nur eine Politik, die sich gegen beide Großmächte richtet, die aufzeigt, wie dem russischen Vordringen Widerstand zu leisten ist, ohne sich in die Hände der USA zu geben, hat Aussicht auf Erfolg und kann einer revolutionären Entwicklung in Mitteleuropa den Weg frei machen. Die Friedensbewegung muß Kurs nehmen auf ein blockfreies Mitteleuropa, frei von der Hegemonie der Supermächte, ohne Atomwaffen, mit vertraglich anerkannten Grenzen, wenn sie nicht auch im Kampf gegen die NATO-Nachrüstung scheitern soll.

Kinder im katholischen Viertel Belfasts: Wir unterstützen die Hungerstreikenden

Bobby Sands – ein Märtyrer des irischen Befreiungskampfes

lup. Bobby Sands, IRA-Mitglied, Mitglied des britischen Unterhauses, gestorben nach einem 66tägigen Hungerstreik für die Verbesserung der Haftbedingungen und für die Anerkennung des politischen Status der IRA-Häftlinge, wurde am vergangenen Donnerstag von einer 70000 Mann starken Demonstration zu Grabe getragen, darunter zahlreiche Delegierte von Organisationen aus der ganzen Welt. Er ist einer der zahlreichen Märtyrer, die die irische Nation im Kampf gegen ihre nationale Unterdrückung durch Großbritannien hervorgebracht hat, und die den unbeugsamen Freiheitswillen dieser kolonial unterdrückten Nation zum Ausdruck bringen.

Margret Thatcher, Chefin der konservativen britischen Regierung, hat nach Bobby Sands Tod sogleich die britische Polizeipräsenz verstärken lassen. Und sie hielt die Gelegenheit für passend zu erklären, daß in Zukunft gesetzlich verhindert würde, daß erneut ein IRA-Terrorist in die Reihen des britischen Unterhauses einziehe. Ganz in der Pose des Oberhauptes einer alten Kolonialmacht, deren ehemalige außereuropäische Untertanen zwar nun fast alle das Joch der britischen Kolonialherrschaft abgeschüttelt haben, deren Schläge aber wohl doch noch nicht ausgereicht haben, solchen Gestalten wie M. Thatcher solche Allüren auszutreiben.

Hungerstreiks erwecken leicht den Eindruck von verzweifeltem Protest. Auf der anderen Seite: Welch anderes Mittel hätten die IRA-Häftlinge gehabt, ihre Forderungen, die sich im konkreten auf die Forderungen nach humanen Haftbedingungen reduzieren lassen, und die sich prinzipiell dagegen richten, daß Freiheitskämpfer wie gewöhnliche Kriminelle behandelt werden, durchzusetzen? Hungerstreiks von Häftlingen haben in Irland eine lange Tradition. Sie bringen weniger Verzweiflung als vielmehr die Tatsache zum Ausdruck, daß die irischen Republikaner selbst unter den schwierigsten Bedingungen der Haft vom Kampf um die Unabhängigkeit ihres Landes nicht ablassen! Die Stärke dieses Hungerstreiks, den jetzt andere IRA-Häftlinge fortsetzen, liegt darin, daß er mit einer breiten Massenbewegung vor allem in Nordirland direkt verbunden war, die am deutlichsten durch die Wahl Bobby Sands in das britische Unterhaus dokumentiert worden war. Gerade dieser Wahlsieg hatte auch gezeigt, daß die IRA keine isolierte Gruppierung ist, sondern tatsächlich der bewaffnete Arm einer nationalen Befreiungsbewegung, die ganz zu Unrecht etwa mit der RAF in Westdeutschland verglichen wird.

Der Hungerstreik zielte gerade auch auf die Mobilisierung internationaler Unterstützung für die Forderung nach besseren Haftbedingungen ab, die für den irischen Befreiungskampf insgesamt lebenswichtig ist. Und gerade in dieser Hinsicht ist der Hungerstreik ziemlich erfolgreich. Er hat die britische Regierung erheblich isoliert.

So haben etwa fast alle großen Gewerkschaften Italiens, Frankreichs und Belgiens die Forderungen des Hungerstreiks unterstützt, mehrere Befreiungsbewegungen, die portugiesische Regierung, verschiedene amerikanische Senatoren, um nur einige zu benennen. Große Teile der britischen Labour Party, aber auch der britischen Gewerkschaften, opponieren gegen das Vorgehen der britischen Regierung. Die britische Zeitschrift „New Statesman" erklärte kürzlich, die Position der britischen Regierung sei auf die Dauer kaum haltbar. Rudolf Walter Leonhardt kommt in einem Artikel der „Zeit" zu dem Schluß, daß die 6 Provinzen von Ulster sich als „artifizielles Konglomerat" erwiesen hätten, deren Vereinigung mit der Republik Irland auf die Dauer unvermeidlich sei.

Die Vorsitzenden von 5 großen irischen Gewerkschaften haben in einem persönlichen Schreiben die britische Regierung aufgefordert, der Tragödie in dem Gefängnis Long Kesh ein Ende zu bereiten, und an die deutschen Gewerkschaften appelliert, ihre Forderung zu unterstützen. Verschiedene Gewerkschaftsgruppen und -funktionäre, insbesondere aus Hessen, sind diesem Appell bereits gefolgt.

Ein nicht so guter Kompromiss

vol. Die Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten haben einen Abschluß von 4,3% ab 1.5.1981 und je 120 DM für März und April akzeptiert. Die Laufzeit ist 12 Monate. Für die Ecklohngruppe in den öffentlichen Diensten (Arbeiter, Land, LG VII, 2 Kinder) ist dies eine prozentuale Erhöhung von 4,6%. Für die unterste Lohngruppe der Arbeiter bedeutet dies 4,8% und bei den Angestellten 4,9%. Ab 2790 DM ist die Lohnerhöhung gleich den 4,3%.

Das schlechteste an diesem Abschluß ist der große Abstand zur Inflationsrate von jetzt 5,5%, bei der es auch keine sinkenden Tendenzen gibt. 0,9% Reallohnverlust direkt beim Abschluß in der Ecklohngruppe sind eine ziemlich bittere Pille. In reinen DM-Beträgen gerechnet unterscheidet sich der Abschluß allerdings wenig vom Abschluß der IG Metall. In der Ecklohngruppe sind es in den öffentlichen Diensten 0,50 DM im Vergleich zu 0,46 DM bei der IGM. Hinzu kommt, daß in den öffentlichen Diensten dies effektiv gezahlt wird, während in der Industrie um die effektive Auszahlung noch gekämpft werden muß. Die stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen – wenn auch die 120 DM Zahlungen nicht gerade überwältigend sind – ist das erfreulichste an diesem Abschluß, da es Wirkungen von Inflation und Arbeitslosigkeit dort, wo es am dringendsten ist, einschränkt.

Der Nachgeschmack bleibt, daß sich die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst etwas unter Wert verkauft haben, zugunsten der Regierungspolitik der Sozialliberalen. Es wäre einem schon lieber gewesen, wenn Baum im Fernsehen vor der Gefahr eines Streiks geredet hätte, statt daß Heinz Kluncker „auf die Gefahr für das soziale Klima" hinweist. Sicherlich wäre ein solcher Streik schwierig. Aber nach den Erfahrungen in der Metallindustrie, daß die Lohnabhängigen trotz Krise massenhaft für ihre Interessen gekämpft haben, mußten die Regierungsvertreter schon durch die Drohung erheblich unter Druck geraten. Andererseits stimmt es sicherlich auch, daß bei der Rekordverschuldungspolitik der Regierungen ein viel längeres Rauszögern der Verhandlungen sich für die Gewerkschaften nachteilig auswirken mußte.

Gegenüber den von der Bourgeoisie gehegten Plänen, den öffentlichen Dienst in diesem Jahr extra zur Kasse zu bitten, ist mit diesem Abschluß ein bestimmter Schritt erreicht. Weiterhin stehen aber die Pläne nach Nichtanpassung der Beamtengehälter und wenn auch nur noch in Teilen (z.B. die 120 DM?), die Kürzungen bei Beförderungen und Stellenplänen.

Kinder im katholischen Viertel Belfasts: Wir unterstützen die Hungerstreikenden

Bobby Sands – ein Märtyrer des irischen Befreiungskampfes

lup. Bobby Sands, IRA-Mitglied, Mitglied des britischen Unterhauses, gestorben nach einem 66tägigen Hungerstreik für die Verbesserung der Haftbedingungen und für die Anerkennung des politischen Status der IRA-Häftlinge, wurde am vergangenen Donnerstag von einer 70000 Mann starken Demonstration zu Grabe getragen, darunter zahlreiche Delegierte von Organisationen aus der ganzen Welt. Er ist einer der zahlreichen Märtyrer, die die irische Nation im Kampf gegen ihre nationale Unterdrückung durch Großbritannien hervorgebracht hat, und die den unbeugsamen Freiheitswillen dieser kolonial unterdrückten Nation zum Ausdruck bringen.

Margret Thatcher, Chefin der konservativen britischen Regierung, hat nach Bobby Sands Tod sogleich die britische Polizeipräsenz verstärken lassen. Und sie hielt die Gelegenheit für passend zu erklären, daß in Zukunft gesetzlich verhindert würde, daß erneut ein IRA-Terrorist in die Reihen des britischen Unterhauses einziehe. Ganz in der Pose des Oberhauptes einer alten Kolonialmacht, deren ehemalige außereuropäische Untertanen zwar nun fast alle das Joch der britischen Kolonialherrschaft abgeschüttelt haben, deren Schläge aber wohl doch noch nicht ausgereicht haben, solchen Gestalten wie M. Thatcher solche Allüren auszutreiben.

Hungerstreiks erwecken leicht den Eindruck von verzweifeltem Protest. Auf der anderen Seite: Welch anderes Mittel hätten die IRA-Häftlinge gehabt, ihre Forderungen, die sich im konkreten auf die Forderungen nach humanen Haftbedingungen reduzieren lassen, und die sich prinzipiell dagegen richten, daß Freiheitskämpfer wie gewöhnliche Kriminelle behandelt werden, durchzusetzen? Hungerstreiks von Häftlingen haben in Irland eine lange Tradition. Sie bringen weniger Verzweiflung als vielmehr die Tatsache zum Ausdruck, daß die irischen Republikaner selbst unter den schwierigsten Bedingungen der Haft vom Kampf um die Unabhängigkeit ihres Landes nicht ablassen! Die Stärke dieses Hungerstreiks, den jetzt andere IRA-Häftlinge fortsetzen, liegt darin, daß er mit einer breiten Massenbewegung vor allem in Nordirland direkt verbunden war, die am deutlichsten durch die Wahl Bobby Sands in das britische Unterhaus dokumentiert worden war. Gerade dieser Wahlsieg hatte auch gezeigt, daß die IRA keine isolierte Gruppierung ist, sondern tatsächlich der bewaffnete Arm einer nationalen Befreiungsbewegung, die ganz zu Unrecht etwa mit der RAF in Westdeutschland verglichen wird.

Der Hungerstreik zielte gerade auch auf die Mobilisierung internationaler Unterstützung für die Forderung nach besseren Haftbedingungen ab, die für den irischen Befreiungskampf insgesamt lebenswichtig ist. Und gerade in dieser Hinsicht ist der Hungerstreik ziemlich erfolgreich. Er hat die britische Regierung erheblich isoliert.

So haben etwa fast alle großen Gewerkschaften Italiens, Frankreichs und Belgiens die Forderungen des Hungerstreiks unterstützt, mehrere Befreiungsbewegungen, die portugiesische Regierung, verschiedene amerikanische Senatoren, um nur einige zu benennen. Große Teile der britischen Labour Party, aber auch der britischen Gewerkschaften, opponieren gegen das Vorgehen der britischen Regierung. Die britische Zeitschrift „New Statesman" erklärte kürzlich, die Position der britischen Regierung sei auf die Dauer kaum haltbar. Rudolf Walter Leonhardt kommt in einem Artikel der „Zeit" zu dem Schluß, daß die 6 Provinzen von Ulster sich als „artifizielles Konglomerat" erwiesen hätten, deren Vereinigung mit der Republik Irland auf die Dauer unvermeidlich sei.

Die Vorsitzenden von 5 großen irischen Gewerkschaften haben in einem persönlichen Schreiben die britische Regierung aufgefordert, der Tragödie in dem Gefängnis Long Kesh ein Ende zu bereiten, und an die deutschen Gewerkschaften appelliert, ihre Forderung zu unterstützen. Verschiedene Gewerkschaftsgruppen und -funktionäre, insbesondere aus Hessen, sind diesem Appell bereits gefolgt.

Solidarität mit dem unabhängigen polnischen Studentenverband NZS

Vom 13. bis 22. Mai finden in folgenden Städten Solidaritätsveranstaltungen mit einer Delegation des NZS statt:

Bremen (13.5.), Hamburg (14.5.), Köln (15.5.), Bochum (18.5.), Frankfurt (19.5.), Marburg (20.5.), Heidelberg (21.5.), Stuttgart (22.5.), Tübingen (22.5.)

Auf den Veranstaltungen spricht u.a. Jaroslav Guzy, Präsident des NZS. Genauer Ort und Zeit ist den Regionalteilen der KVZ zu entnehmen.

Verschärfungen! Neue Gesetze?

gkr. Einen Fehlschlag nannte die „Welt" die Sonderkonferenz der Innenminister, die sich am vergangenen Dienstag eigens zur Beratung über Demonstrationsstrafrecht, über die Einführung von Gummigeschossen etc. getroffen hatte. In der Tat: eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts, wie es die Opposition und die CDU-regierten Bundesländer forderten, wurde nicht beschlossen. Friedrich Karl Fromme, Kommentator bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", hatte die Position der Koalition in die Nähe von Halsstarrigkeit gerückt, wie sie an ihrem Erstlingsreformwerk im Bereich der „inneren Reformen" festhalte.

1970 hatte die demokratische Bewegung eine Änderung des Demonstrationsstrafrechts erzwungen: Fortan war die bloße Teilnahme an einer Demonstration, die nach Auffassung der Polizei nicht mehr friedlich verlief, nicht mehr strafbar. Die CDU fordert die Rückkehr zum alten Strafrecht und wird nun, nach Ankündigung des schleswig-holsteinischen Innenministers Barschel, zum 4. Mai einen entsprechenden Gesetzentwurf im Bundesrat einbringen. Natürlich weiß er und weiß Fromme, daß selbst mit einem geänderten Gesetz nicht 100000 Demonstranten, die gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf demonstrieren, vor den Kadi gezerrt werden können. Aber ein solches Gesetz soll abschreckend wirken.

Aber große Teile der demokratischen Bewegung würde ein solches Gesetz sicher auch nicht von Demonstrationen abhalten. Eher würde seine Einführung die Chancen der SPD, als Integrationskraft gegenüber dieser Bewegung zu wirken, weiter einschränken.

Da läßt sich die SPD schon eher auf Maßnahmen ein, die unterhalb dieser Gesetzesschwelle liegen. Und schon alleine die bedeuten eine „wesentliche Einschränkung des Demonstrationsrechtes", wie der BBU dazu feststellte: Neue Ausrüstung der Polizei mit Schutzanzügen, Einführung von chemischen Gasen, Prüfung des Einsatzes von Gummigeschossen, Verbot von Vermummungen auf Demonstrationen als Auflage bei der Genehmigung, verstärkte Nichtgenehmigung von Demonstrationen wurden beschlossen. Aber diese Vereinbarungen müßten auch erst im einzelnen durchgesetzt werden.

16. Mai: Demonstration gegen Mittelstreckenraketen am Niederrhein

sgü. Aachen. Am 16. Mai findet in Mönchengladbach eine regionale Demonstration gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen statt. Dazu rufen Komitees und Organisationen aus 23 Städten am Niederrhein und aus dem Ruhrgebiet auf. In Geilenkirchen (Nähe Aachen) sind bereits Pershing Ia-Raketen stationiert. Zu vermuten ist, daß dort auch die neuen Pershing-Raketen hinkommen sollen. Die genauen Standorte werden von der Bundesregierung noch geheimgehalten, um nicht noch mehr Unruhe in der Bevölkerung zu verursachen und weil Aktionen im Sommer gegen die Standorte vermutet werden. Diese Aktionen gibt es auch schon so. In Geilenkirchen hat sich anfang des Jahres ein Arbeitskreis für Abrüstung und Frieden gegründet, der bereits eine Demonstration mit 600 Teilnehmern gegen die Stationierung von AWACS und Mittelstreckenraketen und einen Ostermarsch mit auch 600 Teilnehmern organisiert hat. Noch im Mai findet eine öffentlicher Bürgerversammlung mit Experten aus dem Verteidigungsministerium statt. In Wassenberg hat sich jetzt auch eine Initiative gegründet, die den Kampf vor Ort führen will.

Zur Vorbereitung der Demonstration am 16.5. finden in einigen Städten, so Aachen, Krefeld, Mönchengladbach und Neuß Friedenswochen statt. Sie sind von den Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit initiiert worden. Es beteiligen sich aber auch Kräfte, die weit darüber hinausgehen. In Aachen rufen 56 Organisationen auf, darunter die Katholische Hochschulgemeinde, Jusos, Jungdemokraten, die Grünen, DKP, die Fachhochschul-ASTEN und verschiedene Fachschaften der TH, die Gewerkschaften GEW und HBV, verschiedene Friedensinitiativen wie DFG-VK und die SOdZDL sowie Ausländervereine und Internationalismuskomitees.

Ähnlich in den anderen Städten. Es gibt einen gemeinsamen Aufruf, der allgemein „Beendet das Wettrüsten in Ost und West" fordert. Kritisiert werden aber bloß die US-Kriegsvorbereitungen. Am Schluß wird festgestellt: „So verschieden unsere Ansichten auch sein mögen, wenn es ums Überleben geht, stehen wir zusammen." Die einzelnen Organisationen führen im Rahmen der Friedenswochen einige Veranstaltungen durch, ob Dichterlesungen, Filmabende, Podiumsdiskussionen oder Straßentheater. Inhaltlich unterscheiden sich die Veranstaltungen sehr. Die GRÜNEN referieren z.B. über „Zivile Strategien gegen atomare Massenvernichtungswaffen", der Film „War game" wird gleich zweimal aufgeführt, die Jusos haben einen Amerikaspezialisten eingeladen, der über „Vom Reagan in die Traufe" spricht, die DKP läßt einen sowjetischen Journalisten die Abrüstungsvorschläge der SU propagieren.

Die Bewegung gegen die Kriegsvorbereitungen und für Frieden geht aber auch über diese Kräfte hinaus. Z.B. führte das Evangelische Forum Aachen parallel zum Eröffnungsabend der Friedenswochen eine Veranstaltung: „Ist der 3. Weltkrieg noch zu verhindern?" mit Professor Ossip Flechtheim aus Berlin durch. Etwa 1300 Menschen kamen dorthin, viele aus dem kirchlichen Bereich. Flechtheim nahm klar gegen beide Supermächte Stellung. Ca. 400 – 500 besuchten die Eröffnungsveranstaltung der Friedenswoche.

Neben der Friedenswoche gibt es noch eine Aktionseinheit zur Demonstration am 16. Mai. 15 Organisationen, wie Katholische Hochschulgemeinde, Antifaschisten, DFG-VK, SOdZDL, GRÜNE, AKW-Nee-Gruppe, Sozialistisches Forum, KPD, KBW, AK für Abrüstung und Frieden Geilenkirchen beteiligen sich. Einige, weil sie befürchten in der Friedenswoche gehe die Mobilisierung für die Demonstration unter, andere, weil sie grundsätzlich gegen jede Atomraketen, ob in West oder Ost, sind und die Kriegsvorbereitungen beider Supermächte bekämpfen. In dem Aufruf heißt es: „Beide Seiten haben eine drohende Haltung angenommen und in verschiedenen Teilen der Welt Aggressionsakte begangen. Unser Ziel ist es, vielmehr, Europa aus der Konfrontation zu lösen und langfristig die großen Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt aufzulösen". Nach der Demonstration wird die Debatte über den Aufruf der Russel Peace Foundation und des DGB-Bundesjugendausschuß geführt, um auch längerfristig gemeinsam weiterzuarbeiten.

Laßt sie zetern: Begins Vorstellungen von zwischenstaatlichen Beziehungen

chm. Die Bundesrepublik ist in Ungnade gefallen bei den Zionisten und bei ihrem Staatschef Begin. Arrogant, geldgierig und frech sei Helmut Schmidt. Seinen Fahneneid für Hitler habe er nie gebrochen. Asher Ben Nathan, Vorsitzender der Israelisch-Deutschen Gesellschaft, der als erster Botschafter Israels in der BRD Ende der 60er Jahre palästinensische Studenten und deutsche Kommilitonen, die mit ihnen sympathisierten, von zionistischen Rausschmeißern aus seinen Veranstaltungen hinausprügeln ließ, erklärte düster im ZDF, Beweise habe man (noch?) nicht für Schmidts Beteiligung an Naziverbrechen gegen russische Juden. Auf die berechtigte Empörung in der BRD über seine Ausfälle ließ Begin bündig sich vernehmen: Laßt sie zetern! Mit dem moralischen Empfinden des Anführers marodierender Siedlerbanden hat Begin auf einen zugleich einfachen und ungewöhnlichen Vorgang reagiert: Der Bundeskanzler der BRD hatte nach seiner Rückkehr aus Saudi-Arabien die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes bekräftigt, vor allem sein Recht auf einen eigenen Staat und die Notwendigkeit, seine gewählte Vertreterin, die PLO, an jeder Lösung des Nahostkonflikts zu beteiligen. Ein einfacher Vorgang, weil vor Helmut Schmidt immerhin an die 120 Staaten der Welt dies erklärt und normale Beziehungen zur PLO aufgenommen haben. Auch in Westeuropa.

Ungewöhnlich ist, daß diese Erklärungen vom deutschen Bundeskanzler abgegeben werden. Die BRD hat sich bislang im Rahmen der EG als Bremser betätigt in der Entwicklung der europäisch-arabischen Beziehungen, bei denen die Forderung der arabischen Staaten nach Anerkennung der PLO eine entscheidende Rolle spielt. Beide EG-Erklärungen, sowohl die von Venedig im Juni vergangenen Jahres als auch die vom Dezember '80 hat Genscher gehörig verwässert, ehe sie an die Öffentlichkeit gelangt sind. Die Verfolgungen der Juden durch den deutschen Faschismus mißbrauchend hat der westdeutsche Staat 600 Mrd. DM „Wiedergutmachung" in den zionistischen Kolonialstaat hineingepumpt, einen nicht unbeträchtlichen Teil als Waffenlieferungen. Individuelle Entschädigungen, auf die die verfolgten Juden selbstverständlich Anspruch haben, zumal die Bundesrepublik auch darauf pocht, „Rechtsnachfolgerin des Dritten Reiches" zu sein, sind nur sehr selten und erst nach langwierigen Prozessen bezahlt worden. In der BRD selbst mißbrauchten die Handlanger des zionistischen Staates, so z.B. Erik Blumenfeld, Vorstand der Deutsch-Israelischen Gesellschaft die Verbrechen des Faschismus, um jeden, der das palästinensische Volk unterstützt, als Faschisten und Antisemiten zu diffamieren – mit stiller oder schriller Zustimmung der Bundesregierung.

Natürlich braucht die Bundesrepublik das arabische Öl, natürlich braucht sie die Beziehungen zur arabischen Welt: Die Wucht des historischen, politischen und *moralischen* Anspruchs des palästinensischen Volkes auf seine Heimat, einheitlich vor allem von der Dritten Welt unterstützt, kann auch die BRD nicht ignorieren.

Nervengaslager der US-Army in der Westpfalz

„Es hat wenig Sinn, sie in den USA zu lagern, potentielles Schlachtfeld ist Europa"

kas.Pirmasens. In der Monitor-Sendung am 28.4. wurde berichtet, daß sich die größten Giftgasdepots Westeuropas in Westdeutschland und unter alleiniger Verfügungsgsgewalt der Amerikaner befinden. In Fischbach (Westpfalz) ist das Hauptlager für Nervengasmunition: 2000 Tonnen, die ausreichen, um Milliarden Menschen auf der Stelle zu töten. Die Enthüllungen stützen sich auf ein Archiv über chemische Waffen bei der Scientology-Kirche in München. Diese nutzt die Möglichkeit, daß Geheimdokumente der US-Regierung je nach Geheimhaltungsgrad nach 5 oder 10 Jahren auf Antrag einsehbar sind. Nach einem Geheimbericht an den Präsidenten der Vereinigten Staaten häufen sich Unfälle und Verletzungen in den Waffenlagern. „Sondertransporte" der US-Armee, wie z.B. 1979 durch Pirmasens, werden ohne ersichtliche Sicherheitsvorkehrungen durchgeführt. Bei Unfällen gibt es kaum einen Schutz für die Bevölkerung.

In der „Pirmasenser Zeitung" erschienen diese Tatsachen als örtlicher Leitartikel. In einem Kommentar heißt es: „Man befürchtet bei Veröffentlichung der wirklichen Gefahren in unserem Raum einen zunehmenden Widerstand aus weiten Teilen der Bevölkerung ... Über den Einsatz des chemischen Stoffes entscheidet letzten Endes nicht die Bundesregierung, sondern der starke Mann jenseits des großen Teiches ..." Die „Rheinpfalz", Pirmasenser Ausgabe, versuchte dagegen, dies alles als „Schnee von gestern" herunterzuspielen: Daß ein „Sonder-Munitions-Lager" in Fischbach existiere, sei seit Jahren bekannt. Der Landrat, Dr. Duppré, hatte dazu in Monitor erklärt: „Da dies militärische Anlagen sind, die selbstverständlich auch der Geheimhaltung unterliegen, weiß ich nichts über das, was bei uns im Kreis von den Amerikanern abgelagert wird." Jetzt muß er am 25.5. auf der Kreistagssitzung eine Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion beantworten, in der um eine „umfangreiche und umfassende Antwort gebeten wird", u.a. zu den Fragen: „Wurde die Kreisverwaltung zu irgendeinem Zeitpunkt von der Lagerung dieser Giftstoffe in Kenntnis gesetzt? Wenn dies nicht geschehen, was gedenkt die Kreisverwaltung zu tun, um festzustellen, ob solche Lagerungen im Landkreis bzw. in den Verbandsgemeinden Rodalben und Dahn vorgenommen wurden oder werden? Wenn der Kreisverwaltung aus militärischen Sicherheitsgründen keine Auskunft zu dieser Frage erteilt wird, was gedenkt man dann zum Schutz der Bevölkerung zu tun? ..." Eine ähnliche Anfrage gibt es an den Bürgermeister der Verbandsgemeinde Rodalben zu weiteren Depots.

Weil die Mainzer Landesregierung ebenfalls nicht unterrichtet ist, hat Ministerpräsident Vogel Verteidigungsminister Apel aufgefordert, die Amerikaner zu einer Stellungnahme zu veranlassen, „die Amerikaner müssen mit klaren Auskünften antworten".

Gleich nach dem Erscheinen der Presseberichte nahmen die US-Militärs Stellung: „Es gehört zu den Grundsätzen der amerikanischen Heeresführung, das Vorhandensein chemischer Waffen weder zu bestätigen noch zu dementieren". Die Westpfalz ist ein Hauptwaffenlager und Umschlagplatz der US- und NATO-Streitkräfte. Wegen dieser „Grundsätze" kommt nur gelegentlich etwas davon auf. Ein US-Senator hat die Überlegungen der Amis gegen die Forderung nach Auflösung des Lagers mit den Nervengasbomben auf den Punkt gebracht: „Es hat wenig Sinn, sie in den USA zu lagern, potentielles Schlachtfeld ist Europa."

Die ersten Reaktionen zeigen, daß es beim Kampf um die Auflösung des Nervengaslagers wie bei der Stationierung der US-Mittelstreckenraketen auch darum geht, wer über die Lagerung und den Einsatz derartiger Waffen entscheidet.

Auf Initiative des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit sind für den 12.5. verschiedene politische Organisationen, Gewerkschaften und Betriebsräte zu einer Beratung eingeladen.

Von zwischenstaatlichen Beziehungen

chm. Die Bundesrepublik ist in Ungnade gefallen bei den Zionisten und bei ihrem Staatschef Begin. Arrogant, geldgierig und frech sei Helmut Schmidt. Seinen Fahneneid für Hitler habe er nie gebrochen. Asher Ben Nathan, Vorsitzender der Israelisch-Deutschen Gesellschaft, der als erster Botschafter Israels in der BRD Ende der 60er Jahre palästinensische Studenten und deutsche Kommilitonen, die mit ihnen sympathisierten, von zionistischen Rausschmeißern aus seinen Veranstaltungen hinausprügeln ließ, erklärte düster im ZDF, Beweise habe man (noch?) nicht für Schmidts Beteiligung an Naziverbrechen gegen russische Juden. Auf die berechtigte Empörung in der BRD über seine Ausfälle ließ Begin bündig sich vernehmen: Laßt sie zetern! Mit dem moralischen Empfinden des Anführers marodierender Siedlerbanden hat Begin auf einen zugleich einfachen und ungewöhnlichen Vorgang reagiert: Der Bundeskanzler der BRD hatte nach seiner Rückkehr aus Saudi-Arabien die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes bekräftigt, vor allem sein Recht auf einen eigenen Staat und die Notwendigkeit, seine gewählte Vertreterin, die PLO, an jeder Lösung des Nahostkonflikts zu beteiligen. Ein einfacher Vorgang, weil vor Helmut Schmidt immerhin an die 120 Staaten der Welt dies erklärt und normale Beziehungen zur PLO aufgenommen haben. Auch in Westeuropa.

Ungewöhnlich ist, daß diese Erklärungen vom deutschen Bundeskanzler abgegeben werden. Die BRD hat sich bislang im Rahmen der EG als Bremser betätigt in der Entwicklung der europäisch-arabischen Beziehungen, bei denen die Forderung der arabischen Staaten nach Anerkennung der PLO eine entscheidende Rolle spielt. Beide EG-Erklärungen, sowohl die von Venedig im Juni vergangenen Jahres als auch die vom Dezember '80 hat Genscher gehörig verwässert, ehe sie an die Öffentlichkeit gelangt sind. Die Verfolgungen der Juden durch den deutschen Faschismus mißbrauchend hat der westdeutsche Staat 600 Mrd. DM „Wiedergutmachung" in den zionistischen Kolonialstaat hineingepumpt, einen nicht unbeträchtlichen Teil als Waffenlieferungen. Individuelle Entschädigungen, auf die die verfolgten Juden selbstverständlich Anspruch haben, zumal die Bundesrepublik auch darauf pocht, „Rechtsnachfolgerin des Dritten Reiches" zu sein, sind nur sehr selten und erst nach langwierigen Prozessen bezahlt worden. In der BRD selbst mißbrauchten die Handlanger des zionistischen Staates, so z.B. Erik Blumenfeld, Vorstand der Deutsch-Israelischen Gesellschaft die Verbrechen des Faschismus, um jeden, der das palästinensische Volk unterstützt, als Faschisten und Antisemiten zu diffamieren – mit stiller oder schriller Zustimmung der Bundesregierung.

Natürlich braucht die Bundesrepublik das arabische Öl, natürlich braucht sie die Beziehungen zur arabischen Welt: Die Wucht des historischen, politischen und *moralischen* Anspruchs des palästinensischen Volkes auf seine Heimat, einheitlich vor allem von der Dritten Welt unterstützt, kann auch die BRD nicht ignorieren.

Nervengaslager der US-Army in der Westpfalz

„Es hat wenig Sinn, sie in den USA zu lagern, potentielles Schlachtfeld ist Europa"

kas.Pirmasens. In der Monitor-Sendung am 28.4. wurde berichtet, daß sich die größten Giftgasdepots Westeuropas in Westdeutschland und unter alleiniger Verfügungsgsgewalt der Amerikaner befinden. In Fischbach (Westpfalz) ist das Hauptlager für Nervengasmunition: 2000 Tonnen, die ausreichen, um Milliarden Menschen auf der Stelle zu töten. Die Enthüllungen stützen sich auf ein Archiv über chemische Waffen bei der Scientology-Kirche in München. Diese nutzt die Möglichkeit, daß Geheimdokumente der US-Regierung je nach Geheimhaltungsgrad nach 5 oder 10 Jahren auf Antrag einsehbar sind. Nach einem Geheimbericht an den Präsidenten der Vereinigten Staaten häufen sich Unfälle und Verletzungen in den Waffenlagern. „Sondertransporte" der US-Armee, wie z.B. 1979 durch Pirmasens, werden ohne ersichtliche Sicherheitsvorkehrungen durchgeführt. Bei Unfällen gibt es kaum einen Schutz für die Bevölkerung.

In der „Pirmasenser Zeitung" erschienen diese Tatsachen als örtlicher Leitartikel. In einem Kommentar heißt es: „Man befürchtet bei Veröffentlichung der wirklichen Gefahren in unserem Raum einen zunehmenden Widerstand aus weiten Teilen der Bevölkerung ... Über den Einsatz des chemischen Stoffes entscheidet letzten Endes nicht die Bundesregierung, sondern der starke Mann jenseits des großen Teiches ..." Die „Rheinpfalz", Pirmasenser Ausgabe, versuchte dagegen, dies alles als „Schnee von gestern" herunterzuspielen: Daß ein „Sonder-Munitions-Lager" in Fischbach existiere, sei seit Jahren bekannt. Der Landrat, Dr. Duppré, hatte dazu in Monitor erklärt: „Da dies militärische Anlagen sind, die selbstverständlich auch der Geheimhaltung unterliegen, weiß ich nichts über das, was bei uns im Kreis von den Amerikanern abgelagert wird." Jetzt muß er am 25.5. auf der Kreistagssitzung eine Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion beantworten, in der um eine „umfangreiche und umfassende Antwort gebeten wird", u.a. zu den Fragen: „Wurde die Kreisverwaltung zu irgendeinem Zeitpunkt von der Lagerung dieser Giftstoffe in Kenntnis gesetzt? Wenn dies nicht geschehen, was gedenkt die Kreisverwaltung zu tun, um festzustellen, ob solche Lagerungen im Landkreis bzw. in den Verbandsgemeinden Rodalben und Dahn vorgenommen wurden oder werden? Wenn der Kreisverwaltung aus militärischen Sicherheitsgründen keine Auskunft zu dieser Frage erteilt wird, was gedenkt man dann zum Schutz der Bevölkerung zu tun? ..." Eine ähnliche Anfrage gibt es an den Bürgermeister der Verbandsgemeinde Rodalben zu weiteren Depots.

Weil die Mainzer Landesregierung ebenfalls nicht unterrichtet ist, hat Ministerpräsident Vogel Verteidigungsminister Apel aufgefordert, die Amerikaner zu einer Stellungnahme zu veranlassen, „die Amerikaner müssen mit klaren Auskünften antworten".

Gleich nach dem Erscheinen der Presseberichte nahmen die US-Militärs Stellung: „Es gehört zu den Grundsätzen der amerikanischen Heeresführung, das Vorhandensein chemischer Waffen weder zu bestätigen noch zu dementieren". Die Westpfalz ist ein Hauptwaffenlager und Umschlagplatz der US- und NATO-Streitkräfte. Wegen dieser „Grundsätze" kommt nur gelegentlich etwas davon auf. Ein US-Senator hat die Überlegungen der Amis gegen die Forderung nach Auflösung des Lagers mit den Nervengasbomben auf den Punkt gebracht: „Es hat wenig Sinn, sie in den USA zu lagern, potentielles Schlachtfeld ist Europa."

Die ersten Reaktionen zeigen, daß es beim Kampf um die Auflösung des Nervengaslagers wie bei der Stationierung der US-Mittelstreckenraketen auch darum geht, wer über die Lagerung und den Einsatz derartiger Waffen entscheidet.

Auf Initiative des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit sind für den 12.5. verschiedene politische Organisationen, Gewerkschaften und Betriebsräte zu einer Beratung eingeladen.

5. Strafverteidigertag fordert Reform der Strafprozeßordnung

ebk. Der 5. Strafverteidigertag vom 1. bis 3. Mai in Westberlin war mit 750 Teilnehmern die größte Versammlung von Strafverteidigern nach dem 2. Weltkrieg. Auf seinem Abschlußplenum forderte er die Aufhebung der Isolationshaft, die Abschaffung von Hochsicherheitstrakten und die Zusammenlegung von Gefangenen in Gruppen entsprechend der Zusagen, die zum Ende des Hungerstreiks gemacht worden sind. – In vier Arbeitsgruppen bearbeitete der 5. Strafverteidigertag wesentliche Fragen der Strafverteidigung. Er fordert die Abschaffung der Bestellung von Zwangsverteidigern und die Aufhebung des Verbots der gemeinsamen Verteidigung mehrerer Beschuldigter in einem Verfahren. Er kritisiert den Einsatz von Spitzeln im Strafprozeß und die Steuerung des Verfahrens durch Verweigerung der Aussagegenehmigung. Insbesondere gegen die Bestellung von Gutachtern aus den Landes- und Bundeskriminalämtern richtet sich die Forderung, daß jeder Beschuldigte ohne weitere Voraussetzung einen Sachverständigen seiner Wahl auf Kosten der Staatskasse benennen können muß. – In einer offenen Diskussion setzten sich die Teilnehmer mit dem Problem der Verteidigung von Vergewaltigern auseinander.

SAVAK – Zeuge der Anklage

vip. „Mit *den* Zeugen ist kein Blumentopf zu gewinnen", ächzte Staatsanwalt Schilling zu Staatsanwalt Galm hinüber, als zwei SAVAK-Agenten in den Zeugenstand traten. Es handelte sich um zwei Typen, die bis zum Abgang des Schahs die CISNU bespitzelt und Namen nach Persien gemeldet hatten. Im Sommer 1979 waren sie zusammen mit drei anderen Agenten in Frankfurt von Iranern gestellt worden. Auf einer Veranstaltung gaben sie zu, Kommilitonen an die Folter- und Henkersknechte des Schahs verraten zu haben. Sie selbst blieben seither unbehelligt. Die Staatsanwaltschaft warf am vierten Verhandlungstag eines auf vier Monate terminierten Prozesses vor dem Landgericht Frankfurt das Handtuch. Das Verfahren gegen 10 Iraner wegen Verdachts der Nötigung und Freiheitsberaubung zum Nachteil von SAVAK-Agenten wurde eingestellt. Mit der ganzen Anklage war kein Blumentopf zu gewinnen. Jetzt wird der Generalbundesanwalt Gelegenheit haben, gegen die vom Verfassungsschutz früher gehätschelten und von der Kripo später versteckten Verräter wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu ermitteln.

Böse im Revisionsverfahren zu 7 Jahren Haft verurteilt!

chs.Freiburg. Unter Pfiffen und Buh-Rufen „verkündete" Richter Schneider den Urteilsspruch – das Volk war anderer Ansicht ... *keine Beweise – wie bei den Nazis* ... waren die Kommentare, vor allem der Familie. Selbst der Hinweis Böse sei sofort auf freien Fuß zu setzen, lockte nur ein höhnisches Grinsen hervor. – Böse wurde mit lebenslangem Berufsverbot belegt und muß die Kosten für das 8-monatige Verfahren tragen. In der Begründung führte der Richter aus, Böse habe in der 1. Verhörnacht „gestanden", weitere Überprüfungen haben keine neuen Verdächtigungen erbracht – also war es der Böse. Die Empörung im Gerichtsaal war groß, auf einer Veranstaltung der Aktionseinheit für den Freispruch Böses wurden 60 DM zur Unterstützung gesammelt.

Mordanklage gegen Brokdorf-Demonstranten nicht haltbar

gkr. Markus D., Schüler und einer der beiden, die die Staatsanwaltschaft nach der Brokdorf-Demonstration und nach einer Fernsehfahndung festnahm und denen sie versuchten Mord anhängen wollte, wurde jetzt gegen Auflagen aus der Untersuchungshaft entlassen. Der 36jährige Michael D. aus Bremen sitzt nach wie vor in U-Haft. Die Staatsanwaltschaft hatte die Abänderung des Haftbefehls beantragt: Nicht mehr Mord, sondern gefährliche Körperverletzung und Landfriedensbruch sollten die Anklagepunkte und Haftgründe sein. Trotz Drohungen und Hausdurchsuchungen fand die Staatsanwaltschaft beim Fotographen, von dem das Bild, auf dem die Anklage beruht, gemacht wurde, nichts, um den Mordversuch auch nur im entferntesten zu begründen. Auch andere Quellen förderten nichts zu Tage. Die Staatsanwaltschaft mußte dies jetzt praktisch eingestehen.

Streichung der Sparprämien – höhere Gebühren

gkr. Am Donnerstag verabschiedete der Bundestag in 3. Lesung das Subventionsabbaugesetz. Die CDU/CSU-Fraktion hatte sich enthalten und damit auch zu verstehen gegeben, daß sie das Gesetz im Bundesrat passieren lassen wolle. Sparprämien werden danach gestrichen, beim Bausparen die Prämien auf 14% herabgesetzt, Gas-Öl-Beihilfen in der Landwirtschaft werden erst hinterher bezahlt, solche Betriebsbeihilfen im öffentlichen Nahverkehr werden gestrichen. Dies, wie auch die Erhöhung der Abgaben der Post auf 10% der Betriebseinnahmen wird sich voraussichtlich in Erhöhungen der Preise niederschlagen: ca. 12% im öffentlichen Nahverkehr, 15 – 20% beim Briefporto.

Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung
Mainzer Landstraße 147
Postfach 119151
6000 Frankfurt / Main 2
Telefon: 0611/730235

„Wir Palästinenser schauen mit viel Hoffnung in die Zukunft ...“

Gespräch mit Abdalla Frangi, Vertreter der PLO in Bonn

chm. Abdalla Frangi ist seit 1961 in der BRD. Geboren ist er in Beersheba im Negev, aus dem er als Kind 1948 von den Zionisten vertrieben wurde. Der Krieg von 1967 zwang ihn, wie viele andere Palästinenser auch, das Medizinstudium zu unterbrechen, um sich am Kampf zu beteiligen. Bei einer Kommandooperation im besetzten Palästina wurde er verhaftet. Nach acht Monaten Gefängnis kehrte er in die BRD zurück, wurde Anfang 1968 zum Vorsitzenden der Generalunion Palästinensischer Studenten, GUPS, gewählt und 1972 nach dem Verbot der palästinensischen Studenten- und Arbeiterorganisationen ausgewiesen, obwohl er damals schon als Vertreter der PLO bei der Liga der Arabischen Staaten in Bonn und Mitglied des Palästinensischen Nationalrates war. Seit 1976 leitet er die Informationsstelle Palästina in Bonn, die damals eröffnet wurde. Seit Juni '80 ist er Mitglied des Revolutionsrats der al-Fatah.

Wir haben bisher nur einen zusammenfassenden Bericht über die Ergebnisse des palästinensischen Nationalrates bekommen ...

Frangi: Diese 15. Sitzungsperiode des Palästinensischen Nationalrates hätte eigentlich turnusgemäß im vergangenen Jahr stattfinden sollen, da die letzte 1977 stattfand. Wir mußten sie also durchführen, auch um ein neues Exekutivkomitee zu wählen, in dem alle Organisationen des palästinensischen Widerstands vertreten sind. Ein neues Exekutivkomitee ist gewählt worden, in dem auch die FPLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) Mitglied ist. Das ist sehr wichtig, weil die FPLP ihre Mitgliedschaft im Exekutivkomitee eingefroren hatte, da sie gewisse Vorbehalte gegenüber der Politik der PLO hatte. Daß sie wieder im Exekutivkomitee ist, ist eine Stärkung der nationalen Einheit unter den Palästinensern ... Zum ersten Mal nahmen über 150 Gastdelegationen befreundeter Staaten, sozialistischer Staaten, kommunistischer Parteien und fortschrittlicher Kräfte an den Sitzungen teil. Vertreter aus westeuropäischen Staaten waren leider nur schwach vertreten. Die europäischen Parlamentarier, die an früheren Sitzungen des PNR teilgenommen hatten, sind teilweise vielfältigem Druck in ihren eigenen Parteien ausgesetzt worden, um nicht zu uns zu kommen ... Neun Tage lang haben die Sitzungen gedauert, weil wir gezwungen waren, die komplizierte Lage auf der palästinensischen Ebene, der arabischen und der internationalen Ebene zu beraten. Wenn ich palästinensische Ebene sage, dann meine ich damit das seit 1948 besetzte Palästina, das palästinensische Territorium, das 1967 besetzt wurde, die im Libanon lebenden Palästinenser, also die Lage der Palästinenser überall dort, wo sie die Vertreibung aus ihrer Heimat hinverschlagen hat ... Entscheidend war die Festigung der nationalen Einheit, die Beschlüsse sie auf militärischer, politischer und wirtschaftlicher Ebene zu stärken, die Palästinensische Befreiungsarmee so auszubauen, daß sie alle militärischen Kräfte der palästinensischen Revolution zusammenfaßt, sich anderen nationaler Befreiungsarmeen angleicht.

Wie hat der PNR die Lage auf arabischer Ebene beurteilt?

Frangi: Ägypten nahm eine besondere Stellung in den Beratungen ein – wir haben beschlossen, die ägyptische nationale Bewegung, den Widerstand, der sich in Ägypten gegen die Abkommen von Camp David, gegen die Normalisierung der Beziehungen mit Israel regt, zu unterstützen. Wir hatten ein starkes Gefühl der Solidarität und der Zugehörigkeit zu diesen Kräften, die die Rechte des palästinensischen Volkes und die nationale Sache des ägyptischen Volkes verteidigen, die Teil der nationalarabischen Befreiungsbewegung sind.

Was die Differenzen zwischen Syrien und Irak betrifft: Wir sind immer der Meinung gewesen, daß alle Kräfte, alle Reserven der arabischen Nation gegen den Hauptfeind gerichtet sein müssen. Wir wollen und wir erlauben es nicht, daß die innerarabischen Auseinandersetzungen diese Mobilisierung verhindern, daß sie den Entwurf eines einheitlichen Planes gegen den gemeinsamen Feind, der den palästinensischen Boden Meter für Meter schluckt, zunichte machen, ein Feind, der frech und unverblümt seine Absichten im Libanon offenbart.

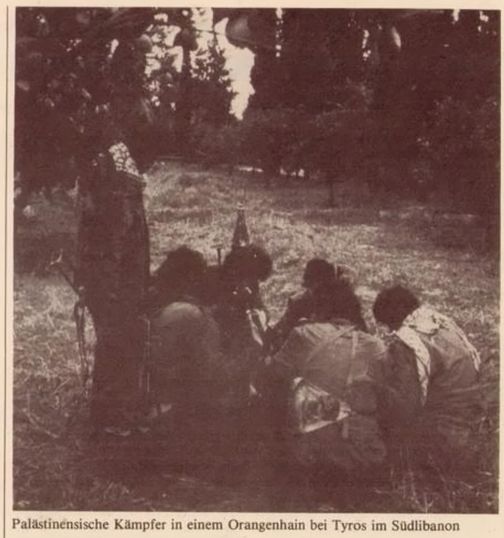
Wir wollen uns dafür einsetzen, um normale Beziehungen zwischen den beiden Bruderstaaten Syrien und Irak wiederherzustellen, damit sie eine Stütze für den palästinensischen Befreiungskampf werden.

Mit großen Verantwortungsgefühl und mit Trauer haben wir über den Krieg zwischen Iran und Irak diskutiert. Wir wissen genau, daß der Hauptnutznießer aus dieser Auseinandersetzung Israel und die imperialistischen Kräfte sind, die diese Region unter sich aufteilen wollen. Wir waren uns darüber einig, daß die Vermittlungsversuche der PLO fortgesetzt werden müssen ... im Rahmen der UNO, der Blockfreien und anderer Vermittlungsinitiativen, um den irakisch-iranischen Konflikt auf friedlichem Wege zu lösen. Die Verluste, die Irak und Iran erlitten haben, sind sehr groß; sie belasten beide Staaten, verhindern auf Jahre hinaus ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung und schwächen damit ihre Fähigkeiten, gegen den Hauptfeind zu kämpfen. Wir bemühen uns, obwohl wir wissen wie schwer das ist, obwohl wir um die emotionalen, psychologischen und historischen Probleme wissen, die mit diesem Konflikt verbunden sind ...

Die hiesige Presse hat geschrieben, daß es schwere Auseinandersetzungen um die Beziehungen zu Jordanien gegeben hätte.

Frangi: Es ist falsch, von schweren Auseinandersetzungen zu sprechen. Es gibt unterschiedliche Standpunkte. Alle Widerstandsorganisationen merken, daß sich Jordanien aus der Verantwortung gegenüber der PLO stehlen will. Die Beschlüsse der Gipfelkonferenz von Rabat (1974) und auch anderer Gipfelkonferenzen, die wir erkämpft haben, denn es ist uns nichts geschenkt worden, legen fest, daß die PLO der einzig legitime Vertreter des palästinensischen Volkes ist. Wir müssen an diesen Beschlüssen festhalten. Die Beziehungen zwischen uns und unseren Angehörigen im Westufer und im Gaza-Streifen laufen über Jordanien, über den Jordanfluß, also über die Regierung in Amman. So gesehen stellen sich uns zwei Alternativen: Die erste wäre, durch militärische Aktionen Jordanien vom jordanischen Regime zu befreien. Das haben wir versucht, sind damit gescheitert und im Jahre 1970/71 aus Jordanien vertrieben worden. Der zweite Weg ist, daß wir alle uns verfügbaren Mittel auf arabischer und internationaler Ebene einsetzen, vor allem aber uns auf die Unterstützung und die Loyalität unseres Volkes für die PLO stützen, um das jordanische Regime dazu zu bringen, unsere Kontakte zu unseren Angehörigen im Westufer und Gaza-Steifen zu erleichtern, natürlich auch in Jordanien selbst. 1,1 Mio. Palästinenser leben dort. Wir haben als PLO diesen Weg eingeschlagen, ausgehend von unserer Linie, daß der Hauptfeind Israel und die imperialistischen Kräfte, die es unterstützen, sind ... Es gibt eine Vielfalt von Problemen: Fragen der kommunalen Verwaltung, der Erziehung, Paßangelegenheiten, um all diese Fragen müssen wir uns kümmern – in Verhandlungen mit der jordanischen Regierung. Diese Verhandlungen sind kein Selbstzweck, wie manche das fälschlicherweise annehmen, als gäbe es Kräfte innerhalb der PLO, die um jeden Preis mit Jordanien verhandeln wollen ...

Aus unserer blutigen Erfahrung der letzten 15 Jahre haben wir eins gelernt: Was nicht mit militärischen Mitteln erreicht werden kann, muß man mit politischem Kampf zu erreichen versuchen auf Grundlage des vorhandenen militärischen Gewichts, der realen militärischen Bedeutung der palästinensichen Revolution. Es ist nicht die Aufgabe der palästinensischen Revolution, die arabischen nationalen Bewegungen zu ersetzen, wir sind auch nicht ihr Vormund. Wir sind bereit, mit ihnen eng zusammenzuarbeiten auf Grundlage der Beschlüsse des PNR. Es ist völlig



Palästinensische Kämpfer in einem Orangenhain bei Tyros im Südlibanon

natürlich, daß eine erbitterte, schwierige und scharfe Diskussion um diesen Punkt geführt wird – um die Kontakte mit Jordanien. Aber unser Volk lebt dort, es ist seiner Meinungsfreiheit beraubt, seines Rechts, sich zu organisieren. Es existiert in Jordanien immer noch ein Gesetz, das die Mitgliedschaft in einer palästinensischen Widerstandsorganisation unter Strafe stellt. In Bezug auf all diese Fragen müssen wir doch zu Vereinbarungen mit dem jordanischen Regime kommen ...

Israel holt wieder kräftig aus im Libanon und setzt seine Helfershelfer in Bewegung, um die palästinensische Revolution zu liquidieren.

Frangi: Der Libanonkrieg hat eigentlich schon im April 72 angefangen, als der israelische Geheimdienst mitten in der Hauptstadt Beirut drei führende Kader der PLO ermordete, ein Verbrechen, das ohne die Unterstützung einheimischer Kräfte nicht möglich gewesen wäre ... Das Ziel war von Anfang an, die PLO zu zerschlagen oder sie so zu schwächen, daß sie kontrolliert werden kann. Dieser Krieg hat den Libanon gespalten in eine fortschrittliche libanesische nationale Bewegung, die auf Seiten der PLO steht und eine kleine Minderheit, die eine separatistische, elitäre Ideologie vertritt, deren Hauptbestandteile die Phalange von Gemayel, die Nationalliberalen Chamouns und Saad Haddad im Süden sind. Sie stellen einen winzigen Prozentsatz der libanesischen Christen dar ... Wir haben immer wieder erklärt, daß es im Interesse des libanesischen und des palästinensischen Volkes liegt, wenn der dort, es ist seiner Meinungsfreiheit beraubt, seines Rechts, sich zu organisieren. Es existiert in Jordanien immer noch ein Gesetz, das die Mitgliedschaft in einer palästinensischen Widerstandsorganisation unter Strafe stellt. In Bezug auf all diese Fragen müssen wir doch zu Vereinbarungen mit dem jordanischen Regime kommen ...

Israel holt wieder kräftig aus im Libanon und setzt seine Helfershelfer in Bewegung, um die palästinensische Revolution zu liquidieren.

Frangi: Der Libanonkrieg hat eigentlich schon im April 72 angefangen, als der israelische Geheimdienst mitten in der Hauptstadt Beirut drei führende Kader der PLO ermordete, ein Verbrechen, das ohne die Unterstützung einheimischer Kräfte nicht möglich gewesen wäre ... Das Ziel war von Anfang an, die PLO zu zerschlagen oder sie so zu schwächen, daß sie kontrolliert werden kann. Dieser Krieg hat den Libanon gespalten in eine fortschrittliche libanesische nationale Bewegung, die auf Seiten der PLO steht und eine kleine Minderheit, die eine separatistische, elitäre Ideologie vertritt, deren Hauptbestandteile die Phalange von Gemayel, die Nationalliberalen Chamouns und Saad Haddad im Süden sind. Sie stellen einen winzigen Prozentsatz der libanesischen Christen dar ... Wir haben immer wieder erklärt, daß es im Interesse des libanesischen und des palästinensischen Volkes liegt, wenn der Libanon eine Regierung bekommt, die alle Klassen des Volkes vertritt, normale Zustände schafft und mit uns Palästinensern klare Beziehungen eingeht auf der Grundlage, daß wir nicht im Libanon siedeln wollen ... Die Phalange mit Israel zusammen. Sie wenden das an, was Arafat den „Akkordeonkrieg“ nennt. Vom Süden her drücken sie uns mit den Haddadmilizen nach Norden, Israel übernimmt den Druck vom Meer und von der Luft aus gegen unsere Stützpunkte und Lager und im Norden spielt die Phalange ihre Rolle. Dieser Plan war uns frühzeitig klar. Wir haben die notwendigen Kontakte geknüpft, um zu verhindern, daß die Phalange zum Instrument Israels wird. Wir haben ihnen versichert, daß es im Interesse Israels liegt, daß die Palästinafrage nicht gelöst werde. Solange die Palästinafrage ungelöst ist, solange werden die Palästinenser im Libanon bleiben müssen. Von daher ist es gar nicht im Interesse der Phalange, mit Israel zusammenzuarbeiten.

Diese Eskalation seit Anfang April war begleitet von einer großangelegten Propagandakampagne, an der auch Westeuropa teilnahm, so z.B. Giscard d'Estaing, der unverantwortliche Schritte unternahm, vielleicht, weil gerade Wahlen sind, ... wobei er die angebliche Gefahr eines Christenmassakers heraufbeschwor, um die Entsendung einer französischen Interventionstruppe zu rechtfertigen. Es ist ein Krieg zwischen einer privilegierten Klasse und einer Klasse ohne Privilegien. Wir haben trotzdem erklärt, daß wir uns nicht einmischen wollten ... Wir haben den bewaffneten Kampf nicht eskaliert, obwohl palästinensische Einrichtungen von der Phalange zerstört worden sind, so z.B. die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA ... Bisher konzentrieren wir unsere ganze Kraft auf die Abwehr der israelischen Angriffe, die die palästinensischen Massen zur Zielscheibe haben, um die Basis der palästinensichen Revolution zu vernichten. Wir wollen ihnen allerdings keine Möglichkeit geben, das Schlachtfeld von Palästina in den Libanon zu verlegen. Der Befreiungskampf findet auf dem von Israel besetzten palästinensischen Boden statt ...

Die Sowjetunion versucht mit dem sog. Breschnewplan, den er auf dem 26. Parteitag der KPdSU als Neuauflage der alten Genfer Konferenz verkündet hat, wieder in die Initiative zu kommen, nachdem die USA sie mit Camp David verdrängt haben. Warum hat der PNR diesen Plan begrüßt?

Frangi: Wir sehen die Sache nicht von diesem Standpunkt aus. Nach Camp David ist die Idee einer internationalen Konferenz wie die vorgesehne Genfer Konferenz, an der auch die PLO hätte teilnehmen sollen, um auf Israel Druck auszuüben für eine gerechte und dauerhafte Lösung im Nahen Osten, gestorben. Camp David ist ein rein amerikanisches Projekt, bei dem nicht einmal eine Koordination mit den westeuropäischen Verbündeten stattgefunden hat. Im PNR haben wir die Initiative von Breschnew begrüßt als gute Grundlage – es existiert ja eigentlich keine Initiative im genauen Sinne des Wortes – als gute Grundlage, um eine Lösung in Zukunft zu erreichen, weil wir glauben, daß sie den Vorschlägen entspricht, die von Westeuropa kommen und die sich für eine erweiterte Konferenz aussprechen, damit nicht eine einzige Macht das Monopol in dieser Region erhält. Wir haben das auch deshalb begrüßt, weil Breschnew zum ersten Mal von der Notwendigkeit der Teilnahme der PLO und von der Errichtung eines palästinensischen Staates auf dem palästinensischen Boden gesprochen hat. In diesem Sinne haben wir den Vorschlag begrüßt und als gute Grundlage bezeichnet. Wir wissen, daß es auch Bemühungen in Westeuropa gibt. Unsere Aufgabe als palästinensische Revolution ist es, eine allgemeine Atmosphäre zu schaffen, im Sicherheitsrat, in der UNO, in der internationalen Völkerfamilie, die Druck ausübt, damit die USA nicht allein eine „Lösung“ für die Palästinafrage finden, damit wir Garantien bekommen, daß die PLO an der Lösung beteiligt wird, damit ein umfassender Frieden in der Region hergestellt wird. Deswegen haben wir diese Initiative begrüßt, die eher ein Vorschlag ist, um die Lage in der Region in Richtung auf eine friedliche Lösung in Bewegung zu setzen. Bis jetzt gibt es keine Reaktion seitens der USA. Bis jetzt untersuchen und prüfen die westeuropäischen Staaten die Sache mit großem Interesse. Von diesem Standpunkt aus haben wir die Sache im PNR diskutiert, nicht von der Seite einer Rivalität zwischen der USA und der Sowjetunion, sondern von dem palästinensischen und arabischen Standpunkt ausgehend. Wir Palästinenser wollen die größtmögliche Unterstützung gewinnen. Die Sowjetunion ist ein Hauptbeteiligter in der Region. Wir haben noch gesagt, daß wir die Beteiligung der Sicherheitsratsmitglieder und einiger verantwortungsbewußter Staaten in Westeuropa begrüßen würden ... Wir meinen, daß dies große Anstrengungen kostet, daß der Vorschlag weiter untersucht, intensiver diskutiert werden muß, damit wir auch mit unseren sowjetischen Freunden zu einer gewissen Klarheit kommen können.

Als „arrogant und geldgierig“ hat Begin den deutschen Bundeskanzler nach seinen Erklärungen zur PLO genannt ...

Frangi: ...Zwischen Westeuropa und den arabischen Staaten sind neue Beziehungen im Entstehen, die mit dem europäisch-arabischen Dialog angefangen haben. Diese Tatsache hat die PLO sehr früh erkannt. Sie hat in verschiedenen Bereichen damit begonnen, das offenkundige Recht des palästinensischen Volkes auf Rückkehr, auf Selbstbestimmung, auf einen eigenen Staat zu erläutern; diese Selbstverständlichkeiten wurden von der PLO und von allen arabischen Staaten ohne Ausnahme gegenüber Westeuropa vertreten. Westeuropa begann zu spüren, daß das Öl, die Investitionen, die guten Beziehungen, die es zu seinen Gunsten aktivieren könnte, bedroht sind, wenn keine Lösung für den Nahostkonflikt gefunden wird.

So begann der Prozeß der langsamen Überprüfung der eigenen Haltung – mit viel Angst besetzt – gegenüber Israel, der PLO und dem palästinensischen Volk. Die Anerkennung der PLO begann verschwommene Formen anzunehmen. Aber sie entwickelte sich stetig. Jetzt haben wir Büros in allen westeuropäischen Staaten; wo sie nicht offiziell anerkannt sind, sind sie es de facto. Westeuropa verspürt immer mehr, von den eigenen Interessen ausgehend, daß eine Lösung gefunden werden muß. Israel will keine friedliche Lösung in der Region, Israel will keine Lösung der Palästinafrage. Israel will eine Lösung gestützt auf die israelischen Bajonette. Die Regierung Begin, Shamir, Sharon – die Falken – half durch ihre offen unversöhnliche Haltung, Verständis für die Positionen der PLO zu wecken. Durch die diplomatische und politische Kampagne, durch die ständige Kontaktpflege, durch den arabischen Druck, die arabische Unterstützung und Solidarität konnte die PLO das erreichen, was sie bisher in Westeuropa erreicht hat.

Die letzte dieser politischen Schlachten ist Schmidts Besuch in Saudi-Arabien gewesen. Saudi-Arabien hat der BRD einen Kredit von 80 Mrd. DM gegeben. Saudi-Arabien ist einer der wichtigsten Importeure westdeutscher Waren. Was hat die BRD demgegenüber zu bieten? Technisches know-how und dies und jenes ... schön und gut. Aber Saudi-Arabien ist seinerseits der palästinensischen Sache verpflichtet. Die Palästinafrage ist für es von grundlegender Bedeutung. Wenn der Nahostkonflikt nicht gelöst wird, ist das auch für Saudi-Arabien gefährlich, so wie es für alle Staaten der Region gefährlich ist und damit auch für Westeuropa.

Auch wenn es viele Punkte gibt bei dem, was Schmidt nach seiner Rückkehr aus Riad gesagt hat, über die man streiten könnte, so ist er doch der erste Politiker hier in verantwortungsvoller Position, der den Mut gefunden hat, das zu sagen, was er gesagt hat. Er hat von der anderen Seite geredet, vom palästinensischen Volk, von dem Unrecht, das ihm widerfahren ist, von seinem Selbstbestimmungsrecht und noch deutlicher zum ersten Mal von der Notwendigkeit eines palästinensischen Staates, von der Zusammenarbeit mit der PLO unter neuer Perspektive. Das hat den Zorn der zionistischen Bewegung und der israelischen Führung erregt. Israel will keine Vermittlerrolle für Europa, will nicht, daß es neutral sei, sondern will, daß es genau die gleiche Politik betreibe wie die USA. An diesem Punkt entsteht der Interessenskonflikt ... Trotz aller Probleme innerhalb der arabischen Welt, trotz aller Streitigkeiten in den arabischen Reihen ist es eine strategische Wende, daß die Araber gelernt haben, in diesem wichtigen Teil der Welt ihre Interessen, ihren Reichtum und ihre Fähigkeiten zu verteidigen.

Ich glaube, daß dieser Schritt Helmut Schmidts sehr wichtig ist. Die israelische Reaktion ist für mich nicht überraschend gekommen. Die zionistische Bewegung, die ihren staatlichen Ausdruck in dem Kolonialstaat Israel gefunden hat, ist eine rassistische faschistische Bewegung, ein Schmarotzer am Leib des palästinensischen Volkes, der arabischen Nation und den historischen Leiden der Juden ...

Wir Palästinenser schauen mit viel Hoffnung in die Zukunft nach dieser Sitzungsperiode des PNR. Viel Hoffnung, daß wir den Weg nach Palästina schneller als bisher zurücklegen werden.

Das Vordringen der Sowjetunion und der Kampf gegen die NATO

Zu einigen in Leserbriefen aufgeworfenen Fragen

lup. Ein schon vor etwas längerer Zeit in der KVZ veröffentlichter Artikel, „Die NATO-Beschlüsse und die Friedensbewegung in der BRD" (KVZ 8, S. 3) hat verschiedenartige Widersprüche hervorgerufen.

Der Leserbrief von M.N. aus Köln, abgedruckt in KVZ 15, kritisiert eine „neuerdings im KBW kursierende Theorie, wonach man jetzt einen Schwerpunkt in der Errichtung einer Front gegen den Sozialimperialismus setzen muß." Erstens könne dies keine konkrete Stoßrichtung für den Kampf in Westdeutschland sein, es würde vielmehr davon ablenken, den Kampf für den Abzug der US-Besatzer aus der BRD konkret anzupacken. Ein solcher Kampf werde aber mit derselben Notwendigkeit entstehen, wie gegenwärtig die Bewegung der Hausbesetzer, und er werde sich konkret entwickeln an den Standorten der Besatzer und den NATO-Manövern, die man aktiv behindern müsse. Ein Kampf gegen die NATO werde dann nicht den Warschauer Pakt stärken, wenn ein Friedensvertrag gefordert werde, der ja beide Militärbündnisse treffe.

Ein weiterer Leserbrief von der Zelle Landshut-Regensburg (KVZ 13) geht von dem Problem aus, daß ein Austritt der BRD aus der NATO und der Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages wahrscheinlich kaum gleichzeitig erfolgen werden. Dann werde aber ein Austritt der BRD aus der NATO die Kräfteverhältnisse zugunsten der Sowjetunion verschieben, was im Widerspruch zum angestrebten Ziel der Friedenssicherung stünde. Gerade dieses Problem lähme aber den Kampf für Austritt der BRD aus der NATO.

Ein dritter Leserbrief, von Janto Just, abgedruckt in KVZ 17, polemisiert gegen den ersten Leserbrief und wirft dem KBW vor, daß der Aufbau einer Front gegen den Sozialimperialismus gerade nicht angepackt werde, sondern eine bloße Phrase sei. In Wirklichkeit würden die „wirksamsten Maßnahmen, die gegenwärtig geplant sind, nämlich die NATO-Nachrüstung bekämpft". Im übrigen sei es unsinnig, die amerikanischen Truppen in der BRD als Besatzer anzugreifen, weil diese auf den ausdrücklichen Wunsch einer weitestgehend souveränen Regierung in Westeuropa stationiert seien.

Soweit die Leserbriefe. In dem Artikel in der KVZ 8/81 hatte ich die Auffassung vertreten, daß man die Bewegung gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa unterstützen müsse, und daß man sich mit allen Kräften, die dazu bereit sind, unter der Forderung „Keine US-Mittelstreckenraketen in Europa" direkt zusammenschließen kann. Daß man aber gleichzeitig die ideologische Auseinandersetzung mit den Kräften suchen muß, die diese Bewegung politisch den Expansionsinteressen der Sowjetunion unterordnen wollen.

Die Polemik des KBW gegen die Vaterlandsverteidiger hat die aufgeworfenen Probleme nicht gelöst

Zweifellos wird die Frage des Kampfes gegen die NATO-Mitgliedschaft der BRD und ihrer Kriegsvorbereitungen im Rahmen der NATO durch die zunehmende Expansion der Sowjetunion und die wachsende Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion erneut aufgeworfen. Dieses Problem ist theoretisch auch nicht erledigt durch die Auseinandersetzung mit den Vaterlandsverteidigern, die wir vor allem 1975 geführt haben. Wir haben damals die Auffassung vertreten, daß die Arbeiterklasse nichts zu verteidigen habe in einem Land, in dem sie noch nicht die politische Macht erobert hat, und daß sich in einem imperialistischen Land die Frage der Verteidigung der nationalen Souveränität nicht vor der Eroberung der politischen Macht stelle. Wir haben damals ferner unterstellt, daß jeder Krieg, an dem die westdeutsche Monopolbourgeoisie beteiligt ist, in jeder Phase und in der Hauptsache ein imperialistischer Krieg ist, wobei die Einbindung der BRD in die NATO ein Argument für diese Annahme war, aber nicht das ausschlaggebende.

Wir haben in dieser Polemik zwar zurecht Konzepte zurückgewiesen, die davon ausgingen, daß unter den gegebenen Bedingungen in der BRD, insbesondere unter der Bedingung der Mitgliedschaft der BRD in der NATO, die Arbeiterklasse einen Verteidigungskrieg gegen die sozialimperialistische Supermacht vorbereiten müsse. Das Problem, wie sich die Arbeiterklasse gegenüber der Bedrohung der Souveränität Westdeutschlands durch die Sowjetunion verhalten müsse, hat diese Auseinandersetzung nicht geklärt. Wir haben zwar zurecht dargelegt, daß sich die Frage der Verteidigung der nationalen Souveränität *nicht unabhängig* von der Frage der Eroberung der politischen Macht stellt. Als der Revolution untergeordnete Frage stellt sie sich aber schon als besonderes Problem. Solange die Arbeiterklasse noch nicht die politische Macht erobert hat, muß sie die Bedingungen für ihren Kampf verteidigen bzw. erkämpfen. Die Kampfpositionen der Arbeiterklasse werden gegenwärtig in der BRD nicht nur durch die Reaktion der westdeutschen Bourgeoisie, sondern auch von außen, durch den Expansionismus der Sowjetunion, bedroht. Die Sowjetunion ist heute nicht bloß zum Zentrum der Kriegsgefahr geworden, sondern auch zum Zentrum der internationalen Reaktion, was man schon sieht, wenn man die Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse in den Ländern betrachtet, die die Sowjetunion beherrscht. Gerade an dieser Tatsache knüpft ja auch die Reaktion in den USA und in den westeuropäischen Ländern an.

Die Taktik des revolutionären Defaitismus, die Lenin während des 1. Weltkrieges verfochten hat, ist nicht unter allen Umständen richtig. Sie war während des 1. Weltkrieges richtig, weil es sich in diesem Krieg *auf allen Seiten* um einen imperialistischen Eroberungskrieg handelte. Unter diesen Bedingungen war das Hinarbeiten auf die Niederlage der eigenen Bourgeoisie die einzige Taktik, um günstige Bedingungen gegen die eigene Bourgeoisie zu schaffen. Im 2. Weltkrieg wäre eine solche Taktik z.B. in Frankreich keineswegs die richtige Taktik gewesen, während sie in Deutschland gleichwohl angemessen war. In Frankreich mußte die Arbeiterbewegung bereits vor Ausbruch des Krieges ihre Entwicklungsbedingungen auch gegen einen drohenden Angriff des deutschen Faschismus verteidigen, und nach Ausbruch des Krieges mußte sie versuchen, einen revolutionären Befreiungskrieg zu führen, der möglichst günstige Bedingungen für die Errichtung der Volkssouveränität nach dem Sieg über die deutschen Faschisten schafft.

In Westdeutschland besteht das Problem gegenwärtig nicht darin, daß man die Herrschaft der westdeutschen Monopolbourgeoisie über fremde Nationen zerschlagen müßte, oder daß man akuten Eroberungsabsichten der westdeutschen Monopolbourgeoisie entgegentreten müßte. Westdeutschland unterdrückt gegenwärtig – anders als das Deutsche Reich vor dem 1. Weltkrieg – keine fremden Nationen, wenngleich die westdeutsche Monopolbourgeoisie ökonomisch an der Ausbeutung fremder Nationen, insbesondere der 3. Welt teilnimmt. Dies ist aber etwas anderes. Und die westdeutsche Bourgeoisie bereitet gegenwärtig auch keinen Eroberungskrieg selbständig vor.

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie agiert aber gegenwärtig nicht selbständig, sondern als Teil der NATO. Dort aber agiert sie im Rahmen der Hegemonialpläne des US-Imperialismus, und guckt, wie sie bei einem drohenden Krieg um die Neuverteilung der Welt möglichst gut wegkommt. Unter diesen Bedingungen ist jeder Krieg der westdeutschen Bourgeoisie, auch wenn er sich zunächst gegen einen Angriff der Sowjetunion richtet, ein imperialistischer Eroberungskrieg, und zwar zugunsten des US-Imperialismus und der Errichtung seiner Vorherrschaft in Europa. Einem solchen Krieg könnte die Arbeiterklasse kaum anders als durch die Taktik des revolutionären Defaitismus begegnen, weil sie kein Interesse daran haben kann, daß der US-Imperialismus seine Vorherrschaft in Westeuropa befestigt und nach Osten hin ausbaut, obwohl sie genausowenig ein Interesse daran haben kann, daß der Sozialimperialismus seine Hegemonie über ganz Europa errichtet.

Nur im Kampf gegen die NATO kann die westdeutsche Arbeiterbewegung eine selbständige Position gegen die Bedrohung durch die Sowjetunion erringen

Die amerikanischen Truppen in Westeuropa garantieren nicht die Souveränität der westeuropäischen Staaten gegenüber der Sowjetunion, sondern die Vorherrschaft der USA in Europa.

Gerade weil die Arbeiterklasse mit der zunehmenden Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion konfrontiert ist, kann sie, können die Revolutionäre die Einschränkung der Souveränität der westeuropäischen Länder durch die USA nicht hinnehmen. Daß die Souveränität Westdeutschlands durch die Stationierung amerikanischer Truppen eingeschränkt wird, dagegen ist auch kein Argument, daß diese Truppen mit ausdrücklicher Zustimmung der Bundesregierung hier stationiert sind. Dies ändert nichts daran, daß die amerikanischen Truppen die Interessen einer fremden Macht vertreten, die im übrigen in Westdeutschland nicht nur in Form von Truppen präsent ist, sondern vor allem auch in Form von Kapital.

Die Einschränkung der Souveränität Westdeutschlands durch die USA wird im übrigen in dem Maß verschärft, in dem die Bedrohung durch die Sowjetunion zunimmt. Die Stationierung der sowjetischen SS 20 beinhaltet, daß die Sowjetunion Westeuropa durch taktische Nuklearwaffen mit hoher Zielgenauigkeit treffen kann, gegenwärtig durch die Existenz dieser Waffen bereits unter Druck setzen kann. Die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa bedeutet, daß die USA das Territorium der SU durch taktische Nuklearangriffe treffen kann, die nicht von ihrem eigenen Territorium, sondern von Westeuropa aus eingesetzt werden. Umso sicherer ist, daß in jedem nuklearen Schlagabtausch der beiden Supermächte die europäischen Völker die Opfer sein werden, heute aber bereits das Objekt der nuklearen Drohung durch beide Supermächte.

Ohne den Kampf gegen die NATO zu führen, sie womöglich zu zerschlagen, jedenfalls aber die Hegemonialposition der USA in der NATO bedeutend zu schwächen, ist die Arbeiterbewegung in Westeuropa auch in ihrem Kampf gegen das Vordringen der Sowjetunion gefesselt. Nimmt sie die NATO und die Vorherrschaft der USA in Westeuropa hin, läuft jeder Schritt gegen das Vordringen der Sowjetunion z.B. darauf hinaus, die Hegemonialposition der USA zu festigen und ihr weiteres Vordringen zu fördern.

Weltfriedensfront gegen das Vordringen der Sowjetunion unter Einschluß der USA?

Es geht gegenwärtig auch international nicht darum, eine Weltfriedensfront gegen das Vordringen der Sowjetunion zu errichten, die neben den Ländern der 3. Welt und der internationalen Arbeiterbewegung auch Länder der 2. Welt und die USA umfassen würde.

Ein solches Konzept hatte die Kommunistische Internationale vor dem 2. Weltkrieg und vor allem seit 1941, nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion, verfolgt. Ob dieses Konzept damals die Aufgaben der internationalen Arbeiterbewegung ausreichend erfaßt hat, kann man bezweifeln. Ich bin mir jedenfalls nicht sicher, ob dieses Konzept nicht den Fehler einiger kommunistischer Parteien gefördert hat, alle inneren Widersprüche ihrer Länder dem Befreiungskampf gegen den Faschismus, alle Widersprüche gegenüber dem englischen, französischen und amerikanischen Imperialismus dem Widerspruch gegenüber den faschistischen Achsenmächten einfach unterzuordnen, ohne die Selbständigkeit der Arbeiterbewegung und der Volksmassen zu behaupten, Fehler, die sich vor allem nach dem Sieg über den Faschismus zum Teil verheerend ausgewirkt haben.

Bestimmt wird aber ein solches Konzept der gegenwärtigen Weltlage in ihrer Gesamtheit nicht gerecht. Zwar müssen die Völker, die bereits unmittelbar dem Vordringen der sowjetischen Supermacht gegenüberstehen, versuchen, eine internationale Front zur Unterstützung ihres Kampfes aufzubauen, die gestützt auf die Solidarität vor allem der 3. Welt auch die USA einschließen kann. Zu Recht bemüht sich das Demokratische Kampuchea um den Aufbau einer solchen Front, zu Recht auch Teile des afghanischen Widerstandes. Aber insgesamt gesehen richtet sich der Zusammenschluß der Länder der 3. Welt nicht nur gegen das Vordringen der sowjetischen Supermacht, sondern gegen den Hegemonismus beider Supermächte. Nicht nur die Blockfreienbewegung. Auch solche Vereinigungen wie zum Beispiel die der islamischen Länder richten sich gleichermaßen gegen die sowjetische Aggression in Afghanistan wie gegen den Expansionismus und die Okkupation Palästinas durch den amerikanischen Brückenkopf Israel. Der Kampf der Völker Namibias, El Salvadors usw. gegen den US-Imperialismus stärkt nicht das Vordringen des Sozialimperialismus, wenngleich diese Völker stets der Gefahr entgegentreten müssen, daß der Sozialimperialismus die Früchte ihres Befreiungskampfes ausbeutet. Eine selbständige Kraft gegenüber dem Vordringen des Sozialimperialismus sind die Länder der 3. Welt aber gerade in dem Maße, wie sie das Joch der US-imperialistischen Vorherrschaft bereits erfolgreich zerschlagen haben.

Der Leserbrief aus Landshut-Regensburg wirft das Problem auf, ob die Sowjetunion durch eine Auflösung der NATO in Europa nicht relativ gestärkt und dadurch vielleicht gerade zu einem Interventionskrieg ermuntert würde. Dies ist aber nicht einfach eine Frage der militärischen Kräfteverhältnisse zwischen den beiden Supermächten. Es ist vor allem eine Frage der Kräfteverhältnisse zwischen den Kräften des Krieges und den Kräften des Friedens. Gestärkt würde die Sowjetunion dadurch gegenüber den USA, nicht notwendig aber gegenüber den europäischen Völkern. Dann nicht, wenn es ihr nicht gelingt, die Friedensbewegung in Westeuropa ideologisch unter ihre Fittiche zu bekommen, und wenn sich in dieser Bewegung nicht jene Kräfte durchsetzen, die vertreten, daß Zugeständnisse an die Sowjetunion das beste Mittel zur Sicherung des Friedens in Europa seien. Die politisch selbständige Bewegung der europäischen Völker ist aber der sicherste Damm gegen die zunehmenden Kriegsvorbereitungen beider Supermächte.

Ohnehin darf man bei dieser Frage nicht bloß von der Bewegung in Westdeutschland ausgehen. Zwar ist nach wie vor richtig, daß die Sowjetunion die aufstrebende Supermacht darstellt, die durch ihren Expansionismus aktiv den Kampf um die Neuverteilung der Welt vorbereitet, während der US-Imperialismus im wesentlichen seine angestammte Herrschaft verteidigt. Gleichwohl versuchen die USA gerade angesichts des Vordringens der Sowjetunion ihre Positionen auszubauen und an einzelnen Punkten ihrerseits erneut in die Offensive zu kommen, was ihnen zumindest in Ägypten in gewissem Umfang gelungen ist. Auf der anderen Seite trifft die Sowjetunion in ihren Aggressionskriegen insbesondere in Kampuchea und Afghanistan auf erbitterten Widerstand der Völker, der zugleich ihre globalen Kriegsvorbereitungen erheblich behindert. Und mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung in Polen hat sich im Kerngebiet des sozialimperialistischen Imperiums eine Kraft entwickelt, die so oder so die Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion erheblich zurückwirft. Gerade die Entwicklung in Polen *kann* einen Anstoß bilden für die Entwicklung von selbständigen Bewegungen der europäischen Völker, die sich im Kampf gegen beide Supermächte in einer einheitlichen Front zusammenfinden. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die weltweiten Expansionspläne der Sowjetunion bereits an den Fronten scheitert, wo sie es schon gegenwärtig mit selbständigen Kämpfen der Völker zu tun hat. Auch der Niedergang der US-Imperialisten ist ja auf den Schlachtfeldern der 3. Welt, vor allem in Südostasien herbeigeführt worden. Um so weniger kann die westeuropäische Arbeiterbewegung die amerikanische Vorherrschaft zugunsten der Schwächung der Sowjetunion hinnehmen. Eine Front gegen den Sozialimperialismus kann gegenwärtig in Westdeutschland nur darin bestehen, alles zu tun, um die Völker, die gegen das Vordringen der Sowjetunion oder ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion kämpfen, nach Kräften zu unterstützen, die westdeutsche Regierung daran zu hindern, diesen Völkern in den Rücken zu fallen und sie möglichst dazu zwingen, ihre Kämpfe zu unterstützen.

Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses – Teilziel im Kampf für die Auflösung der NATO

Richtig ist, daß die Forderung nach einem demokratischen Friedensvertrag eine wesentliche Forderung im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen in Europa ist. Die Frage ist gleichwohl, ob diese Forderung in absehbarer Zeit verwirklicht werden kann. Gegenwärtig gibt es keine Massenbewegung, die sich diese Forderung zum Ziel setzt.

Was es gibt, ist die Bewegung gegen den NATO-Beschluß vom Dezember 1979, die große Teile der Gewerkschaften umfaßt und weit in die SPD hineinreicht. Die Verwirklichung der begrenzten Forderung dieser Bewegung würde nicht die Auflösung der NATO bedeuten. Sie würde aber die NATO bedeutend schwächen, insbesondere die Position der USA in der NATO, und die Risse zwischen den USA und den westeuropäischen Staaten bedeutend vertiefen. Deswegen kann der Kampf für die Verwirklichung dieser Forderung einen entscheidenen Schritt hin zur Auflösung der NATO und zum Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages darstellen. Deswegen muß man diesen Kampf mit aller Kraft unterstützen, und man kann sich in diesem bestimmten Kampf mit großen Teilen auch der SPD, mit den Jungsozialisten, aber auch den Jungdemokraten zusammenschließen, auch wenn diese Kräfte nicht die NATO insgesamt in Frage stellen und gegenüber der Sowjetunion oft zu großen Zugeständnissen bereit sind. Wir dürfen in dieser Bewegung bloß nicht aufgehen, sondern müssen in dieser Bewegung vor allem unsere propagandistischen Aufgaben wahrnehmen.

Jede Nummer hat 50 Seiten, Preis jeder Nummer 6,00 DM

IKWEZI

A Black Liberation journal of South African and Southern Africa political analysis

Nummer 15:

– Down with the notorious freedom charter!
– Role of the missionaries in the conquest of South Africa

Also:

– A short history of colonialism in South Africa
– A marxist-leninist analysis of the National Question
– Independent Zimbabwe and ZANU's great victory
– A history of FRELIMO's struggle
– How the freedom charter was smuggled into the ANC

Nummer 16:

– Support the aboriginal struggle against Genocide in Australia / Boycott the Brisbaine Commonwealth games!
– PAC reorganises. Pokela becomes new chairman. APRP returns to PAC
– AZAPO conference papers

Also:

– PAC document on political education
– The AZAPO debate over race and class
– An Azanian marxist-leninist speaks
– Dynamics of Black thinking

Bestellungen an:

Buchvertrieb HAGER
Mainzer Landstraße 147
6000 Frankfurt/M

Afghanistan-Tribunal: Die Mauer des Schweigens sprengen

coi.Stockholm. Das aus dem früheren Russell-Tribunal hervorgegangene „Ständige Tribunal der Völker" hatte die Sitzung über Afghanistan einberufen, um festzustellen, ob die Sowjetunion gegen Afghanistan einen Aggressionskrieg im Sinne des Völkerrechts führt, und ob sie dabei Kriegsverbrechen, vor allem gegen die Zivilbevölkerung, begeht. In seinem Urteil befand das Tribunal die SU der Aggression für schuldig, doch über ihre Verbrechen gegen die Bevölkerung wollte es trotz der Fülle von Zeugen- und Expertenaussagen und der Beweise – wie Bilder von Napalmopfern oder kyrillisch beschriftete Hüllen von antipersonellen Bomben – noch kein abschließendes Urteil fällen. Stattdessen beschloß es, eine Untersuchungskommission in nächster Zeit nach Afghanistan zu entsenden.

Es liegt auf der Hand, daß die Bedeutung dieses Tribunals nicht in seiner juristischen Kompetenz liegt, insofern das Urteil direkte Folgen für den Aggressor hätte, sondern vielmehr in seiner propagandistischen Wirkung. Es gelte, erklärte einer der Organisatoren des Tribunals, die Mauer des Schweigens und der Passivität um die Afghanistan-Frage zu sprengen.

Die afghanische Befreiungsbewegung war hauptsächlich repräsentiert durch Mudjahedin direkt aus dem Kampfgebiet, Flüchtlingen aus den Lagern in Pakistan und abgesprungenen Diplomaten und Beamten des Marionettenregimes in Kabul. Detaillierte Berichte über die Anwendung von Napalm und Splitterbomben, über Folter und Massenhinrichtungen, kurz, über systematischen Völkermord und -vertreibung, bildeten den Hauptinhalt ihrer Zeugenaussagen. Der Auftritt der afghanischen Zeugen, die unterschiedlichen Organisationen und Nationalitäten angehören, war gleichzeitig eine Manifestation für die Entschlossenheit und die Einheit des afghanischen Volkes im Kampf gegen die Besatzung seines Landes. „Wir kämpfen nicht gegen Kommunismus oder Atheismus, sondern gegen diejenigen, die unser Land okkupieren wollen", sagte ein Mudjahedin vor dem Gericht und wies die Versuche der SU zurück, den Befreiungskampf als reaktionär, feudal und im Dienst fremder Mächte stehend zu denunzieren. Der Eindruck der wachsenden Einheit und Bewußtheit der Befreiungsbewegung wurde allerdings auch dadurch begünstigt, daß die sechs sogenannten Exilorganisationen mit Sitz in der pakistanischen Stadt Peshawar, die teilweise für ein Regime der islamischen Mullahs, teilweise für die Restauration der Monarchie eintreten, keinen Repräsentanten auf dem Tribunal hatten.

Der eigentliche Angeklagte, die Sowjetunion, war der Einladung des Tribunals erwartungsgemäß nicht gefolgt. Sie begnügte sich damit, dem Tribunal über eine ihrer westeuropäischen Botschaften eine Dokumentation ihrer bekannten Absurditäten zur Begründung ihres Einmarsches zuzuspielen.

„Unsere Nation und unser Volk wird nicht ausgelöscht werden" (Khieu Samphan)

Wahlfarce des Regimes / Bildung einer anti-vietnamesischen Einheitsfront

gek. Die letzten Wochen haben einige politische Bewegung in und um Kampuchea gebracht. Im Innern versucht die vietnamesische Besatzungsbehörde, gestützt auf ihren Marionettenapparat, krampfhaft den Anschein der eins um andere Mal verkündeten „Normalisierung" auszupinseln. Zu diesem Zweck waren Wahlen zu einer „Nationalversammlung" ausgeschrieben, parallel übrigens zu ähnlichen Wahlen in Vietnam. Die vietnamesischen Ergebnisse sollen in Kampuchea weit übertroffen worden sein: sind dort etwas über 90% der Wahlberechtigten an die Urnen gebracht worden, so sollen es in Phnom Penh 99,17% gewesen sein. Von diesen 99% sollen wiederum, mit sicherem Instinkt für die Hackordnung, 99,7% Heng Samrin und 99,6% Pen Sovan gewählt haben. Die Wahlbeteiligung für das ganze Land wurde allerdings nicht mitgeteilt.

Die Ergebnisse sprechen für sich. Freilich darf man sich die innere Lage in Kampuchea auch nicht zu einfach vorstellen – hier nacktes Besatzungsregime, dort ein Volk im Guerilla-Krieg. Der FAZ-Korrespondent Haubold, der sich in einigen Gebieten Kampucheas bewegen konnte, gibt im Groben folgendes Bild der Lage: Offenbar beherrschen die 200000 Mann vietnamesischer Okkupationstruppen halbwegs sicher den südöstlichen Landeszipfel, der die Hauptverbindungslinien zwischen Vietnam und der Hauptstadt Phnom Penh sichert, sowie die Gebiete um den großen Binnensee Tonle-Sap mit den Hauptstraßen zu den anderen größeren Städten im Westen. Diese Straßenverbindungen aber sind auch nicht mehr sicher; nachts werden die vietnamesischen Posten in befestigten Lagern zusammengezogen. Gefahren wird nur im Konvoi. Freilich, damit kontrollieren die Besatzer doch die volkreichsten Gebiete Kampucheas, somit den Großteil der Bevölkerung. In den Städten herrscht wirtschaftlich weitgehender Liberalismus; allenthalben Kleinproduktoin und Kleinhandel. Die Ernährungslage soll nach einer gesteigerten Ernte besser sein als in Vietnam – da freilich ist sie, wie ein vietnamesischer Funktionär zugab, „schlimmer als während des Krieges" (gegen die USA). Das Geheimnis dieses Anscheins einer gewissen Normalisierung ist wohl, daß sich das Besatzungsregime und seine Marionetten wegen der inneren und äußeren Isolierung nur mit Vorsicht bewegen können. Man läßt die Leute machen und sichert sich militärisch. Zugleich wird fieberhaft versucht, mit hohen Sold- und Bestechungszulagen eine Quisling-Verwaltung zu schaffen. Einige hundert sind zu Schnellkursen nach Vietnam, in die Sowjetunion und die DDR verschickt; die wenigen ausgebildeten Kräfte, auf die sich das Regime bisher stützen konnte, flüchten gerade in den letzten Monaten in wachsender Zahl nach Thailand. Muß also das Regime versuchen, sich überhaupt erst eine minimale soziale und politische Basis zu schaffen, so trägt andrerseits auch die Politik des Demokratischen Kapuchea zum Anschein einer Normalisierung bei. Erklärtermaßen wird versucht, in den vom Feind beherrschten Gebieten eine Infrastruktur aufzubauen, zum Teil auch, indem die Einrichtungen der Marionettenverwaltung genutzt werden. Und insgesamt ist die Sicherung des Überlebens der kampucheanischen Nation ein übergeordneter Gesichtspunkt gegenüber allen unmittelbaren Kampfzielen.

Vietnam steht unter Druck, und dieser Druck wird, wie es aussieht, noch weiter steigen. Schon jetzt unterhält es mit 1,2 Mio. Mann die viertgrößte stehende Armee der Welt, die 28% des Sozialprodukts verschlingt. Die Sowjetunion muß nach verschiedenen Schätzungen zwischen 3 und 6 Mio. $ *täglich* für die 200000 Mann in Kampuchea und 60000 Mann in Laos dazuschießen. Die Besatzer geben inzwischen offen zu, daß sie keinen endgültigen Schlag gegen die Guerilla führen können, sondern daß diese ständig stärker wird. Daher haben sie jetzt durch den Mund ihrer Marionetten in Phnom Penh einen neuen „Kompromißvorschlag" lanciert: ein „Teilabzug" der vietnamesischen Truppen sei denkbar, wenn insbesondere Thailand die Guerilla von jedem Nachschub abschnitte und die Flüchtlingslager in KZs umwandle.

Mit diesem Vorschlag versuchen sie den Bemühungen zur Bildung einer schlagkräftigen Einheitsfront gegen die vietnamesische Besatzung des Landes zuvorzukommen, die jetzt zum Greifen nahe ist. Nachdem sich das Bündnis zwischen den Kräften des Demokratischen Kampuchea und der sog. „Nationalen Befreiungsfront des Khmer-Volkes" unter Son San gefestigt hat und die VR China auch diesen bürgerlichen Kräften Nachschub zugesichert hat, ist auch Sihanouk, gedrängt von der Schar seiner Anhänger im Exil, nunmehr bereit, ohne weitere Vorbedingungen sich einer Einheitsfront anzuschließen. Das hat er in Beijing nach Verhandlungen mit der chinesischen Regierung und dem US-Botschafter bekanntgegeben. Freilich hat er mit leicht zynischer Offenheit erklärt, die militärische Vertreibung der Vietnamesen sei unmöglich, nur eine internationale Lösung möglich. Die UNO solle den Sitz des Demokratischen Kampuchea für vakant erklären und auf dieser Basis dann über einen Kompromiß mit Vietnam und seinen Vasallen verhandeln. So hofft der Prinz, in seine „legitimen Rechte" wiedereingesetzt zu werden.

Sein Kalkül trifft sich zum Teil mit den Überlegungen der USA wie auch der Asean-Staaten, die jetzt gemeinsam mit der VR China den Aufbau einer gesamtnationalen Widerstandsfront in Kampuchea unterstützen wollen, freilich mit dem erklärten Ziel, den Sektor des antikommunistischen Widerstands hochzupäppeln. Das sei, wie es sei. Für die Entwicklung der Lage in Kampuchea wie in Indochina kann es für den Augenblick nur günstig sein. Ende Juli will Haig an einer Konferenz der Asean-Staaten in Manila teilnehmen; dort soll eine gemeinsame Unterstützung beschlossen werden. Ebenfalls für Juli wird mit der Einberufung einer Kampuchea-Konferenz der UNO in Wien gerechnet. Das zusammengenommen, macht die hektische Betriebsamkeit in Phnom Penh erklärlich. Von wegen, 99,7%!

Links: Die Marionettensoldaten zählen zu den Hauptschwarzhändlern – Internationale Hilfslieferungen gegen Bargeld. *Rechts:* Bauern bringen Reis nach Phnom Penh, um getrockneten Fisch und Waren des täglichen Bedarfs einzutauschen.

Vielfältige Opposition gegen US-Intervention in El Salvador

gek. In den USA bildet sich eine breite Koalition des Widerstandes gegen die US-Intervention in El Salvador heraus. In der größten derartigen Demonstration seit dem Vietnam-Krieg haben am 3. Mai 100000 vor dem Capitol in Washington gegen die Politik der Reagan-Regierung demonstriert. Aufgerufen hatten neben zahlreichen El-Salvador-Komitees vor allem kirchliche Organisationen. – In einer von der Fernsehgesellschaft CBS veranstalteten Umfrage haben sich 70% gegen eine direkte militärische Verwicklung der USA in El Salvador ausgesprochen. Also durchaus kein Stimmungsumschwung seit den Niederlagen in Kampuchea und Vietnam.

Der Außenpolitische Ausschuß des Repräsentantenhauses hat mit einer Mehrheit von 26 gegen 6 Stimmen beantragt, der Kongreß möge die Fortsetzung der Finanz- und Militärhilfe davon abhängig machen, daß die Junta „nicht ständig in grober Weise die Menschenrechte verletzt, echte Kontrolle über ihre eigenen Sicherheitsgruppen ausübt und verhindert, daß diese salvadorianische Staatsbürger fortgesetzt foltern und umbringen, Fortschritt in wirtschaftlichen und politischen Reformen verzeichnet, auf Abhaltung freier Wahlen zu frühem Zeitpunkt verpflichtet ist, ihren Willen unter Beweis stellt, mit der Opposition über die Lösung aller Streitfragen zu verhandeln und einen glaubhaften Versuch unternimmt, die Morde an drei amerikanischen katholischen Ordensschwestern, einem Sozialhelfer und zwei Gewerkschaftsvertretern aufzuklären." – Reagan kann allerdings davon ausgehen, daß dieser Antrag spätestens im stockreaktionären Senat untergebügelt wird.

Die Reagan-Regierung sieht sich auf internationaler Ebene ebenfalls einem ziemlichen Gegenwind ausgesetzt. Die Bemühungen der lateinamerikanischen Staaten, an führender Stelle Mexiko, eine politische Lösung des Konflikts zu finden, verbinden sich mit entsprechenden Bemühungen verschiedener Regierungen und Parteien Westeuropas. Im Aufrag der Sozialistischen Internationale war Wischnewski Ende April – in einem Flugzeug der Regierung Panamas – eine Woche auf Sondierungsmission in einem Dutzend Länder der Region unterwegs. Ein kanadischer Sozialdemokrat soll im Mai, in Absprache mit der „Revolutionär-Demokratischen Front" El Salvadors, diese Bemühungen fortsetzen. Die US-Regierung hat ihrerseits die Ausschaltung der Sozialistischen Internationale aus allen Verhandlungsbemühungen gefordert. – Auch in El Salvador verbreitert sich die Front gegen die äußere Einmischung. Der Erzbischof Rivera y Damas hat in einer Predigt davor gewarnt, „daß unsere internen Probleme in die Hände der beiden Großmächte fallen, die sich um die Hegemonie über die Nationen streiten."

Vielfältige Opposition gegen US-Intervention in El Salvador

gek. In den USA bildet sich eine breite Koalition des Widerstandes gegen die US-Intervention in El Salvador heraus. In der größten derartigen Demonstration seit dem Vietnam-Krieg haben am 3. Mai 100000 vor dem Capitol in Washington gegen die Politik der Reagan-Regierung demonstriert. Aufgerufen hatten neben zahlreichen El-Salvador-Komitees vor allem kirchliche Organisationen. – In einer von der Fernsehgesellschaft CBS veranstalteten Umfrage haben sich 70% gegen eine direkte militärische Verwicklung der USA in El Salvador ausgesprochen. Also durchaus kein Stimmungsumschwung seit den Niederlagen in Kampuchea und Vietnam.

Der Außenpolitische Ausschuß des Repräsentantenhauses hat mit einer Mehrheit von 26 gegen 6 Stimmen beantragt, der Kongreß möge die Fortsetzung der Finanz- und Militärhilfe davon abhängig machen, daß die Junta „nicht ständig in grober Weise die Menschenrechte verletzt, echte Kontrolle über ihre eigenen Sicherheitsgruppen ausübt und verhindert, daß diese salvadorianische Staatsbürger fortgesetzt foltern und umbringen, Fortschritt in wirtschaftlichen und politischen Reformen verzeichnet, auf Abhaltung freier Wahlen zu frühem Zeitpunkt verpflichtet ist, ihren Willen unter Beweis stellt, mit der Opposition über die Lösung aller Streitfragen zu verhandeln und einen glaubhaften Versuch unternimmt, die Morde an drei amerikanischen katholischen Ordensschwestern, einem Sozialhelfer und zwei Gewerkschaftsvertretern aufzuklären." – Reagan kann allerdings davon ausgehen, daß dieser Antrag spätestens im stockreaktionären Senat untergebügelt wird.

Die Reagan-Regierung sieht sich auf internationaler Ebene ebenfalls einem ziemlichen Gegenwind ausgesetzt. Die Bemühungen der lateinamerikanischen Staaten, an führender Stelle Mexiko, eine politische Lösung des Konflikts zu finden, verbinden sich mit entsprechenden Bemühungen verschiedener Regierungen und Parteien Westeuropas. Im Aufrag der Sozialistischen Internationale war Wischnewski Ende April – in einem Flugzeug der Regierung Panamas – eine Woche auf Sondierungsmission in einem Dutzend Länder der Region unterwegs. Ein kanadischer Sozialdemokrat soll im Mai, in Absprache mit der „Revolutionär-Demokratischen Front" El Salvadors, diese Bemühungen fortsetzen. Die US-Regierung hat ihrerseits die Ausschaltung der Sozialistischen Internationale aus allen Verhandlungsbemühungen gefordert. – Auch in El Salvador verbreitert sich die Front gegen die äußere Einmischung. Der Erzbischof Rivera y Damas hat in einer Predigt davor gewarnt, „daß unsere internen Probleme in die Hände der beiden Großmächte fallen, die sich um die Hegemonie über die Nationen streiten."

Schwedische Regierung tritt zurück

coi.Stockholm. Am Freitag hat der schwedische Ministerpräsident Fälldin sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Schon am Montag war die „bürgerliche" (d.h. nicht sozialdemokratische) Drei-Parteien-Regierung aus dem Bauernzentrum, den Liberalen und den Konservativen mit dem Ausscheiden der konservativen Minister praktisch auseinandergebrochen. Bereits 1978 mußte die Regierungskoalition aus eben diesen Parteien vorzeitig die Segel streichen, da sich Fälldins Bauernzentrum dem Ausbau der Kernenergie in den Weg stellte. Diesmal verweigerten die Konservativen die Zustimmung zu einem Einkommen-Steuerreform-Abkommen, das die beiden Koalitionspartner mit den Sozialdemokraten „über die Blockgrenzen hinweg" vereinbart haben. Die Konservativen befürchten eine Verwässerung der Steuerreform, die durch Senkung der Progressionssteuerspitze auf 50% für überdurchschnittliche Einkommen den „Reiz zur Mehrarbeit" fördern soll. Die beiden anderen Parteien dagegen halten die Mitwirkung der Sozialdemokraten für unabdingbar zur Erreichung der Steuerreformziele.

Neues Gesetzbuch des öffentlichen Rechts in Ungarn

krk. Das ungarische Parlament verabschiedete auf seiner Frühjahrssitzung das neue Gesetzbuch des öffentlichen Rechts. Das alte aus dem Jahr 1956 entsprach den veränderten Verhältnissen, der gewachsenen wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Selbständigkeit der Betriebe und der größeren Freizügigkeit der Arbeitskraft nicht mehr. Das neue Gesetzeswerk legt die Befugnisse und Verantwortlichkeiten der einzelnen staatlichen Verwaltungsorgane fest. Es soll Schluß machen mit der bisher gerade in diesem Bereich vorherrschenden Rechtsunsicherheit und der damit verbundenen extremen Willkür staatlicher Organe sowohl Wirtschaftseinheiten, untergeordneten Stellen als auch den einzelnen Individuen gegenüber. Der Bereich für Sondergesetze wird auf die Landesverteidigung, den Außen- und Devisenhandel und die Sozialversicherung eingeschränkt. Es ist ein bürgerliches Gesetzbuch, aber – oder auch gerade deswegen – ein mehr demokratisches.

Weltkonferenz der eingeborenen Völker

cht. Sydney. Delegierte aus 27 Ländern nahmen vom 27.4. bis 1.5. in Canberra an der 3. Konferenz des Weltrats der eingeborenen Völer (WCIP) teil. Dem WCIP können nach Satzung Organisationen von Völkern angehören, die als Nachfahren der ursprünglichen Bevölkerung ihres Landes und Minderheit unterdrückt werden und nicht die Regierung des Landes kontrollieren. Gegründet wurde der WCIP 1974 durch Initiative der „Indianischen Bruderschaft Kanadas" mit dem Ziel, diese Völker vor kultureller und physischer Unterdrückung zu bewahren und ihren Kampf für wirtschaftliche und soziale Rechte sowie das Recht auf eigene Kultur zu unterstützen und ihre Organisationen zusammenzuschließen. Ihm gehören die indianischen Völker Latein- und Nordamerikas an, die Eskimos, Sami (Lappen), Maoris und die australischen Aboriginals. Die Konferenz beriet den Entwurf einer Konvention, die das Recht der eingeborenen Völker auf politische und kulturelle Selbstbestimmung, auf Kontrolle über das Land und die Naturreichtümer ihrer Gebiete gegenüber ihren Regierungen festlegt, und mit der eine Grundlage für die Verankerung der Rechte der eingeborenen Völker im internationalen Recht und in den Vereinten Nationen geschaffen werden soll. Auf der Konferenz sprachen auch Vertreter von Minderheiten aus Indien, Japan, Thailand und ein Sprecher der Indianer Guyanas.

Arabische Verteidigungsminister: Unterstützung der PLO

chm. Auf einer Sondersitzung der arabischen Verteidigungsminister und Generalstabschefs, die in Tunis stattfand, wurde beschlossen, der PLO und den Einheiten der Arabischen Friedenstruppen, die auf Wunsch der libanesischen Regierung in den Libanon entsandt worden sind, Unterstützung zu gewähren. Der Beschluß ist zustandegekommen nach dem koordinierten Angriff israelischer Truppen, Phalangemilizen und der Milizen Saad Haddads gegen die Stützpunkte der PLO und die Flüchtlingslager. Israelische Flugzeuge hatten auch zwei syrische Hubschrauber abgeschossen.

Wirtschaftswissenschaftler aus Ländern der Dritten Welt

gkr. Zum zweiten Mal traf sich Anfang Mai die Vereinigung der Wirtschaftswissenschaftler der Dritten Welt zu einem Kongreß in Havanna. Das Tagungsthema lautete: „Die internationale Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf die Dritte Welt". Bis Ende dieses Jahrzehnts sollen die westlichen Staaten 400 Mrd. $ für Investitionen aufbringen, fordern die Wirtschaftswissenschaftler. Die Sozialimperialisten und die anderen RGW-Staaten tauchten im Zusammenhang mit Forderungen nicht auf. Entsprechende Einladungen und eine Konferenzregie durch Kuba hatten schon für die richtige Zusammensetzung des Expertenkreises gesorgt. Die Forderungen, auch die nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit von den Staaten des Nordens, sind deshalb nicht weniger gerecht.

Japans Aufrüstung

Suzuki: nicht „brüllender Löwe in Asien", aber „angemessene Aufrüstung"

wos. Was Ministerpräsident Suzuki in Washington erklärte, entsprach den Klarstellungen der japanischen Regierung vor seiner Abreise: kein Beitritt Japans zu einem der bestehenden multinationalen Militärbündnisse unter Führung der USA, sondern lediglich „Solidarität" zwischen den USA, Westeuropa und Japan. Beachtenswert ist, daß mit Suzuki erstmals ein japanischer Ministerpräsident nach Washington gefahren ist, der seinen *ersten* Staatsbesuch woanders gemacht hat: im Februar war er in den Asean-Staaten.

Seit Monaten schon hatte US-Verteidigungsminister Weinberger die japanische Regierung gedrängt, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Hinter diesem Ansinnen steckt die neue Militärstrategie der Supermacht USA, wie sie z.B. Weinberger am 4. März formuliert hat, und die auf die „Wiedergeburt eines starken Amerika" abzielt: 1. An jedem Punkt des Globus in einem wie immer umfangreichen Konflikt mit der Sowjetunion dieser entgegentreten zu können; 2. dazu das Militärpotential qualitativ und zügig auszubauen, und 3. im Ausbau einer mit den Verbündeten abgestimmten antisowjetischen Strategie von diesen eine Übernahme der Lasten zu fordern. Damit rückt Weinberger von der unter Carter verfolgten „Swing-Strategie" ab, nach der z.B. US-Truppen gegenüber einem Vordringen der Sowjetunion im Mittleren Osten aus Ostasien in das Krisengebiet verlegt werden sollten. Nicht Verlegung von Einheiten, Entsenden von Flugzeugträgern etc. heißt jetzt die Devise, sondern „gleichzeitige Antwort" an jedem Punkt der Welt, wo „Lebensinteressen der USA" auf dem Spiel stehen.

Ein Pfeiler dieser Strategie ist die Durchsetzung der US-Forderungen nach erhöhter Kriegsrüstung gegenüber den westeuropäischen Ländern und Japan. Dieser teilweise ultimativ vorgetragene Druck spiegelt aber in Wirklichkeit die geschwächte Stellung des US-Imperialismus wider. Die USA haben Niederlagen einstecken müssen – der Iran und Nicaragua waren dafür die jüngsten Beispiele –, die jetzt durch eine „Politik der Stärke" wieder wettgemacht werden sollen. Aber nicht allein die Völker der Dritten Welt versetzen der Supermacht Schläge, ihre Schwächung wird auch durch die wachsende ökonomische Stärke der kooperierenden Konkurrenten hervorgerufen, und hier besonders durch Japan.

Jahrzehntelang hatte der 1951 zusammen mit dem Teil-Friedensvertrag (China, die UdSSR u.a. unterschrieben nicht) abgeschlossene US-Japanische Sicherheitsvertrag auch einen wirtschaftlichen Effekt: die wiedererstarkte japanische Monopolbourgeoisie trieb die Ausbeutung der Arbeiter voran, ließ es sich aber derweil gut sein unter dem amerikanischen Nuklearschirm. Durchaus verschmerzte sie auch in Japan und auf Okinawa angelegte US-Militärstützpunkte, wenn sie dafür nur weniger als 1% ihres Bruttosozialprodukts für Verteidigung auszugeben brauchte. (Sicher, 1945 hatte sie nach ihrer Niederlage zunächst auch keine andere Wahl gegenüber der Siegermacht.)

Der Verfassung nach darf Japan eine eigene Militärmacht gar nicht unterhalten. Art. IX, einmalig in der Welt, lautet: „Das japanische Volk wünscht aufrichtig einen internationalen Frieden, bei dem Gerechtigkeit und Ordnung die Grundlage bilden, und verzichtet auf ewig auf Krieg als Mittel der Staatsgewalt und auf Drohung mit und Verwendung von Waffengewalt als Mittel zur Beilegung von internationalen Auseinandersetzungen. – Um diesen Zweck zu erreichen, werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstiges Kriegspotential unterhalten. *Das Recht auf Kriegführung durch den Staat wird nicht anerkannt.*" Dem Entwurf der USA mußten die japanischen Bourgeoispolitiker zähneknirschend zustimmen, sonst hätte ihnen MacArthur den Tenno weggenommen. Dennoch war er nicht einfach oktroyiert, sondern spiegelte durchaus Bestrebungen der japanischen Volksmassen nach Demokratie und „Nie wieder Krieg!" wider. Tatsächlich war es dann aber der Oberkommandierende der alliierten Mächte, MacArthur, der wenige Tage nach Beginn des Korea-Krieges die Aufstellung einer „Polizeireserve" von 75000 Mann befahl und damit die Wiederbewaffnung Japans gegen den Widerstand großer Teile der japanischen Bevölkerung einleitete.

Heute verschlingt die Berufsarmee von 267800 Soldaten das achtgrößte Verteidigungsbudget der Welt – mit 11 Mrd. Dollar (1981), d.h. 0,9% des BSP; übrigens in der Relation ein Sechstel der US-Ausgaben. Bis vor wenigen Jahren führte diese Armee ein gesellschaftliches Schattendasein: wegen der starken pazifistischen Grundstimmung in Japan wurde sie geächtet.

Aber die Änderung der Weltlage führte zusammen mit dem wachsenden ökonomischen Potential zu einer Neueinschätzung seitens der Bourgeoisie und anderer Schichten. Die prekäre Rohstoffsituation Japans (Bedeutung der Malakkastraße!) spielt dabei die Hauptrolle.

Aus militärstrategischen Gründen seiner eigenen Gefährdung durch die UdSSR erkennt China jetzt nicht allein den US-Japanischen Sicherheitsvertrag an, sondern fordert ihrerseits die konservative japanische Regierung, unter der sie mit Japan einen Friedensvertrag geschlossen hat, auf, wachsam gegen die sowjetische Bedrohung zu sein und ausreichend zu rüsten. Inzwischen hat die UdSSR 80 Kreuzer und Zerstörer in den Pazifik entsandt. Die Invasionen in Kampuchea und Afghanistan haben die japanische Bevölkerung zusätzlich beunruhigt. Durch diese Faktoren sind auch die japanische Arbeiterbewegung und die Oppositionsparteien, die bisher den Sicherheitsvertrag mit den USA und die „Selbstverteidigungsstreitkräfte" ablehnten, in eine schwierige Lage gekommen.

Andererseits tut sich innerhalb der Monopolbourgeoisie eine Kluft auf: Das eine Lager argumentiert, auf die USA könne man sich immer weniger verlassen, daher brauche Japan eine eigene Aufrüstung und notfalls sogar eigene Atomwaffen. Das andere ist für *schrittweise* Aufrüstung, da sonst die Herrschaft der Liberal-Demokraten durch wachsenden Widerstand in der Bevölkerung gefährdet sei und außerdem die asiatischen Nachbarstaaten alarmiert würden; man müsse im Bündnis mit den USA bleiben. Absehbar dürfte diese zweite Position, die von Vorsicht gekennzeichnet ist, für den japanischen Imperialismus ihre jetzige dominierende Stellung behalten. Die Pläne dieses Regierungslagers sind: Aufstockung der Rüstungsausgaben auf ein volles Prozent des BSP, weiter Steigerungsraten von real 7% jährlich, Anschaffung von F-15-Kampffliegern, der fliegenden Frühwarnstationen E-2 C, Erhöhung der Iststärke der Armee usw. Notwendig muß sie dazu die Verfassung revidieren, und hier spielen die USA und die sich nationalistisch gebärdenden Rechten einander in die Hände.

Demgegenüber ist für die Haltung der *Sozialistischen Partei*, die auch den Gewerkschaftsverband Sohyo bestimmt, die Konzeption der „unbewaffneten Neutralität" und „Blockfreiheit" grundlegend. Sie will die bestehende Armee in eine „Truppe zum friedlichen Landesaufbau" umwandeln und später auflösen. In beiden Punkten scheint die SPJ allerdings zu Konzessionen an die Komei-Partei wie an die Demokratischen Sozialisten bereit, wenn damit eine Koalitionsregierung dieser Oppositionsparteien ermöglicht würde.

Die rechtssozialdemokratische *DSP*, unter deren Einfluß der Gewerkschaftsverband Domei steht, zeigt die stärkste Annäherung an die regierende LDP: sie hält am Sicherheitsvertrag fest und erkennt die Armee an.

Die *Komeito* beabsichtigt die Auflösung des Sicherheitsvertrages, „wenn eine dies ermöglichende internationale Lage eingetreten ist", und die Beibehaltung der Armee unter dem Namen „Landesschutztruppe".

Schließlich die *KPJ*: Sie fordert die „Verwirklichung eines blockfreien, neutralen Japan", die „demokratische Umerziehung" der Truppe und später ihre Auflösung, hält aber am Recht eines souveränen Staates auf Selbstverteidigung fest. Nach Errichtung eines „wirklich unabhängigen Staates" (was sich gegen die Einschränkung der Souveränität durch US-Stützpunkte richtet) soll die Bevölkerung darüber befinden, wie dieses Recht konkret ausgeübt werden kann.

Weitere Aufrüstung lehnen bisher alle Oppositionsparteien mit Ausnahme der DSP mehr oder weniger entschieden ab.

Die revolutionäre Strömung in der Arbeiterbewegung und viele demokratische Initiativen führen einen erbitterten Kampf gegen jegliche Verfassungsrevision, gegen Aufrüstung, Einführung der Wehrpflicht (die im Gespräch ist) und die Ausdehnung des Aktionsradius des japanischen Militärs. Es gibt hier auch Organisationen, die zwar die Feststellungen im jüngsten Verteidigungsweißbuch des Verteidigungsamtes über die wachsende sowjetische Bedrohung Japans als Tatsache nehmen, die Schlußfolgerung jedoch – Verstärkung der Streitkräfte und Aufrüstung – scharf ablehnen, weil die Politik der Regierung auf die Einschränkung der demokratischen Rechte des Volkes geht – wo doch gerade deren Ausdehnung Voraussetzung einer wirklichen Verteidigung, d.h. einer Verteidigung seitens des Volkes selber, sei.

Einen „nationalen Konsensus" über die Notwendigkeit der Armee schaffen – Werbeprospekt des Verteidigungsamtes.

1. Mai in Barcelona:

Gegen die Arbeitslosigkeit! Für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten!

nim. Der 1. Mai in Barcelona, wie in Spanien überhaupt, stand unter dem Zeichen des Putschversuches und unter den Erwartungen eines weiteren Putsches. Mit Sicherheit hat diese Situation die Tendenz zur Vereinheitlichung und vor allem auch den großen Wunsch nach Einheit unter der Arbeiterschaft verstärkt. Bestimmend für den 1. Mai war, daß es den beiden größten Gewerkschaften der CC.OO. (Comisiones Obreras) und der UGT (Union General de Trabajadores) gelungen war, sich auf einen gemeinsamen Aufruf zu einigen. Die Hauptparolen dieses Aufrufs waren: „Für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten, der Verfassung und des Statuts!" und „Gegen die Arbeitslosigkeit!". In dem gemeinsamen Aufruf nicht enthalten, aber auf zahlreichen Transparenten der Demonstration in Barcelona, war die Forderung „Kein Eintritt in die NATO!". 60000 Menschen marschierten hauptsächlich unter diesen Parolen am 1. Mai durch Barcelona. Der starke Wunsch nach Einheit kam auch immer wieder in Sprechchören zum Ausdruck. So rief unter anderem ein großer Block von Benz-Arbeitern immer wieder: „Für die Einheit von UGT und CC.OO., für die Gewerkschaftseinheit!". Um die gefundene Einheit auch zum Ausdruck zu bringen, gingen in der ersten Reihe der Demonstration die Spitzenfunktionäre der beiden Gewerkschaften hinter einem gemeinsamen Transparent. Ist auch der Wunsch nach Einheit im ökonomischen Kampf und im Kampf gegen die Putschisten sehr groß in der spanischen Arbeiterschaft, so ist doch die Klarheit, auf welcher Grundlage man die Einheit schließen soll und wie man weiter kommt, sehr gering. Insgesamt waren auf der Demonstration politische Forderungen, die sich mit weitergehenden Fragen als der Verteidigung der demokratischen Rechte befaßten – mit Ausnahme der Forderung gegen die NATO – kaum vertreten. Ebensowenig waren Bürgerinitiativen oder Anti-AKW-Gruppen vertreten. Relativ wenige Transparente gab es auch für die Unterstützung der Völker. Lediglich zwei Transparente richteten sich gegen die beiden Supermächte. Bei aller Unklarheit über den einzuschlagenden Weg ist doch das Ziel der Arbeiterbewegung, der Kommunismus, breit verankert. Immer wenn die Kapelle stehen blieb und die Internationale spielte, bildete sich sofort eine große Menschentraube, die dies Kampflied entschlossen mitsang.

Eine herausragende Stellung in dem Demonstrationszug nahmen die Arbeiter von Olivetti ein, die gerade gegen die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland und für die Erhaltung von 1600 Arbeitsplätzen kämpfen. Immer wieder riefen sie: „Olivetti, Terroristenunternehmen!" Auffällig war es, daß die Blocks der PSOE (Sozialdemokraten) mit zu den kämpferischsten zählten. Vereinzelt trugen sie auch Leninbilder mit sich.

Prägend für die Demonstration war auch die große Anzahl der gelb-roten katalanischen Fahnen. Nachdem Sprache und Kultur des katalanischen Volkes unter Franco verboten waren, entwickelt sich jetzt das Bewußtsein über die eigene Kultur und Geschichte und auch das Katalanisch wird wieder viel gesprochen. Es gab kaum eine Gruppe und kaum einen Block, der nicht neben roten Fahnen und Transparenten auch die katalanische Fahne mit sich führte.

Die Parole war: „Für Demokratie! Gegen Zentralismus!"

60000 Teilnehmer an der 1. Mai-Demonstration in einer 5-Millionenstadt ist relativ wenig. Nach Francos Tod waren eine halbe Million Menschen auf der Straße. Wie läßt sich das erklären?

Die Bourgeoisie versucht zu propagieren, daß lediglich die Alternative zwischen dem Faschismus und der UCD bestehe. Ist man gegen den Faschismus, so muß man sich also mehr oder weniger der UCD unterordnen. Diese Politik hat offensichtlich auch einen gewissen Erfolg. Nach dem Putschversuch hatten sich die PSOE und die PCE noch für eine Koalitionsregierung eingesetzt und sich in Verhandlungen auf ein gemeinsames Programm geeinigt. Dieses Programm sah unter anderem Sofortmaßnahmen gegen die Krise vor, um insbesondere auch der Arbeitslosigkeit Herr zu werden und eine Stärkung der Autonomiebewegung bei gleichzeitiger Bejahung der Einheit Spaniens. Beide Parteien haben inzwischen die Forderung nach einer Koalitionsregierung fallen gelassen und sich scheinbar mehr oder weniger der propagierten Alternative unterworfen. Jedenfalls ist derzeit offensichtlich keine der beiden großen Arbeiterparteien in der Lage, der Arbeiterklasse eine Perspektive über kurzfristige Abwehrkämpfe hinaus zu geben. Mit Sicherheit wirkt sich auch erschwerend auf die Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft die hohe Arbeitslosigkeit aus, die erhebliche Teile der Klasse ins nackte Elend wirft.

Doch die reaktionäre Politik der UCD (christlich) hat innerhalb dieser Partei zu so heftigen Widersprüchen geführt, daß sie sich derzeit in einer schweren Krise befindet. Die Führung orientiert sich außenpolitisch an den Wünschen des US-Imperialismus, Spanien wieder zu einem festen Bestandteil seines Einflußbereiches zu machen, was z.Zt. auch seinen Niederschlag findet in den Bemühungen, Spanien in die NATO zu drängen. Innenpolitisch will sie alle rechten Kräfte vereinigen, um so eine Politik ohne jede Kompromisse gegenüber den Linken machen zu können und die bestehenden Freiheiten weiter beschneiden zu können. Demgegenüber hat sich eine mehr national gesinnte Strömung herausgebildet, die gegen den Kurs der Unterwerfung unter die Vorherrschaft der USA ist und die in der Innenpolitik die bestehenden Freiheiten bewahren will.

Die Putschisten drängen jetzt auf Entscheidung. Durch die Anschläge der letzten Tage wollen sie sowohl die Armee von liberalen Offizieren säubern bzw. diese einschüchtern, als auch ihre Anhängerschaft für den geplanten Putsch mobilisieren, indem sie die Attentate den Linken in die Schuhe schieben.

Solidarität mit den Völkern von El Salvador und Polen! Gegen den Faschismus die Einheit der demokratischen Kräfte!

Aufbau der befreiten Gebiete in El Salvador

Das folgende ist eine Reportage von Leo Gabriel, der vor kurzem die befreiten Gebiete El Salvadors besucht hat. Wir entnehmen diese Reportage der „tageszeitung" vom 29.4.1981. Wir wollen bei dieser Gelegenheit auf die Spendensammlung „Waffen für El Salvador" hinweisen, die von der „tageszeitung" initiiert wurde und die bereits knapp 1,6 Mio. DM erbracht hat. Die Nummer des Spendenkontos lautet: 28859-107, Sonderkonto, PSchA Berlin West, Bankleitzahl 100 100 10, Freunde der alternativen Tageszeitung, 1000 Berlin 65.

Die Südostfront „Francisco Sanchez", benannt nach einem revolutionären Bauernführer der Gegend, ist eine der acht Zonen des Landes, auf die sich die salvadorianische Guerilla nach ihrer dreitägigen Offensive am 10. Januar dieses Jahres zurückgezogen hatte. Zum Unterschied zu den meisten anderen Fronten besteht dieses hier über 1 000 km² große Gebiet, das nördlich und südlich von den beiden großen Durchzugsstraßen des Landes, der Panamericana und der Carretera Litoral an der Pazifikküste begrenzt ist, jedoch nur aus einem spärlich bewaldeten Hügelland. Dem ersten Anschein nach gab es für die Guerilleros der FMLN also nur wenige Möglichkeiten, sich bei einem etwaigen Einfall der Armee zu verstecken. „Wir wissen, daß der Feind die Position unserer Lager ziemlich genau kennt", erklärt einer der Oberkommandierenden der Südfront, Comandante Miguel. Trotzdem hat die Armee, die bereits dreimal mit über 1 000 Mann und unter Einsatz schweren Artilleriefeuers sowie unter unablässigen Bombenangriffen der salvadorianischen Luftwaffe eingedrungen ist, sich mit schweren Verlusten und ohne ihrem Gegner entscheidende Schläge zuführen zu können, zurückziehen müssen. Als Ursache ihrer taktischen Überlegenheit trotz materieller Unterlegenheit sehen die Guerilleros der Zone übereinstimmend Mangel an Kenntnis des Terrains sowie die äußerst labile Kampfmoral der Armee an.

„Wir warten ab, bis sie tief ins Innere unseres Gebietes vorgedrungen sind und schlagen dann zu, wenn der Feind es am wenigsten erwartet", beschreibt Comandante Miguel die Situation. Ziel des Kampfes in der gegenwärtigen Phase des militärischen Prozesses ist es also gar nicht, das Eindringen der Infanterie zu verhindern, sondern den Gegner auf einem Terrain, das er nicht wußt ist, vor allem auf die Zerstörung des Hinterlandes und den Versuch der Entvölkerung der von den Guerilleros besetzten Zone ausgerichtet: bis zu 10 m breite Bombentrichter, eingestürzte Bauernhöfe, weite kohlschwarze Maisfelder sind die stummen Zeugen dieser Vernichtungsstrategie, die vor keiner Brutalität zurückscheut, um die einheimische Zivilbevölkerung abzuschrecken. „Dort drüben haben sie zwei alte Männer, die nicht mehr mit den anderen mitlaufen konnten, hier eine Frau mitsamt ihrem dreijährigen Kind erschossen", erzählt ein älterer Bauer, der gerade noch mit einem Schrecken davongekommen ist.

In Dutzenden von Gesprächen, die wir mit den Bewohnern der Zone unweit des Rio Lempa geführt haben, zeichnet sich das Bild einer Grausamkeit ab, die es selbst in Nicaragua unter Somoza nicht gegeben hatte, von manchen zerstückelten Leichen, Frauen, denen man den Fötus aus dem Leib geschnitten hatte, abgetrennte Köpfe an den Stufen eines Hauseinganges ... „Nachdem der Feind den Fisch nicht fangen kann, versucht er das Wasser zu vergiften," faßt ein junger Guerillakämpfer die Szene zusammen.

Dem gleichen Ziel dient auch die ebenfalls in Vietnam zum Einsatz gekommene „Strategie der verbrannten Erde," die sich die salvadorianische Armee in den letzten Wochen zu eigen gemacht hat, um den einheimischen Bauern ihre Überlebensmöglichkeit zu

es am wenigsten erwartet", beschreibt Comandante Miguel die Situation. Ziel des Kampfes in der gegenwärtigen Phase des militärischen Prozesses ist es also gar nicht, das Eindringen der Infanterie zu verhindern, sondern den Gegner auf einem Terrain, das er nicht

Kommandozentrale einer der Befreiungsstreitkräfte El Salvadors

kennt und auf dem er die Zivilbevölkerung gegen sich hat, zu zermürben. Besonders deutlich hatte sich in diesem Gebiet der Verfall der Kampfmoral beim vorletzten Einfall des Heeres gezeigt, als eine Menge von frisch rekrutierten Fußsoldaten unter der Führung einer Elitetruppe der Guardia Nacional in die Zone eingedrungen war. Innerhalb von wenigen Stunden hatte die Armee fünf Tote und mehrere Verletzte zu verzeichnen, wobei jeder Versuch, auf einigen Hügeln an der Peripherie der Zone Stellung zu beziehen, an den Hinterhalten der Guerilla scheiterte ...

Freilich machen die Soldaten den Revolutionären nicht immer das Überleben so einfach. Besonders seit der Ankunft der nordamerikanischen Militärberater, die ihre Vietnam-Erfahrung in El Salvador zur Anwendung bringen wollten. Während früher das Kesseltreiben einige Tage dauerte, umstellten Tausende von Soldaten bei den letzten Offensiven der salvadorianischen Armee die jeweils angegriffenen Zonen. So verhungerten etwa buchstäblich sechs Kämpfer der FMLN in einer entlegenen Zone um den benachbarten Vulkan um San Vicente, als sie durch ein Manöver von der Zivilbevölkerung abgeschnitten wurden.

Ähnlich wie in Vietnam ist die Strategie der Armee, die sich der Unmöglichkeit, die Guerilleros auf ihrem eigenen Gebiet zu schlagen, sehr wohl bewußt ist, vor allem auf die Zerstörung des Hinterlandes und den Versuch der Entvölkerung der von den Guerilleros besetzten Zone ausgerichtet: bis zu 10 m breite Bombentrichter, eingestürzte Bauernhöfe, weite kohlschwarze Maisfelder sind die stummen Zeugen dieser Vernichtungsstrategie, die vor keiner Brutalität zurückscheut, um die einheimische Zivilbevölkerung abzuschrecken. „Dort drüben haben sie zwei alte Männer, die nicht mehr mit den anderen mitlaufen konnten, hier eine Frau mitsamt ihrem dreijährigen Kind erschossen", erzählt ein älterer Bauer, der gerade noch mit einem Schrecken davongekommen ist.

In Dutzenden von Gesprächen, die wir mit den Bewohnern der Zone unweit des Rio Lempa geführt haben, zeichnet sich das Bild einer Grausamkeit ab, die es selbst in Nicaragua unter Somoza nicht gegeben hatte, von manchen zerstückelten Leichen, Frauen, denen man den Fötus aus dem Leib geschnitten hatte, abgetrennte Köpfe an den Stufen eines Hauseinganges ... „Nachdem der Feind den Fisch nicht fangen kann, versucht er das Wasser zu vergiften," faßt ein junger Guerillakämpfer die Szene zusammen.

Dem gleichen Ziel dient auch die ebenfalls in Vietnam zum Einsatz gekommene „Strategie der verbrannten Erde," die sich die salvadorianische Armee in den letzten Wochen zu eigen gemacht hat, um den einheimischen Bauern ihre Überlebensmöglichkeit zu rauben. Maisfelder, Häuser, ja sogar Pferde und Schweine ... jedes Anzeichen von Leben wird systematisch zerstört, um die einheimische Bevölkerung von ihren angestammten Wohnorten zu vertreiben.

Aber auch das hat nicht viel Erfolg. Die Mehrzahl der Bevölkerung bleibt auch weiterhin in der Zone. Für sie ist die Frage, wer ihr Freund ist und wer ihr Feind, schon lange keine Frage des politischen Glaubensbekenntnisses mehr, sondern eine tagtägliche Lebenserfahrung. Es ist ihr Selbsterhaltungstrieb und ihr Schutzbedürfnis, die sie dazu veranlaßt, sich einer der vier Guerilla-Organisationen auf irgendeine Art einzugliedern.

Dies kann, muß aber nicht bedeuten, daß sich die Bauern in eines der zahlreichen Lager begeben, in denen die kämpfende Truppe bewaffnet und ausgebildet wird. „Es gibt mehr als doppelt so viele Leute in der Region, die nur darauf warten, mitkämpfen zu dürfen", erklärt Comandante Miguel, „aber wir haben nicht so viele Waffen." Ich muß zwangsläufig an die Behauptungen im US-amerikanischen Weißbuch denken, mit dem die Reagan-Administration vor mehreren Wochen in Europa ihre Propagandaoffensive zu starten versuchte.

Ihnen zufolge soll die salvadorianische Guerilla so reichlich mit Waffen und Munition sowjetischen und kubanischen Ursprunges beliefert worden sein, daß die Einstellung von „kommunistischen Söldnern" notwendig geworden wäre, um sie zu bedienen. Tatsächlich hörten wir drei Tage nach unserem Eintritt in die Zone übers lokale Radio, daß von der Bevölkerung „großgewachsene, hellhäutige Berater" im Gebiet der Guerillalager gesichtet worden wären.

„Woher bekommt ihr eure Waffen?", fragte ich indiskret. Miguel zögerte nicht lange: „Die meisten haben wir seit Jahren. Viele haben wir schon vor Jahren dem Feind in unseren Überfallaktionen abgenommen, manche erst jetzt nach der Januaroffensive. Andere haben wir auf dem internationalen Schwarzmarkt aus dem Erlös unserer Entführungsaktionen und aus den Mitteln der Solidaritätsbewegung gekauft."

Tatsächlich hatten wir unter den Hunderten von Waffen meist belgische Fal-Gewehre, bundesdeutsche G-3, die in Salvador die Armee verwendet, M-16, etliche Karabiner und nur drei tschechische Gewehre gesehen.

„Habt ihr im Augenblick ökonomische Probleme?" „Hätten wir so viele Mittel zu Verfügung wie die Junta behauptet, hätten wir auch nur annähernd soviel Unterstützung wie die Junta vom Imperialismus bekommt, hätten wir diesen Krieg schon gewonnen."

„Aber ihr bekommt doch Unterstützung von der Sozialdemokratie?", warf ich ein. „Die Länder der Sozialdemokratie unterstützen uns, aber nur diplomatisch, nicht militärisch."

Am nächsten Tag fiel mir bei den Trainingsübungen im Guerillalager auf, daß etwa ein Viertel der jungen Bauernburschen und -mädchen ohne Waffe trainierten. Auf eine Frage bekam ich von einer 17jährigen die etwas traurig klingende Antwort: „Ich muß bis zur nächsten Invasion warten, bis Companeros vom Feind einige Gewehre zurückerobert haben."

Die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung, die in der Zone lebt, ist unbewaffnet, jedoch nicht schutzlos. Viele sind schon seit Jahren, andere seit Monaten oder Wochen in eine der vier Massenorganisationen integriert, als deren bewaffneter Arm sich die vier in der Gegend operierenden Guerillaorganisationen der FMLN versteht. So stellt der Revolutionäre Volksblock BPR etwa die Massenbasis der FPL (Fuerzas Populares de Liberacion), und der Frente de Accion Popular Unificada (FAPU) die des nationalen Widerstandes (FARN) dar. Die zentralamerikanische Befreiungsbewegung PRTC ist in der Gegend ebenso vertreten wie das revolutionäre Volksheer (ERP) mit seiner Basisbewegung, den Volksligen (LP-28). Der Unterschied, der hauptsächlich auf historische Wurzeln zurückzuführen ist, wird dadurch abgeschwächt, daß die Comandantes der einzelnen Organisationen sich regelmäßig zu gemeinsamen Generalstabssitzungen zusammenfinden, in denen auch etwaige, hauptsächlich auf das Konkurrenzdenken zurückzuführende Divergenzen in der politischen Planung diskutiert werden.

Das enge Wechselverhältnis, das zwischen diesen Massenorganisationen und ihrem bewaffneten Arm, der Guerilla besteht, macht sich v.a. in den Zeiten einer wachsenden Bedrohung durch die Armee bemerkbar. Als z.B. am Palmsonntag die Nachricht von einer Verstärkung der Truppenbewegungen von Mund zu Mund ging, versammelten sich noch zu Mitternacht Tausende von Bauern in den verschiedenen Lagern der ihnen entsprechenden Guerillaorganisationen, um die Anordnungen entgegenzunehmen. Den notwendigsten Hausrat fein säuberlich verpackt, begannen die Familien, ihn an bestimmten, ihnen angewiesenen Orten zu vergraben. Eilig wurden auch Lebensmittel wie Mais, Bohnen und sonstige haltbare Nahrungsmittelreserven in eigens für diesen Zweck ausgehobenen unterirdischen Silos zusammengeschichtet.

Auch für die Familien selbst war Vorsorge getroffen worden. In eigens zu diesem Zweck bereitgestellten unterirdischen Tunneln konnte zumindest ein Teil der Bevölkerung vor den Angriffen der Luftwaffe und Artillerie Zuflucht finden, ohne von einer etwaigen, vorbeimarschierenden Militäreinheit entdeckt zu werden. Jeder einzelnen Menschengruppe wird dabei eine Einheit von bewaffneten Kämpfern mitgegeben, unter deren Feuerschutz sich die Zivilbevölkerung notfalls aus einer Gefahrenzone heraus in ein sicheres Gelände begeben konnte. Aufgabe der im Kampf erfahrenen sogenannten politischen Verantwortlichen ist es dabei, die verschreckte Zivilbevölkerung zu beruhigen und ihr Mut zuzusprechen. Geleitet wird die Operation von den Comandantes, die bei der Planung der einzelnen Attacken, bei denen die Guerilla wegen ihrer Kenntnis des Terrains die Initiative hat, darauf achten, daß der Zivilbevölkerung genügend Zeit bleibt, ihre Position zu verändern.

Der Aufbau einer neuen Gesellschaft

Aber nicht nur in Kriegszeiten, d.h. im Falle einer Invasion der Zone durch das gegnerische Heer, kommt den Massenorganisationen eine besondere Bedeutung zu. An der Südostfront, die seit mehr als einem Monat nicht mehr angegriffen worden war, haben die Basisorganisationen in den relativen Friedenszeiten den Grundstein für das zukünftige El Salvador bereits gelegt.

Grundlage für eine Veränderung der sozialen Struktur innerhalb der Zonen stellen dabei die verschiedenen Ansätze einer Agrarreform dar, die, je nach der spezifischen Organisationszugehörigkeit, von der totalen Kollektivierung der Landwirtschaft bis zu Parzellenbetrieben mit gemeinschaftlicher Bewirtschaftung reichen. Den Grad der Kollektivierung bestimmen im Augenblick noch die Volksorganisationen, die aber bald durch ein System von gewählten lokalen Volksvertretern, den sogenannten „Comisarios Populares" abgelöst werden sollen.

Auf dem Gesundheitssektor ist der Reformprozeß in der Südostzone dank der Initiative von mehreren, der Guerilla zugehörigen Ärzten, besonders weit gediehen. Ähnlich den „Barfußärzten" der chinesischen Revolution werden unter für diese Aufgabe ausgesuchten Bauern Erste-Hilfe-Kurse abgehalten, in denen die Grundzüge einer fortschrittlichen Präventivmedizin und die notwendigsten Kenntnisse bei der Behandlung von Verletzten vermittelt werden. Es mutet etwas seltsam an, wenn man einen Bauern während eines Trainingskursus recht komplizierte chirurgische Eingriffe an einem Versuchstier, meist einem herrenlosen Hund, durchführen sieht.

Nicht weniger seltsam erscheint inmitten des Krieges die Durchführung einer Alphabetisierungskampagne, zumal dafür keinerlei schriftliche vorgedruckte Materialien zur Verfügung stehen. Es bleibt dem Erfindungsgeist jedes einzelnen überlassen, die einzelnen Buchstaben mit Hilfe von Sicheln, Macheten, Zweigen und sogar durch bestimmte Anordnung der Gewehre zu vermitteln.

„Consolidacion" ist das geflügelte Wort, das in der gegenwärtigen Phase der salvadorianischen Revolution in aller Munde ist. Darunter wird einerseits die Befestigung der militärischen Positionen in der Zone verstanden, wobei die bevorstehende Regenzeit der Guerilla zugute kommen und immer weitere Landstriche in undurchdringliche Zonen verwandeln soll. Andererseits wird aber unter Konsolidierung jener politische Prozeß verstanden, in dem bereits vor der Machtübernahme durch die Revolutionäre die Grundlagen der neuen Sozialstruktur gelegt werden sollen. Denn im Unterschied zur Kampfzeit der Sandinisten gegen die somozistische Diktatur, in der sich die Guerilla in den Bergen auf militärische Vorbereitung der Endoffensive beschränkte, nützt die FMLN jede militärische Ruhepause in den einzelnen Zonen, um die Bevölkerung auf den politischen und ökonomischen Wiederaufbau vorzubereiten. Der Prozeß schreitet also stetig voran, unabhängig davon, ob in den sogenannten „befreiten Gebieten" gerade Krieg herrscht oder nicht.

Nach einer Woche mußten wir kurz vor der erwarteten Invasion, die das gesamte Gebiet militärisch von der Außenwelt abschneiden wird, neuerlich die Grenze zum anderen Territorium überschreiten. Daß diesmal angesichts der beginnenden Truppenbewegungen das Risiko noch größer war als beim Eintritt in die Zone, wußten nicht nur wir, sondern auch die Schutztruppe bewaffneter Begleiter, die uns diesmal mitgegeben wurde. Während wir nun zu Tal marschierten, stimmten die Guerilleros einige Revolutionslieder an, die uns den langen Weg in der glühenden Mittagshitze etwas kurzweiliger machen sollten. Als wir im Tal einen Fluß erreichten, an dem wir unsere verschwitzte und verdreckte Kleidung wechseln mußten, verstummten unsere Begleiter jedoch plötzlich. Mit der Uhr in der Hand ging uns der Anführer der Schutztruppe voran: „Wir werden euch bis zu einem bestimmten Punkt führen, wo ihr auf keinen Fall länger als 5 Minuten warten dürft", warnte er uns eindringlich. Von nun an schlichen wir vorsichtig an den Ecken der Dorfstraße vorbei. Uns voran ging jetzt ein unbewaffneter Bauer, der vor uns nach einer etwaigen Militärpatrouille Ausschau hielt. „Gestern haben die Soldaten derart leise unsere Häuser umstellt, daß wir sie erst bemerkten, als sie schon vor der Türe standen," flüsterte er unseren bewaffneten Begleitern zu, die jetzt sichtlich nervös wurden. Von der Landstraße her hörten wir schon den Lärm vorbeifahrender Autos, als wir sahen, wie sich unsere Begleiter wortlos hinter einer Hausmauer verschanzten. Jetzt wurden auch für uns die Sekunden wieder zu Minuten, zu Stunden. Wir erfuhren, daß das Militär in 500 Meter Distanz eine Straßensperre errichtet hatte. Das militärische Einkreisungsmanöver, das die erwartete Invasion einleiten sollte, hatte also schon begonnen, damit hatten weder wir noch unsere Begleiter gerechnet. Was tun? Die Polizeispitzel in den benachbarten Häusern hatten uns sicherlich schon bemerkt und so konnte es also nur mehr eine Frage von Minuten sein, bis die Soldaten hier eintreffen würden. Würde uns noch Zeit für die Erklärung bleiben, wir waren doch „nur" Journalisten? Sollten wir jetzt versuchen davonzulaufen oder uns einfach unserem Schicksal anvertrauen? Wiederum wurde ich das Gefühl des freien Falls nicht los.

Demonstration in New York gegen die US-Intervention in El Salvador

Demonstration in New York gegen die US-Intervention in El Salvador

Da, ein Motorengeräusch ... wir hielten den Atem an, bis wir erleichtert bemerkten, daß es sich um das Auto handelte, das gekommen war, um uns abzuholen. In geduckter Stellung liefen wir ihm entgegen, warfen unser Gepäck in den Wagenfonds und klebten hastig das Schild „Internationale Presse" an die Windschutzscheibe, während wir schon die Landstraße mit erhöhter Geschwindigkeit entlangfuhren. Als wir zum Fenster hinaussahen, kam uns alles wie ein Traum vor. Dennoch wußten wir, daß hinter uns mehr als ein journalistisches Abenteuer lag: ein Stück lebendiger Geschichte, die noch lange nicht zu Ende ist.

Am Montag, den 20.4. marschierten an der Südostfront 800 Soldaten unter dem Schutz von Hubschraubern, die das salvadorianische Heer kürzlich aus Mitteln der US-amerikanischen Militärhilfe gekauft hatte, ein. Die Bevölkerung befürchtet den Einsatz von Napalm. Über den Verlauf der Kampfhandlungen wurde bisher nichts bekannt.

Ölmacht Sowjetunion

Bei der Eroberung Sibiriens wird Raubbau an Mensch, Material und Rohstoffen betrieben

krk. Die Sowjetunion ist der größte Ölproduzent der Welt, vor Saudi-Arabien, den USA und dem Irak. 1978 noch mit Abstand (SU: 572,5 Mio. t, Saudi Arabien 422,0 Mio. t), der 1979 bereits geringer wurde (SU: 585,5 Mio. t, Saudi Arabien 510 Mio. t). Die Sowjetunion ist das einzige Industrieland der Welt, das sich mit Erdöl selbst versorgen kann, und es auch tut, denn die sowjetischen Erdölimporte dienen bis jetzt anderen Zwecken als der Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts ist die Erdölförderung, vor allem in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg, bis etwa Mitte der siebziger Jahre sprunghaft angestiegen. Seit dieser Zeit steigt zwar die Produktion absolut, aber die Wachstumsraten sind niedriger geworden. Für den nächsten Fünfjahrplan ist eine Gesamtzuwachsrate von 3,3 bis 7,5% vorgehesen, eine Steigerung von 603 Mio. t 1980 auf 620 – 645 Mio. t bis 1985. Aber jedes Prozent dieser Größenordnung macht natürlich über 6 Mio. t aus. Dennoch: offensichtlich bleibt das erzielte Ergebnis hinter den Erwartungen auch der sowjetischen Ölexperten zurück, denn gepiant waren für 1980 schon 606 Mio. t, und das bereits im zweiten, reduzierten Anlauf, denn ursprünglich hatte der Fünfjahrplan für dies Jahr 620 bis 640 Mio. t vorgesehen.

Die Sowjetunion verfügt über riesige Vorräte an Öl und Erdgas, vermutlich über mit die größten in der Welt. Schon vor einem Jahrhundert berichteten Reisende über den öldurchtränkten Boden der Aschperon-Halbinsel im Kaspischen Meer, über die ewigen Feuer an den Bohrtürmen von Baku. Die Ufer des Kaspischen Meeres bedeuteten den Anfang der russischen Erdölgewinnung – Ende des 19. Jahrhunderts. Das Öl quoll hier buchstäblich aus dem Boden: bohrte man damals in eine Tiefe von 80 oder 100 Metern, trat es ohne Pumpen, wie eine Springquelle aus dem Boden. Lange war das transkaukasische Gebiet das Zentrum der russischen und später der sowjetischen Ölförderung. 1940 lieferte es mit 22,2 Mio. t noch 71% der Gesamtförderung. 1975 waren es mit 17,2 Mio. t nur noch 3,5%. Die Quellen sind zu einem beachtlichen Teil inzwischen erschöpft, nur noch aus großer Tiefe ist was zu holen, hohe Förderkosten und das Risiko tektonischer Störungen haben die Bedeutung der Region stark vermindert.

Man kann sagen, daß die Geschichte der sowjetischen Ölförderung ein stetes Wandern von Westen nach Osten gewesen ist. Auf Transkaukasien folgte die Erschließung des Wolga-Ural-Gebietes, hauptsächlich in der Tatarischen und der Baschkirischen ASSR. Hier werden jährlich 140 – 170 Mio. t gefördert, 1970 etwa die Hälfte der Gesamtförderung.

Im selben Jahr machte die Förderung aus Westsibirien erst etwa 3% aus, heute wird hier etwa die Hälfte des sowjetischen Erdöls aus der Tiefe geholt. Eine Karte aus dem Jahre 1974 nennt 37 Erdöl- und Erdgasgebiete auf einer Ausdehnung von 1,863 km², mit 233 bekannten Lagerstätten. Die Erkundung, die kartographische Aufnahme und schließlich die Erschließung der Erdöl- und Erdgasquellen Sibiriens war und ist eine Pioniertat in der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur. Die schwülstigen Lobeshymnen der sowjetischen Propaganda machen es einem wahrhaft nicht leicht, die wirkliche Größe der Leistung zu erkennen. Sie ist aber gigantisch.

Das westsibirische Ölgebiet ist hauptsächlich unter dem Namen Tjumen bekannt, obwohl Tjumen nur die südlichste Spitze dieses ausdehnten Gebiets ist. Die wichtige Erdölstadt Surgut z.B. liegt in der westsibirischen Niederung, am mittleren Ob. In Surgut hat der Januar eine durchschnittliche Temperatur von – 22° C, im Jahr gibt es nur etwa 100 frostfreie Tage. Aber arbeiten kann man trotzdem hauptsächlich nur im Winter, denn im Frühjahr treten sämtliche Flüsse über ihre Ufer, das ganze Gebiet verwandelt sich in einen Sumpf. Schweres Gerät hat dann überhaupt keinen Halt mehr, Flüsse, Wege sind nicht mehr befahrbar. Die sommerliche Mückenplage ist unbeschreiblich. Natürliche Bausteine gibt es nicht. Je östlicher und nördlicher vorgedrungen wird, umso schwieriger werden die Bedingungen. Mensch und Material beanspruchen diese Naturbedingungen bis aufs äußerste. Zunächst, was nur das Gerät betrifft: normale Maschinerie, aber auch Gebrauchsgegenstände, haben im Nordosten nur ein Drittel der normalen Lebensdauer. Es genügt nicht, die Maschinen für den Norden zu modifizieren, es müssen für den dortigen Einsatz neue Geräte, Autos, Bagger, sogar Flugzeuge und Hubschrauber entwickelt werden.

In Sibirien stehen berüchtigte Arbeits- und Straflager; und der Sowjetpropaganda nach soll dies der Ort sein, wo der neue Sowjetheld, aufopferungsvoll und vor keiner Aufgabe zurückschreckend, entstehen soll. Die Propaganda ist billig und verlogen. Es wäre aber falsch zu denken, daß nur Gewalt und Elend die Menschen nach Sibirien, in die großen Öl- und Energiezentren treibt. Der junge Ingenieur, mit dem frischen Diplom in der Tasche, der dort seine Kräfte erproben will, der junge Arbeiter, der die Widerlichkeit und die Enge des kaum Schlupfwinkel vor der staatlichen Gewalt bietenden Stadt- oder Kolchosledens im europäischen Teil der SU verabscheut, Aussteiger und Abenteurer jeder Art – sie sind mit die Anführer der Eroberung und Erschließung Sibiriens. Mit dem mitunter doppelt so hohen Lohn lassen sich die Härten und Gefahren nicht aufwiegen, auch wenn dieser Lohn gewiß ein wichtiger Ansporn für große Teile der dort angesiedelten Arbeiter ist. Dörfer mit einigen hundert Einwohnern entwickelten sich innerhalb einiger Jahre zu Städten – und in dieser Einöde fehlt es dann so ungefähr an allem. Beispiel Novy Urengoi in Tjumen: innerhalb von 5 Jahren wuchs die Einwohnerschaft von 1000 auf 18000. Aber nur 4000 sind in der glücklichen Lage, in einem Holzhäuschen zu wohnen. Selbst Ingenieure und sonstige Fachleute können von Glück reden, wenn sie ein Bett in einem überfüllten Zimmer ergattern konnten. Nur die Hälfte der nötigen Plätze in Schulen und Krankenhäusern ist vorhanden. 70% der Einwohner der Ölstädte bleiben nicht länger als ein Jahr. Am Kapitaleinsatz für das Öl läßt sich schwer sparen – und weil der immens hoch ist, wird bei den menschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen gespart.

Der notwendige Einsatz von Kapital – das ist das entscheidende Problem der sowjetischen Ölförderung. Die Quellen sind nicht nur unter härtesten Naturbedingungen, sie sind fern von jeglicher Siedlung und Industrie, fern von den ausländischen Abnehmern. Leitungen und Eisenbahnlinien zu bauen, erfordert die Aufbietung unglaublicher Summen und Kräfte. Der Bau von manchen 100-km-Strecken (z.B. nach Surgut) hat Jahre in Anspruch genommen. Bei Ölsorten mit hohem Paraffingehalt muß die Leitung immer wieder auf 70° erhitzt werden, damit das Öl überhaupt flüssig bleibt.

Eine hohe Kapitalintensität ist also „von Natur aus" gegeben. Sie wird aber nochmals wesentlich erhöht durch die extrem zentralisierte und diktatorische imperialistische Wirtschaft der SU. Zunächst die Frage der Erschließung: der Plan gibt eine bestimmte Menge Förderung vor, eine große Menge. Wie sie erreicht wird – das läßt sich schlecht vorschreiben. Das Ergebnis ist ein Raubbau, der inzwischen auch in der SU mit großer Sorge betrachtet wird. Lagerstätten werden zu oft angebort, dabei sinkt die Ergiebigkeit der Quellen, und zwar unwiderruflich (in der Sowjetunion innerhalb von 20 Jahren von 75% auf 25%). In immer rascherem Tempo werden neue Quellen erschlossen, während die alten zwar Material, Arbeitskraft und Maschinerie binden, aber immer weniger ergiebig sind. Die Ölgesellschaften sind regional organisert und hängen insgesamt am zentralen Ministerium. An Bohrausrüstungen gibt es keinen konstanten Bedarf: beim Ausbau eines Feldes ist er groß, später geht er rapide zurück. Aber keine der Gesellschaften hat die Möglichkeit, die Geräte zu verkaufen oder in irgendeiner Weise zu transferieren. Das Ministerium ist außerstande, jede einzelne Bewegung zu verfolgen. Das Ergebnis ist, daß jede regionale Einheit einen gigantischen Bestand an Ausrüstungen hat, die sie gar nicht oder nicht immer braucht.

Auch hier wirken die von der überzentralisierten Leitung wohlbekannten Planungs- und Koordinierungsmängel. Vor allem fehlende Transportkapazitäten führen zu Verlusten. Es wird erzählt, daß im Uralgebiet raffinierte Produkte wie Benzin und Heizöl in die Rohrleitungen zurückgepumpt werden, wenn die Lagerkapazitäten nicht mehr ausreichen.

Die sowjetische Wirtschaft hat einen Ölbedarf, der weit schneller steigt als die Förderung. Schuld daran ist sowohl die hohe Materialintensität der Produktion, wie auch der u.a. daraus folgende hohe Anteil der Schwerindustrie. Die zentrale Wirtschaftsdiktatur über die einzelnen Produktionseinheiten verhindert es geradezu, daß sich sowas wie Materialökonomie entwickelt. Wie ein fehlerhafter Kreislauf führt auch diese Verschwendung zu einer weiteren Ausdehnung der Schwerindustrie, der Rohstofförderung um alles – Verschwendung inbegriffen – auf einer höheren Stufenleiter zu reproduzieren. Nicht zu vergessen ist die Rüstungsindustrie, die ebenfalls Großverbraucher von Erdölprodukten ist. So entsteht der Zustand, daß zwar enorme Mengen an Rohöl gefördert werden, im Winter jedoch seit Jahren große Energieknappheit herrscht, es mitunter zu Abschaltungen von Strom, Heizung, zur Einstellung der Produktion oder zu unausgelasteten Kapazitäten in zahlreichen Betrieben kommt.

Die SU ist ein internationaler Ölhändler. Gemessen an ihrer Förderung sind die Exporte freilich verhältnismäßig gering. 50% dieser Exporte gehen in die Länder des RGW. Die Lieferungen in westliche Länder sind gemessen daran eher gering, aber im Steigen begriffen, vor allem in die Länder der EG. 33% aller SU-Lieferungen in die EG-Länder machen Erdöl und Erdölprodukte aus. Beide Märkte sind für die SU von Bedeutung. Die RGW-Lieferungen mehr in politischer Hinsicht; für die westeuropäischen Lieferungen kauft sie gerade für die Erdölförderung wichtige Ausrüstungen ein.

Die Sowjetunion hat kein den USA vergleichbares internationales Erdölmonopol. Ein solches könnte sie nur mit militärischen Mitteln erringen. Die steigenden Kosten ihrer eigenen Förderung bei allgemeiner Kapitalknappheit im Lande und gleichzeitiger Notwendigkeit, die Exporte aufrechtzuerhalten, kann diese Lösung langfristig für sie lohnend erscheinen lassen.

Ufer des Kaspischen Meeres bedeuteten den Anfang der russischen Erdölgewinnung – Ende des 19. Jahrhunderts. Das Öl quoll hier buchstäblich aus dem Boden: bohrte man damals in eine Tiefe von 80 oder 100 Metern, trat es ohne Pumpen, wie eine Springquelle aus dem Boden. Lange war das transkaukasische Gebiet das Zentrum der russischen und später der sowjetischen Ölförderung. 1940 lieferte es mit 22,2 Mio. t noch 71% der Gesamtförderung. 1975 waren es mit 17,2 Mio. t nur noch 3,5%. Die Quellen sind zu einem beachtlichen Teil inzwischen erschöpft, nur noch aus großer Tiefe ist was zu holen, hohe Förderkosten und das Risiko tektonischer Störungen haben die Bedeutung der Region stark vermindert.

Man kann sagen, daß die Geschichte der sowjetischen Ölförderung ein stetes Wandern von Westen nach Osten gewesen ist. Auf Transkaukasien folgte die Erschließung des Wolga-Ural-Gebietes, hauptsächlich in der Tatarischen und der Baschkirischen ASSR. Hier werden jährlich 140 – 170 Mio. t gefördert, 1970 etwa die Hälfte der Gesamtförderung.

Im selben Jahr machte die Förderung aus Westsibirien erst etwa 3% die Hälfte des sowjetischen Erdöls aus der Tiefe geholt. Eine Karte aus dem Jahre 1974 nennt 37 Erdöl- und Erdgasgebiete auf einer Ausdehnung von 1,863 km², mit 233 bekannten Lagerstätten. Die Erkundung, die kartographische Aufnahme und schließlich die Erschließung der Erdöl- und Erdgasquellen Sibiriens war und ist eine Pioniertat in der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur. Die schwülstigen Lobeshymnen der sowjetischen Propaganda machen es einem wahrhaft nicht leicht, die wirkliche Größe der Leistung zu erkennen. Sie ist aber gigantisch.

Das westsibirische Ölgebiet ist hauptsächlich unter dem Namen Tjumen bekannt, obwohl Tjumen nur die südlichste Spitze dieses ausdehnten Gebiets ist. Die wichtige Erdölstadt Surgut z.B. liegt in der westsibirischen Niederung, am mittleren Ob. In Surgut hat der Januar eine durchschnittliche Temperatur von – 22° C, im Jahr gibt es nur etwa 100 frostfreie Tage. Aber arbeiten kann man trotzdem hauptsächlich nur im Winter, denn im Frühjahr treten sämtliche Flüsse über ihre Ufer, das ganze Gebiet verwandelt sich in einen Sumpf. Schweres Gerät hat dann überhaupt keinen Halt mehr, Flüsse, Wege sind nicht mehr befahrbar. Die sommerliche Mückenplage ist unbeschreiblich. Natürliche Bausteine gibt es nicht. Je östlicher und nördlicher vorgedrungen wird, umso schwieriger werden die Bedingungen. Mensch und Material beanspruchen diese Naturbedingungen bis aufs äußerste. Zunächst, was nur das Gerät betrifft: normale Maschinerie, aber auch Gebrauchsgegenstände, haben im Nordosten nur ein Drittel der normalen Lebensdauer. Es genügt nicht, die Maschinen für den Norden zu modifizieren, in die großen Öl- und Energiezentren treibt. Der junge Ingenieur, mit dem frischen Diplom in der Tasche, der dort seine Kräfte erproben will, der junge Arbeiter, der die Widerlichkeit und die Enge des kaum Schlupfwinkel vor der staatlichen Gewalt bietenden Stadt- oder Kolchosledens im europäischen Teil der SU verabscheut, Aussteiger und Abenteurer jeder Art – sie sind mit die Anführer der Eroberung und Erschließung Sibiriens. Mit dem mitunter doppelt so hohen Lohn lassen sich die Härten und Gefahren nicht aufwiegen, auch wenn dieser Lohn gewiß ein wichtiger Ansporn für große Teile der dort angesiedelten Arbeiter ist. Dörfer mit einigen hundert Einwohnern entwickelten sich innerhalb einiger Jahre zu Städten – und in dieser Einöde fehlt es dann so ungefähr an allem. Beispiel Novy Urengoi in Tjumen: innerhalb von 5 Jahren wuchs die Einwohnerschaft von 1000 auf 18000. Aber nur 4000 sind in der glücklichen Lage, in einem Holzhäuschen zu wohnen. Selbst Ingenieure und sonstige Fachleute können von Glück reden, wenn sie ein Bett in einem überfüllten Zimmer ergattern konnten. Nur die Hälfte der nötigen Plätze in Schulen und Krankenhäusern ist vorhanden. 70% der Einwohner der Ölstädte bleiben nicht länger als ein Jahr. Am Kapitaleinsatz für das Öl läßt sich schwer sparen – und weil der immens hoch ist, wird bei den menschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen gespart.

Der notwendige Einsatz von Kapital – das ist das entscheidende Problem der sowjetischen Ölförderung. Die Quellen sind nicht nur unter härtesten Naturbedingungen, sie sind fern von jeglicher Siedlung und Industrie, fern von den ausländischen Abnehmern. Leitungen und Eisenbahnlinien zu bauen, erfordert die Aufbietung unglaublicher Summen und Kräfte. Der Bau von manchen 100-km-Strecken (z.B. nach Surgut) hat Jahre in Anspruch genommen. Bei Ölsorten mit hohem Paraffingehalt muß die Leitung immer wieder auf 70° erhitzt werden, damit das Öl überhaupt flüssig bleibt.

Eine hohe Kapitalintensität ist also „von Natur aus" gegeben. Sie wird aber nochmals wesentlich erhöht durch die extrem zentralisierte und diktatorische imperialistische Wirtschaft der SU. Zunächst die Frage der Erschließung: der Plan gibt eine bestimmte Menge Förderung vor, eine große Menge. Wie sie erreicht wird – das läßt sich schlecht vorschreiben. Das Ergebnis ist ein Raubbau, der inzwischen auch in der SU mit großer Sorge betrachtet wird. Lagerstätten werden zu oft angebort, dabei sinkt die Ergiebigkeit der Quellen, und zwar unwiderruflich (in der Sowjetunion innerhalb von 20 Jahren von 75% auf 25%). In immer rascherem Tempo werden neue Quellen erschlossen, während die alten zwar Material, Arbeitskraft und Maschinerie binden, aber immer weniger ergiebig sind. Die Ölgesellschaften sind regional organisert und hängen insgesamt am zentralen Ministerium. An Bohrausrüstungen gibt es keinen konstanten Bedarf: beim Ausbau eines Feldes ist er groß, später geht er rapide zurück. Aber keine der Gesellschaften hat die Möglichkeit, die Geräte zu verkaufen oder in irgendeiner Weise zu transferieren. Das Ministerium ist außerstande, jede einzelne Bewegung zu verfolgen. Das Ergebnis ist, daß jede regionale Einheit einen gigantischen Bestand an Ausrüstungen hat, die sie gar nicht oder nicht immer braucht.

Auch hier wirken die von der überzentralisierten Leitung wohlbekannten Planungs- und Koordinierungsmängel. Vor allem fehlende Transportkapazitäten führen zu Verlusten. Es wird erzählt, daß im Uralgebiet raffinierte Produkte wie Benzin und Heizöl in die Rohrleitungen zurückgepumpt werden, wenn die Lagerkapazitäten nicht mehr ausreichen.

Die sowjetische Wirtschaft hat einen Ölbedarf, der weit schneller steigt als die Förderung. Schuld daran ist sowohl die hohe Materialintensität der Produktion, wie auch der u.a. daraus folgende hohe Anteil der Schwerindustrie. Die zentrale Wirtschaftsdiktatur über die einzelnen Produktionseinheiten verhindert es geradezu, daß sich sowas wie Materialökonomie entwickelt. Wie ein fehlerhafter Kreislauf führt auch diese Verschwendung zu einer weiteren Ausdehnung der Schwerindustrie, der Rohstofförderung um alles – Verschwendung inbegriffen – auf einer höheren Stufenleiter zu reproduzieren. Nicht zu vergessen ist die Rüstungsindustrie, die ebenfalls Großverbraucher von Erdölprodukten ist. So entsteht der Zustand, daß zwar enorme Mengen an Rohöl gefördert werden, im Winter jedoch seit Jahren große Energieknappheit herrscht, es mitunter zu Abschaltungen von Strom, Heizung, zur Einstellung der Produktion oder zu unausgelasteten Kapazitäten in zahlreichen Betrieben kommt.

Die SU ist ein internationaler Ölhändler. Gemessen an ihrer Förderung sind die Exporte freilich verhältnismäßig gering. 50% dieser Exporte gehen in die Länder des RGW. Die Lieferungen in westliche Länder sind gemessen daran eher gering, aber im Steigen begriffen, vor allem in die Länder der EG. 33% aller SU-Lieferungen in die EG-Länder machen Erdöl und Erdölprodukte aus. Beide Märkte sind für die SU von Bedeutung. Die RGW-Lieferungen mehr in politischer Hinsicht; für die westeuropäischen Lieferungen kauft sie gerade für die Erdölförderung wichtige Ausrüstungen ein.

Die Sowjetunion hat kein den USA vergleichbares internationales Erdölmonopol. Ein solches könnte sie nur mit militärischen Mitteln erringen. Die steigenden Kosten ihrer eigenen Förderung bei allgemeiner Kapitalknappheit im Lande und gleichzeitiger Notwendigkeit, die Exporte aufrechtzuerhalten, kann diese Lösung langfristig für sie lohnend erscheinen lassen.

Reagans Wirtschaftsprogramm durch den Kongreß gepeitscht

Noch brutalere Senkung der Sozialausgaben / Deflationierungspolitik in Widersprüchen

gek. Triumphal sei Reagans Auftritt vor dem Kongreß gewesen. Minutenlange stehende Ovationen. Reagan mit dem bekannten kernigen Humor im Operationssaal. Ein Junge hat ihm geschrieben: Herr Präsident, werden sie schnell wieder gesund, sonst müssen sie ihre Rede noch im Pyjama halten! Der Kongreß wiehert. Und dieses Amerika soll krank sein? fragt Reagan rhetorisch. Niemals. Gesund genug jedenfalls, um die Roßkur seines Wirtschaftsprogramms zu überleben.

Überleben will das eine Amerika auf Kosten des andern. Die Zahl der Konkurse ist auf 6000 im Monat hochgeschnellt, dementsprechend steigt die Arbeitslosigkeit pro Monat in hunderttausenden. Durch Fusionen entstehen auf dem Gegenpol riesige neue Finanztrusts. Inflation und Zinsen bewegen sich an der 20%-Marke. Reagan geht nun, mit führenden Vertretern des Finanzkapitals in der Regierung, daran, den ganzen Geldkreislauf zu deflationieren, indem das Volumen des Staatshaushalts radikal gesenkt wird. Für das nächste Haushaltsjahr sollen die Steuern, in erster Linie für die Unternehmen, in zweiter Linie für die Zahler der progressiven Einkommensteuer, drittens für alle Zahler der Sozialversicherungssteuern um volle 54 Mrd. $ gesenkt werden. Diese verringerten Staatseinnahmen sollen zum überwiegenden Teil aus einer brutalen Kürzung der Sozialausgaben, von der Milch für die Schulkinder über die Lebensmittelmarken für Sozialhilfeempfänger bis zur Gesundheitsversorgung der Rentner, herausgeschunden werden. Reagans Vorlage ist in der Finanzkommission des Senats noch einmal verschärft worden: durch eine Änderung des Teuerungsindexes der Sozialversicherungs-Renten sollen binnen der nächsten 3 Jahre zusätzliche 38 Mrd. $ den ärmsten Rentnern vom Munde abgespart werden. Durch eine Reihe auch anderweitiger Kürzungen (vor allem in den öffentlichen Diensten) soll das Haushaltsdefizit auf 31 Mrd. $ im nächsten Jahr gesenkt werden, während der Rüstungshaushalt eine horrende Steigerung um 20 Mrd. $ auf 188 Mrd. insgesamt erfahren kann.

Im Kongreß ist Reagans Plan in seinen Grundzügen binnen einer Woche verabschiedet worden; auch ein Großteil der Demokraten hat mitgestimmt, nachdem Reagan ihnen handsignierte goldene Manschettenknöpfe, einigen auch Handfesteres hat zukommen lassen. Eine Gegenvorlage demokratischer Abgeordneter, die eine Senkung der Sozialausgaben statt um 25% „nur" um 10% vorsah, zugleich aber die Steuern so rasch wie bisher weitersteigen lassen wollte, hatte keine Chance. Demagogische Sprüche wie die des Parteivorsitzenden der Demokraten, Monatt: „Wir Demokraten werden diese Regierung jetzt als das entlarven, was sie ist ... Wir müssen offen darüber sprechen, daß diese Regierung den Frauen, der Mittelklasse und den Armen den Krieg erklärt hat, eine gefährliche Außenpolitik, eine verantwortungslose Energiepolitik betreibt, ... daß diese Regierung uns die Zukunft geraubt, unser Bildungswesen beschnitten hat", etc. etc. – diese Demagogie klingt hohl in den Marmorgängen des Capitol. Die parlamentarischen Alternativen waren wie Pest und Cholera. Der Angriff der offenen Reaktion auf die Lebenslage der Volksmassen wird mit elementarer Wucht geführt und hat jeden Widerstand zuerst mal beiseite gefegt.

Ja, Charme hat er

Reagans Programm zielt darauf ab, durch die Steuersenkungen auch die Lohnerhöhungen einzuschränken und zugleich eine Masse in nackter Not befindlicher Proletarier auf den Arbeitsmarkt zu treiben, was gut für die Steigerung des Ausbeutungsgrads wirken soll. Das besser betuchte Publikum soll dagegen sparen oder sich in Wertpapieren anlegen, und auf diese Weise der aufgeblähten Kreditmasse eine effektive Kapitaldeckung verschaffen. Auch das soll die Geldmenge deflationieren, während gesteigerte Ausbeutungslust und gehobene Kaufkraft des zahlungsfähigen Publikums, plus vor allem der Rüstungsboom, für einen gesteigerten Warenausstoß sorgen. Gesenkte Inflation und Zinsen sollen die Konkurrenzfähigkeit der US-Waren auf dem Weltmarkt verbessern.

Das sind so verschiedene, an Reagans Wirtschaftsprogramm geknüpfte Erwartungen der herrschenden Klasse, um aus der Krise ihrer Profitraten herauszukommen. Man kann wohl nicht ganz ausschließen, daß die US-Monopole in der internationalen Konkurrenzschlacht tatsächlich noch bedeutende Reserven mobilisieren können. Millionen auf echt amerikanische Art und Weise im reichsten Land der Welt dem Hunger auszuliefern, das ist zum Beispiel so eine „Reserve". Andererseits spricht auch vieles dafür, daß diese brutale Deflationierungs-Politik erst recht zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise führen wird, damit der Klassenwidersprüche.

Schon jetzt ist das Programm dabei, sich in die eigenen Widersprüche zu verstricken. Das weiterhin ungedeckte Haushaltsdefizit ebenso wie der Rüstungsboom – wodurch ja Waren produziert werden, die in die gesellschaftliche Wertschöpfung nicht eingehen – sorgen für eine ungeminderte Expansion der Geldmenge. Von einem Rückgang der Inflation wird unter solchen Bedingungen keine Rede sein. Während Reagan noch von einem „rauschenden Sieg der Überparteilichkeit" schwadronierte und Wall Street Beifall klatschte, zog die Geldgier jeden einzelnen Bankier und Finanzmakler gerade in die entgegengesetzte Richtung. Am Tag von Reagans Rede noch setzte die Chase Manhattan ebenso wie eine Reihe anderer Großbanken den Basis-Kreditzins (prime rate) auf 17,5% hoch, um ein volles Prozent.

Am Beispiel Olivetti: Das Konzept der „Anreicherung der Arbeit"

hah. Das italienische Gegenstück zur westdeutschen „Humanisierung" ist die „Anreicherung der Arbeit" – ein Konzept, das in den 70er Jahren zu einem Eckpfeiler der offiziellen italienischen Gewerkschaftsstrategie geworden ist, und das seit Mitte der 70er Jahre in die gewerkschaftliche Zielsetzung einer umfassenden Wirtschafts- und Investitionssteuerung eingeschmolzen wurde (vgl. KVZ Nr. 12/81, S. 7).

In den letzten gewerkschaftlichen Plattformen für neue Unternehmensabkommen bei Alfa Romeo, Fiat usw. wird u.a. die Schaffung „Integrierter Arbeitsgruppen" an den Bändern gefordert, die die Eigenverantwortung für einen Teil des Produktionszyklus übernehmen und dabei durch Eliminierung toter Zeiten die Arbeitsproduktivität erhöhen sollen. Daß dies ohne Erhöhung der Arbeitsbelastung möglich sei, dafür dienen die arbeitsorganisatorischen „Anreicherungen" bei Olivetti als Vorbild; sie sollen hier genauer überprüft werden.

Unternehmensinteresse an „antitayloristischen" Veränderungen

Olivetti: Gut 25000 Beschäftigte in der italienischen AG, davon 15000 in der Produktion; die internationale Olivetti-Gruppe beutet 60000 Arbeitskräfte aus. Produktion: Büromaschinen, Datenverarbeitungssysteme, industrielle Automatisierungssysteme. Bis in die 60er Jahre hinein war Olivetti führend auf dem Rechenmaschinen-Weltmarkt, wurde aber Ende der 60er Jahre von der japanischen Konkurrenz und von der elektronischen Revolution im Büromaschinen-Bereich überrollt. Olivetti wandelte sich aus einem Marktführer in einen Markt-„follower"; die Lager quollen von Olivetti-Produkten über, die durch vom Unternehmen unkontrollierbare Marktveränderungen unverkäuflich geworden waren – man rechnet sowieso in der Branche, daß sich seit der elektronischen Revolution ein Produkttyp nicht mehr (wie früher) 10 bis 15 Jahre, sondern nur noch ca. 3 Jahre auf dem Markt halten kann. Der Anteil der Umstellungskosten der Produktion an den Gesamtkosten stieg, die über den Markt aufgezwungene Tendenz zur Diversifizierung und „Personalisierung" der Datenverarbeitungssysteme ebenfalls – alles Faktoren, die das Interesse der Unternehmensführung an einer elastischeren Produktionsorganisation wecken mußten, die sich möglichst unmittelbar den Marktschwankungen anzupassen vermag. Die traditionellen Montage-Bänder entsprachen diesen Anforderungen nur bedingt, da sie im Sinne der „wissenschaftlichen Arbeitsorganisation" ganz auf Großserienfertigung und Produkte mit vieljähriger produktiver Lebenszeit ausgerichtet sind und die Tätigkeit des einzelnen Montage-Arbeiters soweit wie möglich zerstückeln und durch Gewöhnung „automatisieren". Hinzu kam ein durch die elektronische Revolution verändertes Aufbauprinzip der Produkte: Während z.B. die elektromechanischen Tischrechner projektiert waren als lange Ketten mechanischer Teile, die der Bewegungsübertragung dienten und bei denen eine funktionale Kontrolle erst am Ende des gesamten Montage-Prozesses möglich war, ist das Aufbauprinzip der elektronisch gesteuerten Produkte „modular", d.h. ihre noch vorhandenen mechanischen Bestandteile gruppieren sich so, daß in sich funktionsfähige und funktional prüfbare Untersysteme entstehen, was eine engere Verzahnung zwischen Montage einerseits und Funktions- und Qualitätsprüfungen andererseits erzwingt. Die strikte Aufrechterhaltung der bisher üblichen Trennung von gering qualifizierter Montage-Arbeit und höher bewerteter Qualitätsprüfung würde eine weitere kostspielige Aufblähung des nur mit Kontrollen und Reparaturen beschäftigten Personals nach sich ziehen.

Waren diese unternehmensspezifischen Gründe für die Änderung der Arbeitsorganisation entscheidend, so wirkten von der italienischen Arbeiterklasse erkämpfte Positionen, die die Elastizität der „wissenschaftlichen Arbeitsorganisation" weiter einschränkten, verstärkend. Bis 1969 hatten sich die Arbeiter an den Montage-Bändern das faktische Recht erkämpft, zu Beginn jeder neuen Serie über ihre Delegierten die Anfahrgeschwindigkeiten und Vorgabezeiten mit der Abteilungsleitung auszuhandeln, unter dem ständigen Druck von Arbeitsniederlegungen. Jede ausgehandelte Gruppenleistung ist an die vollständige Anwesenheit aller Arbeiter der Gruppe gebunden; fehlen Arbeiter, sinkt die zu erbringende Leistung proportional. Im Olivetti-Unternehmensabkommen von 1971 wurden diese Rechte vertraglich festgeschrieben und außerdem durchgesetzt, daß im Fall technischer Störungen, Materialstockungen usw. der durchschnittliche Akkordlohn weiterzuzahlen ist. Obwohl die Form des Akkordlohns selbst nicht angetastet wurde, war bei Olivetti auf Jahre hinaus der weiteren Intensivierung in den Werkstätten und an den Montage-Bändern eine Schranke gesetzt; Ausgleich von Störungen durch späteres Schneller-Arbeiten, Mehrarbeit der Gruppe für fehlende Arbeiter, Mehrarbeit bei kurzfristigen Auftragsspitzen waren nicht mehr durchsetzbar. Trotzdem blieben die Montage-Bänder Ausgangspunkte immer wieder aufflackernder Streiks. Konsequenz der Unternehmensführung: Bereits 1970 schickte sie ihre Betriebssoziologen in die USA, um dort stattgefundene Experimente mit „antitayloristischen" Änderungen der Arbeitsorganisation („job rotation", „job enlargement", „job enrichment") zu untersuchen.

Entwicklung der gewerkschaftlichen „Anreicherungs"-Forderungen

Dieses Interesse des Olivetti-Kapitals an arbeitsorganisatorischen Änderungen traf auf eine Gewerkschaftsbewegung, die ihrerseits Forderungen nach einer „Anreicherung" der Arbeit entwickelte. Ihr Ausgangspunkt war die Lohnbewegung ab 1969, die durch zwei Forderungsrichtungen charakterisiert war: hohe Lohnerhöhungen für alle gleich und eine Welle von Forderungen nach kollektiven Höherstufungen, vor allem für die un- und angelernten Arbeiter. Entscheidend ist die *Interpretation*, die die italienischen Gewerkschaften vor allem der Forderung nach gemeinsamer Höherstufung gaben: *in Wahrheit* drücke sich hierin die Ablehnung der eigenen *Tätigkeit* aus, oder positiv: der Wunsch nach einem veränderten Arbeits*inhalt*. Eine Interpretation mit 2 Versionen: Nach der

Kundgebung am 16.10.1979 in Ivrea, dem Hauptsitz von Olivetti, während des regionalen Generalstreiks gegen Massenentlassungen bei Olivetti

aus der katholischen Arbeiterbewegung hervorgegangenen CISL war es ein Protest gegen die „entfremdete" Arbeit, wobei unter Entfremdung das Fehlen von Kontrolle und Entscheidungsmöglichkeiten des Arbeiters über den Produktionsprozeß in seiner unmittelbaren Umgebung, die Nicht-Erkennbarkeit seiner Bedeutung verstanden wurde (notwendige Folge sei ein „nur instrumentelles" Verhältnis zur eigenen Arbeit); nach der kommunistisch-sozialistischen CGIL war es ein Protest gegen die „Armut" des tayloristisch fragmentierten Arbeitsinhalts, wobei die Triebkraft des Protests die immer größere Kluft zwischen der „Intelligenz und den schöpferischen Fähigkeiten der Arbeiter" und deren „Unter-Nutzung" durch den konkreten Inhalt ihrer jeweiligen Arbeit sei (dieser Widerspruch verschärfte sich auch von seiten des wachsenden kulturellen Niveaus der Arbeiter her). In ihren Zielsetzungen waren beide Versionen fast identisch: forderte die CGIL die Möglichkeit selbständigen, intelligenten Handelns im Arbeitsprozeß („bessere Nutzung der wichtigsten Produktivkraft, der Arbeitskraft"), so forderte die CISL mehr Macht und Kontrolle des Arbeiters über den Arbeitsprozeß und die Möglichkeit, ihn intellektuell zu durchdringen. Beide Theorien verschmolzen in der „Anreicherungs"-Konzeption: die Gewerkschaften unterstützten die Forderung nach kollektiven Höherstufungen, lehnten aber „automatische" Höherstufungen (einzige Ausnahme: die unterste Lohngruppe) ausdrücklich ab, sondern forderten ihre Verkoppelung mit inhaltlich umgestalteten, „angereicherten" Arbeitsgängen.

Die Veränderungen bei Olivetti

Durch das Zusammentreffen dieser verschiedenen Faktoren wurde bei Olivetti fast die gesamte traditionelle Arbeitsorganisation umgestaltet.

– In den mechanischen Werkstätten, die immer mehr zur Kleinserienfertigung übergingen, wurde schon recht früh (Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre) die übliche Aufgabenteilung zwischen Maschinenbedienung, Einrichtung und Kontrolle aufgehoben und in einer Funktion zusammengefaßt.

– In den Montage-Abteilungen wurde mit den Bändern auch die Zerstückelung der Arbeitsgänge abgeschafft. Es wurden Arbeits-„Inseln" gebildet, in denen jeder Arbeiter möglichst ein ganzes „modulares" Untersystem montiert, wodurch sich der Arbeitstakt von früher druchschnittlich 3 Minuten auf mindestens 20 Minuten, maximal einige Stunden ausdehnte und der Arbeiter auch für die Funktionsprüfung und Reparatur „seines" Untersystems zuständig wurde (z.B. wird die Montage eines elektronischen Tischrechners in die 3 Untersysteme Tastatur, Drucker und Endmontage untergliedert); falls z.B. in der Endmontage ein Fehler an einem Untersystem festgestellt wird, wird es ohne Intervention von Vorgesetzten an die zuständige Untergruppe zur Korrektur zurückgeleitet. Jeder Arbeiter beherrscht 2 vollständige Arbeitsphasen, so daß bei Ausfällen einzelner Arbeiter trotzdem die Montage in allen Produktionsphasen (bei proportional verringerter Mengenleistung) gesichert ist. Die gesamte „Insel" arbeitet im Gruppenakkord und erhält außerdem eine Qualitäts- und eine Kontinuitätsprämie. Später dehnte die Unternehmensführung die „Insel"-Montage auch auf Produkte aus, die noch nicht auf Elektronik umgestellt waren (z.B. Schreibmaschinen): hier wurden die einzelnen Montage-Phasen so kompensiert, daß sie jeweils eine bestimmte „Grundfunktion" (z.B. der Schreibmaschine) umfaßten und die auch eine Art „funktioneller Prüfbarkeit" zuließen, so daß auch hier Montage und Qualitätskontrollen in einer Arbeitsphase zusammengefaßt werden konnten.

– Bei der „funktionalen Anreicherung", die vor allem in den letzten Jahren bei Olivetti Anwendung findet, werden Meister-Funktionen in die Selbstverantwortung der Gruppe übertragen: Außer für die Qualität ist die Gruppe nun auch verantwortlich für die Materialzufuhr (z.B. rechtzeitige Bestellung), für die Kontrolle des Produktionsflusses und die Intaktheit der angewandten Maschinen (z.B. rechtzeitige Meldung beginnender Störungen), für die allmorgendliche Verteilung der Arbeitskräfte auf die verschiedenen Arbeitsplätze, für die Effizienz in der Materialverwertung, für die Ausschußverwertung. Zunächst wurde diese Art der „Anreicherung" in der Platinen-Produktion eingeführt, wo der Unternehmensführung eine Zusammenfassung der verschiedenen Arbeitsgänge (Bestücken, Löten, Nachlöten, Diagnose und Reparatur) zu einem einzigen Arbeitsgang zu kostspielig war und die Rotation zwischen den Bestückungs- und Lötarbeitsplätzen zwar eingeführt wurde, aber wegen ihrer niedrigen Qualifikationsanforderungen die geforderte höhere Lohngruppe nicht rechtfertigte. Inzwischen wurde die „funktionale" Zusammensetzung auch in anderen Bereichen, etwa den mechanischen Werkstätten eingeführt, wo z.B. sämtliche Arbeitsgänge der Blechverarbeitung in einer sich selbst regulierenden „Insel" zusammengefaßt wurden.

Die kapitalistische Kosten-Nutzen-Rechnung

In der italienischen Kapitalisten-Zeitschrift hat die Olivetti-Führung folgende Erfolgs-Bilanz veröffentlicht:

Auf der *Kostenseite* seien zu verbuchen die höhere Lohngruppeneinstufung der Beschäftigten (1970 lag die Durchschnittslohngruppe zwischen LG 2 – einfache Angelernte – und LG 3 – qualifizierte Angelernte –, heute liegt sie zwischen LG 3 und der unteren Facharbeiter-Lohngruppe 4), die neuen Prämien, die erhöhten Ausbildungskosten.

Auf der Seite des *Nutzens*:

– die für das Unternehmen sehr wichtig gewordene Fähigkeit des Produktionsapparats, „kurzfristig und bei minimalen Kosten die Variationen der Produktionsprogramme aufzufangen", wurde „beträchtlich erhöht";

– durch die Selbstverantwortung für die Qualität wurde die Ausschußrate drastisch gesenkt, in einigen Fällen um bis zu 85%;

– der Produktionsfluß wurde verbessert, die Immobilisierung von Kapital im Produktionsprozeß vermindert: die besonders bei Einzelakkordarbeit notwendigen größeren Zwischenlager konnten drastisch reduziert werden, ebenso die für die traditionelle Bandarbeit typischen Staus von halbfertigen und fertigen Geräten an den Kontroll- und Reparaturplätzen;

– das „indirekte" Personal – einerseits Handlanger und Transportarbeiter, andererseits Kontrolleure, Einrichter, Reparateure – konnte um 20 bis 30% vermindert werden.

Summa summarum: „Für die Produkte, bei denen ein Vergleich mit den traditionellen Lösungen möglich war, kommt man zu einer Gesamtbilanz, die um 10 bis 20% günstiger liegt."

Intensitäts- oder Produktivitätssteigerung?

Was ist der Kern dieser für das Olivetti-Kapital so profitablen arbeitsorganisatorischen Veränderungen? Die nächstliegende Antwort ist: Intensivierung. In der Tat scheint die Olivetti-Geschichte diese Einschätzung zu bestätigen. Denn *erstens* zielt jede einzelne dieser arbeitsorganisatorischen Änderungen eindeutig auf die weitere Verflüssigung der Arbeit. *Zweitens* ist die Geschichte der Einführung der Produktions-„Inseln" bei Olivetti auch die Geschichte der nicht abreißenden Kämpfe der Abteilungen gegen den Versuch der Unternehmensführung, mit ihrer Hilfe die Akkordvorgaben drastisch zu kürzen, indem sie die verbesserte Lohngruppeneinstufung und die Prämien als Köder und Erpressungsmittel einsetzte. Und *drittens* bildeten diese Arbeitsorganisatorischen Veränderungen nur einen Teil eines umfassenden Rationalisierungsprogramms, das Ende 1979 in der Ankündigung gipfelte, knapp 5000 Arbeiter auf die Straße setzen zu wollen, was zunächst noch durch eine Serie massiver Streiks verhindert werden konnte.

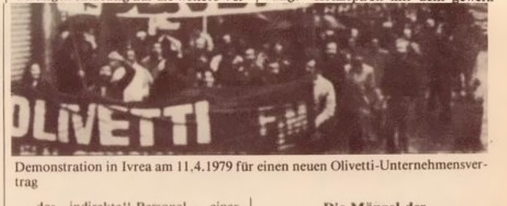
Trotzdem muß man sich vor voreiligen Einschätzungen hüten: In den meisten Abteilungen ist es den Olivetti-Arbeitern bis heute gelungen, die von der Unternehmensführung beabsichtigten Akkordkürzungen zurückzuschlagen. Auf dieser Grundlage erklärt heute zumindest ein Teil der Arbeiter, daß die neue Arbeitsweise leichter und angenehmer sei als die alte, trotz der Kostenersparnis von 10 bis 20% für die Unternehmensführung.

Das theoretische Problem besteht darin, daß nicht jede mit arbeitsorganisatorischen Mitteln erreichte Verflüssigung der Arbeit auch ihre Intensivierung bedeuten muß – und zwar genau in dem Maß nicht, wie dadurch ihre Produktivkraft wächst, wie z.B. ihr „unproduktiver Verzehr" (Marx) abnimmt. Versucht man trotzdem unter diesem Gesichtspunkt eine Einschätzung der verschiedenen Änderungs-Typen bei Olivetti, so ergibt sich: Die „funktionalen Anreicherungen" wirken im allgemeinen intensivierend; z.B. das erkämpfte Recht, bei nicht selbst verschuldeten Arbeitsstockungen (die gerade bei häufigem Wechsel der Produktionsprogramme anfallen) die Ausfallzeiten bezahlt zu bekommen und kurz verschnaufen zu können, wird dadurch unterlaufen, daß die Verantwortung für Materialversorgung, Arbeitseinteilung, Produktionsfluß und Intaktheit der angewandten Maschinen so weit wie möglich der Gruppe übertragen wird. Anders steht es mit der Arbeitsverflüssigung auf Grund verlängerter Arbeitstakte: Häufig auftretende kleinere Störungen der Montage-Arbeit (z.B. durch am Rande der Norm liegende zugelieferte Teile) führen gerade bei kurzzyklischem Zwangstakt zu unverhältnismäßig großen Streß-Situationen für die Arbeiter; bei verlängerten Arbeitstakten erhöht sich der persönliche Dispositionsspielraum und damit die Elastizität gegenüber kleinen Störungen, es kann zu einer „Abnahme des unproduktiven Verzehrs von Arbeitskraft" kommen. Ob die Zusammenlegung der reinen Montage-Arbeit mit Qualitätskontrollen und Reparaturen nicht nur die Qualifikation, sondern auch die Intensität der Arbeit steigert, ist nur im Einzelfall zu entscheiden; es ist aber zumindest möglich, daß hier bei unveränderter Intensität kollektiv aufgewandte Arbeitszeit eingespart werden kann.

Demonstration in Ivrea am 11.4.1979 für einen neuen Olivetti-Unternehmensvertrag

Die Mängel der „Anreicherungs"-Konzeption

Welche Lehren lassen sich aus dem Olivetti-Beispiel ziehen? Daß die Gewerkschaften keine „antitayloristischen" Änderungen der Arbeitsorganisation fordern dürfen, weil sie nur auf weitere Arbeitsintensivierung hinauslaufen, weil man sich hier nur den Kopf der Kapitalisten zerbricht usw.? Der Olivetti-Fall zeigt: das ist nicht zwingend. Falsch ist vielmehr die Unterschiedslosigkeit, mit der die Gewerkschaft sowohl Änderungen fordert, die die Qualifikation und die Bezahlung der Arbeiter verbessern und die Arbeit erleichtern, als auch Änderungen, die – wie die „funktionale Anreicherung" bei den Platinen-Bestückerinnen – die Arbeitsintensität erhöhen. Die Ursache ist die Verklammerung der „Anreicherungs"-Konzeption mit dem gewerkschaftlichen Ziel einer umfassenden Wirtschaftssteuerung, wodurch die angestrebten arbeitsorganisatorischen „Anreicherungen" kapitalistischen Produktivitätsgesichtspunkten unterworfen wurden. Im italienischen Metalltarifvertrag von 1973 wurde festgelegt: Die „Aufwertung der beruflichen Fähigkeiten der Beschäftigten", die u.a. durch „Zusammensetzung und Anreicherung der Arbeitsgänge" zu erreichen sei, müsse sich „im Rahmen der organisatorischen und ökonomisch-produktiven Anforderungen des Unternehmens" bewegen. Der Metalltarifvertrag 1979 ging hier noch einen Schritt weiter: Arbeitsorganisatorische Experimente sollen „sich nur dort entwickeln können, wo sich kontinuierlich eine Übereinstimmung zwischen ihren Resultaten und den vorgesehenen Werten für produktive und qualitative Effizienz", d.h. „zwischen Einsatzbereitschaft und Beschäftigten und den ihre Arbeitsverausgabung betreffenden Änderungen" herstellt. Gefördert wird diese Unterwerfung durch Theorien, mit „Anreicherungen" der Arbeit lasse sich im Kapitalismus die „Entfremdung" oder „Unter-Benutzung" der Arbeiter zumindest teilweise aufheben – diese Theorien konstruieren ein selbständiges Interesse der Arbeiter am Arbeits*inhalt*, das völlig unvermittelt neben ihrem Interesse an besserem Leben, besserem Lohn und besserem Schutz ihrer Arbeitskraft vor vorzeitigem Verschleiß steht. In verschiedenen Tarifauseinandersetzungen diente diese Trennung als Ansatz, um die „Anreicherung der Arbeit" – wie es in Westdeutschland auch zeitweise mit der „Humanisierung" geschah – gegen die anderen Lebens- und Reproduktionsinteressen der Arbeiter auszuspielen.



Demonstration in Ivrea am 11.4.1979 für einen neuen Olivetti-Unternehmensvertrag

Die Mängel der „Anreicherungs"-Konzeption

Welche Lehren lassen sich aus dem Olivetti-Beispiel ziehen? Daß die Gewerkschaften keine „antitayloristischen" Änderungen der Arbeitsorganisation fordern dürfen, weil sie nur auf weitere Arbeitsintensivierung hinauslaufen, weil man sich hier nur den Kopf der Kapitalisten zerbricht usw.? Der Olivetti-Fall zeigt: das ist nicht zwingend. Falsch ist vielmehr die Unterschiedslosigkeit, mit der die Gewerkschaft sowohl Änderungen fordert, die die Qualifikation und die Bezahlung der Arbeiter verbessern und die Arbeit erleichtern, als auch Änderungen, die – wie die „funktionale Anreicherung" bei den Platinen-Bestückerinnen – die Arbeitsintensität erhöhen. Die Ursache ist die Verklammerung der „Anreicherungs"-Konzeption mit dem gewerkschaftlichen Ziel einer umfassenden Wirtschaftssteuerung, wodurch die angestrebten arbeitsorganisatorischen „Anreicherungen" kapitalistischen Produktivitätsgesichtspunkten unterworfen wurden. Im italienischen Metalltarifvertrag von 1973 wurde festgelegt: Die „Aufwertung der beruflichen Fähigkeiten der Beschäftigten", die u.a. durch „Zusammensetzung und Anreicherung der Arbeitsgänge" zu erreichen sei, müsse sich „im Rahmen der organisatorischen und ökonomisch-produktiven Anforderungen des Unternehmens" bewegen. Der Metalltarifvertrag 1979 ging hier noch einen Schritt weiter: Arbeitsorganisatorische Experimente sollen „sich nur dort entwickeln können, wo sich kontinuierlich eine Übereinstimmung zwischen ihren Resultaten und den vorgesehenen Werten für produktive und qualitative Effizienz", d.h. „zwischen Einsatzbereitschaft und Beschäftigten und den ihre Arbeitsverausgabung betreffenden Änderungen" herstellt. Gefördert wird diese Unterwerfung durch Theorien, mit „Anreicherungen" der Arbeit lasse sich im Kapitalismus die „Entfremdung" oder „Unter-Benutzung" der Arbeiter zumindest teilweise aufheben – diese Theorien konstruieren ein selbständiges Interesse der Arbeiter am Arbeits*inhalt*, das völlig unvermittelt neben ihrem Interesse an besserem Leben, besserem Lohn und besserem Schutz ihrer Arbeitskraft vor vorzeitigem Verschleiß steht. In verschiedenen Tarifauseinandersetzungen diente diese Trennung als Ansatz, um die „Anreicherung der Arbeit" – wie es in Westdeutschland auch zeitweise mit der „Humanisierung" geschah – gegen die anderen Lebens- und Reproduktionsinteressen der Arbeiter auszuspielen.

„Wir sind entschlossen, unseren Streik bis zur letzten Konsequenz fortzusetzen, selbst wenn wir alle gefeuert werden", erklärte ein Vertreter der Gewerkschaft der 10000 streikenden Bergarbeiter der chilenischen Kupfermine El Teniente. Und ein langer Streik in El Teniente, so erklären andere chilenische Gewerkschaftsführer, kann leicht zum Ausgangspunkt einer allgemeinen Streikwelle in Chile werden. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung um 10%, die staatliche Bergarbeitergewerkschaft hat 2% geboten, ein Angebot, das von 95% der Arbeiter zurückgewiesen wurde. Zudem gibt es Gerüchte über eine bevorstehende Privatisierung der Mine, die dem Streik weitere Nahrung gegeben haben.

Aussperrung und Streiks in Dänemark

bag.Aarhus. Der diesjährige Tarifkampf in Dänemark begann relativ reibungslos mit „bescheidenen" Lohnabschlüssen in den großen Industriearbeiter- und -angestelltenbereichen. Der Fall des Reallohns wird dadurch zwar nicht aufgehalten, aber zumindest gebremst werden können. Nach diesem scheinbar friedlichen Auftakt brachen dann gleich an mehreren Stellen scharfe Konflikte auf. Über die Lohnfrage hinaus geht es hier in den meisten Fällen um die Arbeitsbedingungen.

Die Verhandlungen zwischen den Druckern und Setzern und den Verlags- und Druckereikapitalisten scheiterten, weil die Typographen nicht zum Verzicht auf eine jedes halbe Jahr gezahlte Teuerungszulage bereit waren und auf einem Technologieabkommen bestehen, das ihnen Mitspracherechte und Kompensationen bei der Umstellung auf neue Drucktechniken sichert. Seit dem 27.3. sind sie ausgesperrt. Ihre finanzielle Lage ist elend, weil sie aus den Gewerkschaftskassen nur Unterstützung in Form von Krediten und in Höhe etwa des halben Lohnes bekommen. Es wird jedoch überall in der Arbeiterbewegung Geld für sie gesammelt, so z.B. auf den Demonstrationen und Veranstaltungen des diesjährigen 1. Mai. Unter den Kapitalisten sind inzwischen Spaltungstendenzen zu verzeichnen. Vor allem die Zeitungsverleger werden ungeduldig. So versuchten die beiden größten Tageszeitungen, *Berlingske Tidende* und *Politiken*, Ausgaben in der Bundesrepublik herstellen zu lassen, was allerdings bisher am Widerstand der IG Druck und Papier gescheitert ist.

Mitte April traten die Sozialhelfer in elf Kommunen des Landes, darunter den beiden größten Städten, in Streik. Sie lehnten einen Tarifvertrag ab, der die Streichung von Zuschlägen für Hausbesuche vorsieht, was eine Lohnsenkung von bis zu 700 Kr. monatlich bedeuten würde. In Interviews mit den Streikenden wird jedoch immer wieder deutlich, daß es hier darüber hinaus um den Kampf gegen einen ungeheuren Verschleiß der Arbeitskraft geht: „Es wundert schon niemanden mehr, wenn wieder einer von uns mit dem Krankenwagen vom Arbeitsplatz abgeholt wird. Es müßten mindestens eintausend Stellen zusätzlich besetzt werden." Mehr Stellen fordern auch die Fluglotsen, die seit gut 2 Monaten im Bummelstreik sind.

Am 27.4. legten die 17000 Schlachtereiarbeiter des Landes die Arbeit nieder, nachdem sie in einer Urabstimmung mit 83% einen Schlichtungsvorschlag abgelehnt hatten, der unter anderem in einem Zusatz Aktionen zur Herabsetzung des Arbeitstempos verbot. Ein zweiter Schlichtungsvorschlag, in großer Hast im Laufe von wenigen Tagen zusammengezimmert, wurde ebenfalls abgelehnt. Als Zuckerbrot enthielt er zwar eine starke Erhöhung der Teuerungszuschläge (1,30 Kr. pro Stunde statt der in der übrigen Industrie gezahlten 0,90), in punkto Arbeitstempo versprach er aber nur „ein gründliches Überdenken des Akkordsystems". Produktion und Export von Schweinefleisch sind ein wichtiger Lebensnerv des dänischen Kapitalismus. In einer Marathonsitzung des Parlaments am 4.5. wurde nach drei Lesungen ein hintereinanderweg ein Gesetz verabschiedet, das den letzten Schlichtungsvorschlag zum gültigen Abkommen erhob. Damit hat die Regierung, wie schon in den Vorjahren, wieder in die Tarifverhandlungen eingegriffen.

Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften der 30000 Akademiker und dem Finanzministerium als Dienstherr scheiterten ebenfalls, so daß ein Schlichtungsvorschlag gemacht werden mußte. Dieser wurde am 8.5. mit 16100 gegen 13300 Stimmen angenommen, dabei sagten jedoch die beiden größten Organisationen, die Gymnasiallehrer und die Assistenzärzte, mit großer Mehrheit nein. Die Lehrer hatten u.a. die Abschaffung aller Überstunden und vollen Lohn während des halbjährigen Pädagogikums (praktische Ausbildung im Anschluß an das Studium) gefordert; der Schlichtungsvorschlag enthielt nichts davon. Die wichtigste Forderung der Assistenzärzte an den Krankenhäusern war die 40-Stunden-Woche, davon mindestens 20 Stunden innerhalb der normalen Arbeitszeit von Montag bis Freitag 8 bis 16 Uhr. Das wurde nicht erfüllt, die Bereitschaftsdienste sollten in vollem Umfang beibehalten werden. Ein Arzt dazu: „Wir wohnen drei Monate pro Jahr im Krankenhaus". Am 18.5. treten die Ärzte mit rund 5000 Mann in den Streik.

In einer Marathonsitzung des Parlaments am 4.5. wurde nach drei Lesungen hintereinanderweg ein Gesetz verabschiedet, das den letzten Schlichtungsvorschlag zum gültigen Abkommen erhob. Damit hat die Regierung, wie schon in den Vorjahren, wieder in die Tarifverhandlungen eingegriffen.

Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften der 30000 Akademiker und dem Finanzministerium als Dienstherr scheiterten ebenfalls, so daß ein Schlichtungsvorschlag gemacht werden mußte. Dieser wurde am 8.5. mit 16100 gegen 13300 Stimmen angenommen, dabei sagten jedoch die beiden größten Organisationen, die Gymnasiallehrer und die Assistenzärzte, mit großer Mehrheit nein. Die Lehrer hatten u.a. die Abschaffung aller Überstunden und vollen Lohn während des halbjährigen Pädagogikums (praktische Ausbildung im Anschluß an das Studium) gefordert; der Schlichtungsvorschlag enthielt nichts davon. Die wichtigste Forderung der Assistenzärzte an den Krankenhäusern war die 40-Stunden-Woche, davon mindestens 20 Stunden innerhalb der normalen Arbeitszeit von Montag bis Freitag 8 bis 16 Uhr. Das wurde nicht erfüllt, die Bereitschaftsdienste sollten in vollem Umfang beibehalten werden. Ein Arzt dazu: „Wir wohnen drei Monate pro Jahr im Krankenhaus". Am 18.5. treten die Ärzte mit rund 5000 Mann in den Streik.

IGM erhält fast 80% bei Opel Rüsselsheim

Betriebsratswahlen in Rüsselsheim und Bochum

acd. Die IGM hat bei Opel Rüsselsheim bei gemeinsamer Wahl von Arbeitern und Angestellten den wahrscheinlich höchsten Stimmenanteil in einem Großbetrieb erzielt. Das Ergebnis ist Ausdruck der Kampferfahrungen, die die Belegschaft in den letzten Krisenjahren mit dem Expansions- und Rationalisierungsprogramm von General Motors gemacht hatte (Kurzarbeiterausgleich 1979; Abfindungen und 59er Regelung 1980; Kündigungsschutz und Lohngarantien 1981). Es zeigt sich dabei, daß diese Kämpfe nur in einer einheitlichen Gewerkschaft durchgestanden werden können. Ebenso, daß die Auseinandersetzung über die Linie in diesen Kämpfen innerhalb dieser Organisation ausgetragen werden müssen, z.B. ob und wie Sozialpläne mit Abfindungen akzeptabel sind. Es gibt dazu keine alternative organisatorische Kraft.

Entsprechend hat die IGM die größten Stimmengewinne im Angestelltenbereich. Kein Wunder, GM will erneut 20000 Angestellte weltweit entlassen, Bildschirmarbeit wächst, Zeichenautomaten usw. Die DAG verlor in neun Jahren vier Fünftel ihrer Wähler und ist erneut nur mit Arbeitern (!) im Betriebsrat. Sie kandidierte diesmal auch schon nicht mehr als DAG, sondern als „Gemeinschaftsliste ..."

Insgesamt haben die Kräfte offener Klassenversöhnung in und außerhalb der IGM damit die dritte und größte Schlappe seit 1975 erhalten. 1975 mußte die IGM mit zwei Listen antreten, weil die Widersprüche zum rechten alten Betriebsratsvorsitzenden zu groß wurden. Die linken Sozialdemokraten um Heller siegten. 1978 spaltete sich eine Gruppe von rechten SPD- und CDU-Mitgliedern (vor allem Rüsselsheimer Stadträte) wegen „Linkslastigkeit" der IGM-Liste ab. Sie bekamen aber nur 9,5%, heute sind sie teilweise bei DAG und CMV beheimatet. Hatten die Spalterlisten rechts der IG Metall 1978 noch über 20% der Stimmen erhalten, so erreichten sie 1981 nur noch 15,6%.

Ebenfalls gescheitert ist das RGO-Konzept der KPD (ML) von 1978. Diesmal kandidierte der türkische RGO-Betriebsrat erfolglos als Liste „Rettet unsere Arbeitsplätze" ohne viel weitgehendere Programmatik als die IGM! Trotzdem zeigen vier Ausländerlisten (alle mit teilweise IGM-Mitgliedern) die Schwierigkeiten in der IGM, die ausländischen Arbeiter angemessen zu vertreten und damit dann auch bewußter Spaltung bestimmter Kräfte oder Karrierismus (wie beim Listenführer der italienischen CEPE-Liste) entgegenzuwirken.

---

rew.Bochum. „Aus den Fehlern der Vergangenheit" zu lernen hatte die IG Metall vor der diesjährigen Betriebsratswahl bei Opel-Bochum behauptet. In einer „Arbeitsgrundlage BR-Wahl 81" war u.a. zu lesen: „Die Ergebnisse der vergangenen BR-Wahlen und die vor uns liegenden schwierigen Aufgaben erfordern ... ein engagiertes und geschlossenes Handeln ... Aus Fehlern der Vergangenheit lernen bedeutet:

– die Einbeziehung aller politischen und weltanschaulichen Gruppen in die IG Metall (...) – die Glaubwürdigkeit durch die offenen Diskussion aller Fragen und nicht mit taktischen Manövern wiederherzustellen." Hintergrund dieser Selbstkritik: Seit 1968 war der Stimmenanteil der IGM von 81,5% auf 48,7% 1978 zurückgegangen, hatten sich 1978 neun Listen und 1972 sogar elf Listen zur Wahl gestellt. Seit je gibt es Unmut in der Belegschaft über solche Listentaktiererei, die wesentlich von einer Betriebsratsgruppe um den langjährigen Vorsitzenden Perschke betrieben und von der IGM-Ortsverwaltung abgesegnet worden ist.

Diese Gruppe, die sich auch keineswegs durch eine kämpferische Haltung gegenüber den Kapitalisten auszeichnet, sondern eher im Ruf steht, eine Seilschaft von Berufsbetriebsräten zu sein, hätte bei Persönlichkeitswahl einiges zu verlieren gehabt. Beinahe alle wichtigen Beschlüsse des Betriebsrates in den letzten drei Jahren sind erst unter Druck auf die Perschke-Gruppe und auf seine Koalition mit CDA- und DAG-Betriebsräten zustandegekommen. So z.B. die Ablehnung der Sonderschichten 1978, Ablehnung der Stempeluhren, Bekämpfung des Personalspitzelsystems „PAISY".

Gegen eine derartige Politik der Cliquenwirtschaft und der Schonung der Kapitalisten ist hauptsächlich Front gemacht worden von der „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter in der IGM" (GOG) (bisher 9 BR-Sitze), einigen Betriebsräten auf der IGM-Liste, sowie auch etlichen Vertrauensleuten, besonders im Werk 2.

Doch trotz der Selbstkritik haben sich auch vor dieser BR-Wahl wieder die gleichen Spaltungsmanöver abgespielt. Auf der IGM-Liste sind durch Plazierungssystem CDA, DKP und vor allem Teile der Seilschaft um Perschke günstig plaziert worden, fortschrittliche Kräfte mit einer Ausnahme nicht berücksichtigt worden, für die ca. 30 % Ausländer waren nur 2 sichere Plätze vorgesehen, dies alles gegen das Votum von ca. 40 % der V-Leute, vor allem aus Werk 2. Als Ergebnis sind acht weiterè Listen eingereicht worden: zwei Listen türkischer Arbeiter, zwei „alternative" IGM-Listen (Werk 2 und Angestellte), die GOG, die DAG und CMV.

Das Stimmenergebnis ist schlecht vergleichbar mit 1978, wegen der z.T. unterschiedlichen Listenzusammensetzung. Die IGM, jetzt mit CDA, erhielt 23 von 39 Sitzen und blieb ungefähr gleichstark. IGM-Angestellte (3), „Alternative"-IGM: Angestellte (1), Werk 2 (2), DAG (1), CMV (1), türkische Arbeiter (1). Die GOG, die häufig behindert und diffamiert worden ist, die andererseits die Spaltungsversuche durch die rechte BR-Mehrheit unnötig erleichterte (z.B. durch formale Abgrenzung), verlor 2 Sitze (7). Die Einheit der Belegschaft gegen die kommenden Angriffe der Kapitalisten herzustellen, wird nach dieser Wahl nicht leichter, zumal die Kluft zwischen Werk 1 und Werk 2, wo mehr Facharbeiter arbeiten, weiter aufgebrochen ist.

rew.Bochum. „Aus den Fehlern der Vergangenheit" zu lernen hatte die IG Metall vor der diesjährigen Betriebsratswahl bei Opel-Bochum behauptet. In einer „Arbeitsgrundlage BR-Wahl 81" war u.a. zu lesen: „Die Ergebnisse der vergangenen BR-Wahlen und die vor uns liegenden schwierigen Aufgaben erfordern ... ein engagiertes und geschlossenes Handeln ... Aus Fehlern der Vergangenheit lernen bedeutet:

– die Einbeziehung aller politischen und weltanschaulichen Gruppen in die IG Metall (...) – die Glaubwürdigkeit durch die offenen Diskussion aller Fragen und nicht mit taktischen Manövern wiederherzustellen." Hintergrund dieser Selbstkritik: Seit 1968 war der Stimmenanteil der IGM von 81,5% auf 48,7% 1978 zurückgegangen, hatten sich 1978 neun Listen und 1972 sogar elf Listen zur Wahl gestellt. Seit je gibt es Unmut in der Belegschaft über solche Listentaktiererei, die wesentlich von einer Betriebsratsgruppe um den langjährigen Vorsitzenden Perschke betrieben und von der IGM-Ortsverwaltung abgesegnet worden ist.

Diese Gruppe, die sich auch keineswegs durch eine kämpferische Haltung gegenüber den Kapitalisten auszeichnet, sondern eher im Ruf steht, eine Seilschaft von Berufsbetriebsräten zu sein, hätte bei Persönlichkeitswahl einiges zu verlieren gehabt. Beinahe alle wichtigen Beschlüsse des Betriebsrates in den letzten drei Jahren sind erst unter Druck auf die Perschke-Gruppe und auf seine Koalition mit CDA- und DAG-Betriebsräten zustandegekommen. So z.B. die Ablehnung der Sonderschichten 1978, Ablehnung der Stempeluhren, Bekämpfung des Personalspitzelsystems „PAISY".

Gegen eine derartige Politik der Cliquenwirtschaft und der Schonung der Kapitalisten ist hauptsächlich Front gemacht worden von der „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter in der IGM" (GOG) (bisher 9 BR-Sitze), einigen Betriebsräten auf der IGM-Liste, sowie auch etlichen Vertrauensleuten, besonders im Werk 2.

Doch trotz der Selbstkritik haben sich auch vor dieser BR-Wahl wieder die gleichen Spaltungsmanöver abgespielt. Auf der IGM-Liste sind durch Plazierungssystem CDA, DKP und vor allem Teile der Seilschaft um Perschke günstig plaziert worden, fortschrittliche Kräfte mit einer Ausnahme nicht berücksichtigt worden, für die ca. 30 % Ausländer waren nur 2 sichere Plätze vorgesehen, dies alles gegen das Votum von ca. 40 % der V-Leute, vor allem aus Werk 2. Als Ergebnis sind acht weiterè Listen eingereicht worden: zwei Listen türkischer Arbeiter, zwei „alternative" IGM-Listen (Werk 2 und Angestellte), die GOG, die DAG und CMV.

Das Stimmenergebnis ist schlecht vergleichbar mit 1978, wegen der z.T. unterschiedlichen Listenzusammensetzung. Die IGM, jetzt mit CDA, erhielt 23 von 39 Sitzen und blieb ungefähr gleichstark. IGM-Angestellte (3), „Alternative"-IGM: Angestellte (1), Werk 2 (2), DAG (1), CMV (1), türkische Arbeiter (1). Die GOG, die häufig behindert und diffamiert worden ist, die andererseits die Spaltungsversuche durch die rechte BR-Mehrheit unnötig erleichterte (z.B. durch formale Abgrenzung), verlor 2 Sitze (7). Die Einheit der Belegschaft gegen die kommenden Angriffe der Kapitalisten herzustellen, wird nach dieser Wahl nicht leichter, zumal die Kluft zwischen Werk 1 und Werk 2, wo mehr Facharbeiter arbeiten, weiter aufgebrochen ist.

Streik im US-Kohlebergbau: Exportaussichten schrumpfen

acm. Der seit 40 Tagen andauernde Streik der 160000 organisierten Bergleute an der Ostküste und dem mittleren Westen droht den Kapitalisten das Exportgeschäft zu versauen. Der Vizepräsident einer Gesellschaft: „Für das internationale Geschäft ist der Arbeitskampf verheerend". Der Exportboom von 1980 ist also gefährdet und der Streik zeigt so seine Wirkung. Eine Einigung ist aber noch nicht in Sicht, obwohl beide Seiten Verhandlungsbereitschaft signalisierten.

Bremer Arbeiterkammer: Austausch mit „Solidarität"

dog.Bremen. Während der Feierlichkeiten in Danzig anläßlich des 5. Jahrestages eines Abkommens zwischen Bremen und Danzig hat der Hauptgeschäftsführer der Bremer Arbeiterkammer, Dr. Walter Franke, mit dem Vorsitzenden der „Solidarität", Walesa, einen Erfahrungs- und Informationsaustausch vereinbart. Zwischen Bremen und Danzig werden seit längerem kulturelle Veranstaltungen ausgetauscht, die Bremer Universität hat einen Kooperationsvertrag mit der Uni Danzig und auch zwischen Bremer Krankenhäusern und Krankenhäusern in Danzig gibt es solche Beziehungen. Die Arbeiterkammer ist in Bremen eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, Mitglied ist jeder gewerbliche Arbeitnehmer (für die Angestellten gibt es die Angestelltenkammer). Nach dem Gesetz ist die Arbeiterkammer Gegengewicht gegen die Kammern der Kapitalisten, sie soll die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Interessen der Arbeiter vertreten gegenüber Regierung und Behörden. Nach der Vereinbarung zwischen Walesa und Franke sollen 10 Werftarbeiter aus Danzig im Herbst zu einem ersten Seminar nach Bremen kommen. Das Seminar soll sich mit Fragen der Sozialgesetzgebung, der Arbeitsgesetze, des Wirtschaftssystems, des Betriebsverfassungsgesetzes, der Mitbestimmung und Arbeitssicherheit sowie dem Aufbau der Verwaltung in der BRD beschäftigen. Franke sagte auf einer Pressekonferenz, die Vertreter der „Solidarität" hätten ihm erklärt, der Kampf der „Solidarität" gehe nicht gegen den Sozialismus und man wolle schon gar nicht das kapitalistische System einführen. Die „Solidarität" kämpfe gegen die Verbürokratisierung von Partei und Staat. Die polnischen Gewerkschaftsvertreter hätten sich für die bisherige Unterstützung durch den DGB und seine Einzelgewerkschaften bedankt.

Krach im Hause Gesamtmetall

ped. Pleiger, Vorsitzender der Metallarbeitgeber von NRW, hat sein Amt als Vizevorsitzender Gesamtmetalls niedergelegt und ist von seinen anderen Ämtern im Verband zurückgetreten. Gleichzeitig haben die Metallindustriellen NRWs beschlossen, Gesamtmetall bis auf weiteres keine Vollmacht mehr zur Führung von Tarifverhandlungen zu erteilen. Die NRW-Metallkapitalisten wie insgesamt der Dachverband Gesamtmetall, hatten sich in den Metallverhandlungen gegen den dann abgeschlossenen Modell-Abschluß für die Metallindustrie ausgesprochen. Die baden-württembergischen Metallkapitalisten unter direkter Führung von Daimler-Benz hatten dennoch aufgrund der Streikdrohung der IG Metall abgeschlossen und alle anderen Landesverbänden so diesen Abschluß aufgezwungen. Die NRW-Metallkapitalisten versuchen jetzt dem Ausscheren von Einzelverbänden aus den Kurs des Dachverbandes in Zukunft einen Riegel vorzuschieben. Der Sache nach, den Einfluß der Klein-und Mittelbetriebe gegenüber den Monopolen zu stärken, bei denen aufgrund ihrer höheren organischen Kapitalzusammensetzung der Lohnkostenanteil am Kostpreis geringer ist wie andererseits ihre Finanzkraft größer. Für die Gewerkschaften zeigt sich, daß man allemal im Kampf gegen die Kapitalisten auf deren eigenen Widersprüche setzen kann und zwar mit Erfolg.

Die in der Internationalen Transportarbeiter-Förderation (ITF) zusammengeschlossenen Hafenarbeiter- und Seeleutegewerkschaften führten eine Aktionswoche gegen Billigflaggen durch. Umgehung gesetzlicher und tarifvertraglicher Schutzbestimmungen für die Arbeitskraft wie für die Erhaltung der Meere ist Ziel des Ausflaggens. Der in Bremerhaven von der ÖTV kontrollierte Erzbulker hatte zwar gültige ITF-Heuerverträge, die tatsächliche Heuer wurde aber nicht gezahlt. 250 000 Honkong-Dollar mußten der Besatzung nachgezahlt werden.

Stahl: 150 Mark für 3 Monate

geh. Am Freitag wurde ein neuer Abschluß für die Eisen- und Stahlindustrie NRWs und Bremens abgeschlossen. Vorweg soll der Ecklohn um 23 Pfg. auf 9,35 DM angehoben werden. Darauf soll eine 4,3%-Lohnerhöhung gezahlt werden. Damit liegt der Ecklohn mit 9,75 DM wieder unter dem Metallecklohn. Die Vorweganhebung soll kostenneutral erfolgen und aufgefangen werden. Die Tariferhöhung für die Zeit vom 1.2. – 30.4.81 und die sich aus der Vorweganhebung ergebenden Ansprüche werden durch eine einmalige Zahlung in Höhe von 150 DM abgegolten. Dies gilt auch für die Angestellten. Die Lehrlinge bekommen 4,3% mehr Ausbildungsvergütung.

Schwedische Angestellte im Streik

coi.Stockholm. Seit Dienstag streiken 17000 Angestellte der fünf größten schwedischen Industrieunternehmen, darunter Volvo und Saab-Scania. Die Angestelltengewerkschaften fordern einen gleich hohen Lohnabschluß wie die LO von ca. 9,3% für die nächsten zwei Jahre und die 100%ige Anbindung der Gehälter an die Effektivlohndrift der Arbeiterlöhne. Letzteres lehnen die Kapitalisten ab, sie bieten 60% an. Um die Angestellten zu isolieren und den Streik zerschlagen zu können, haben sie einen Teil der Arbeiter der bestreikten Betriebe zwangsbeurlaubt, was den Verlust eines Wochenlohns bedeutet, und für nächsten Dienstag die Aussperrung von 230000 Angestellten sowie die Zwangsbeurlaubung weiterer Arbeiter angekündigt.

Planmäßige Verschlechterung der Personallage in den Krankenhäusern

hak. Auf der ‚Frühjahrssitzung' der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen am 23.3.81 konnte es sich Sozialminister Ehrenberg leisten, vom 'Naturschutzpark Krankenhaus' zu sprechen, weil hier die Kostendämpfung noch gar nicht richtig angefangen habe. Er kann sich dabei darauf stützen, daß in fast allen Bereichen der ambulanten Gesundheitsversorgung, vor allem bei Medikamenten, wesentliche Einschränkungen möglich waren, während dies in den Krankenhäusern – zumindest in diesem Umfang – nicht der Fall ist. Auch wenn sich schon etliches an Kürzungen der Versorgung unter der Hand erledigt durch die katastrophale Personallage.

Krankenpflegeenquete von 1979

Aktenkundig ist der Personalmangel allemal seit der vom Gesundheitsministerium 1979 veröffentlichten Krankenpflegeenquete. Darin wurde für 1976 ein Fehlbedarf an Pflegepersonal (examinierte Schwestern bzw. Pfleger) von rund 28000 festgestellt, das sind knapp 11% aller Stellen. (Bei Ärzten wurde der Fehlbedarf auf rund 20000 geschätzt, das sind knapp 30% aller angestellten Krankenhausärzte.) Demgegenüber hat die Bundesregierung immer auf ihre Leistungen und Ausdehnung der Stellen gepocht. Tatsächlich hat sich die Zahl der Pflegekräfte im Krankenhaus seit 1965 um 95,4% auf 360341 Ende 1978 erhöht (bei Ärzten um 93,2% auf 67215 im selben Zeitraum). Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG), der Spitzenverband der Krankenhausträger, rechnet aber der Bundesregierung richtig vor: diese zusätzlichen Pflegekräfte seit 1965 wurden bis 1978 ‚aufgesogen' durch
– die Zunahme an Patienten von 8,1 Mio auf 11,2 Mio im Jahr, das sind 40,2% mehr
– die Arbeitszeitverkürzung von 47 auf 40 Stunden pro Woche, das macht ein Plus von 25,4%,
– die Mehrarbeit infolge Verweildauerverkürzung von 27,4 Tagen auf 20,3 Tage (für alle Krankenhäuser, auch Sonderkrankenhäuser), macht 27,2%,
– für die Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung, also die Berücksichtigung der medizinischen Entwicklung, Zunahme der Funktionsdienste, Intensivpflege usw. bleiben dann 7,2% mehr Personal. Hier liegt bei dieser Berechnungsmethode hauptsächlich die Lücke, die die Bundesregierung mit ihren beliebten Jahrzehntrechnungen übertüncht.

Im Übrigen hat der NRW-Sozialminister Farthmann (SPD) jetzt im Osterurlaub vor erlesenen Ohren, nämlich vor den versammelten Chefärzten im Schweizer Kurort Davos, benannt als 29. Internationaler Fortbildungskongress der Bundesärztekammer, mal klare Worte gesprochen: der von der DKG festgestellte Mehrbedarf von 20000 Ärzten und 28000 Pflegepersonen würde jährlich 3 Mrd. DM kosten, den Pflegesatz um 11,6% erhöhen und sei gar nicht finanzierbar.

Berechnung der Stellenpläne nach den Anhaltszahlen

Umstritten ist diese Mangelberechnung der DKG – ganz abgesehen von der täglichen Erfahrung aller, die als Personal oder als Patient mit dem Krankenhaus umgehen – trotzdem, weil sie nämlich auf den ‚Anhaltszahlen' der DKG fußt. Diese Anhaltszahlen, 1969 erstmals aufgestellt und 1974 von der DKG erhöht, sollten einen Schlüssel bilden, nach dem die Planstellen pro Bett berechnet werden konnten. Zunächst als Leitlinie entwickelt, legten die Gesundheitsminister der Länder die Anhaltszahlen von 1969, fortgeschrieben auf die 40-Stunden-Woche, im Februar 1976 als Maximalhöhe der Stellenpläne fest. Im November 1978 waren sie gezwungen, diesen Beschluß rückgängig zu machen, sie erklärten diese (fortgeschriebenen) Anhaltszahlen von 1969 als ‚Näherungswerte und Orientierungshilfen'. D.h. man kann diese Zahlen nach Ansicht der DKG als *Minimalhöhe* der Stellenpläne ansehen (die Anhaltszahlen sind veröffentlicht u.a. im Materialheft Öffentliche Dienste und Gewerkschaften 3/81). Die ÖTV fordert als Übergangslösung zumindest die Anerkennung der Stellenpläne nach den Anhaltszahlen von 1974, die vor allem die technischen Veränderungen berücksichtigen.

Tatsächlich werden aber die Anhaltszahlen dem Arbeitsablauf im Krankenhaus von ihrer Struktur her nicht gerecht. Mehrarbeit durch Verweildauerverkürzung werden darin nicht berücksichtigt. Das Ehrenbergministerium hat sich darauf gestützt und im Juli 1977 eine Kommission zur Erarbeitung von Personalrichtwerten, das ‚Personalbedarfsermittlungsverfahren' PBEV, eingesetzt, und konnte dafür auch zunächst die ÖTV gewinnen. Nachdem sich aber herausgestellt hat, daß dies PBEV – wie ja auch zu erwarten war – ausschließlich der Rationalisierung dient, ist die ÖTV Ende 1980 endlich aus diesem Projekt ausgestiegen: Sie kritisiert darin vor allem die Übertragung von REFA-Methoden aus der Industrie auf das Krankenhaus, daß Nacht- und Schichtarbeit auskgeklammert werden und daß über das Schichtende hinausgehende Tätigkeiten, z.B. Operationen, nicht berücksichtigt werden.

Ausbildungsstellen für Pflegekräfte werden gesenkt

In der Krankenpflegeenquete von 1979 geht das Gesundheitsministerium beruhigend davon aus, der Personalmangel werde sich über die steigenden Schülerzahlen in der Krankenpflege ausgleichen. Tatsächlich sind aber die Schülerzahlen (für Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Krankenpflegehilfe) insgesamt rückläufig (jeweils Zahlen vom 31.12):

1974	68992 Schüler(innen)
1975	73438 Schüler(innen)
1976	72461 Schüler(innen)
1977	68890 Schüler(innen)
1978	67678 Schüler(innen)

In den letzten beiden Jahren wird die Schülerzahl noch weiter zurückgegangen sein. Denn in berechnender Absicht ist bei dem langen Streit um die Novellierung des KHG die Frage, wie die Krankenpflegeschulen weiter gezahlt werden sollen, ungelöst geblieben. Bisher können die Krankenhäuser diese Kosten voll über den Pflegesatz abrechnen. Ab Ende 1981 ist die Finanzierung bisher nicht geklärt. Nach dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf vom 15.4. soll der ‚Praktische Teil' der Ausbildung, also die Arbeit auf den Stationen, weiter über den Pflegesatz abgerechnet werden, den ‚Theoretischen Teil', also die eigentlichen Pflegeschulen, sollen die Länder zahlen. Damit ist die Sache glücklich abgeschoben: In NRW z.B. sind dieses Jahr sowieso schon von 3,5 Mrd. DM, die für die Krankenhausneubauten beantragt waren, nur 0,5 Mrd. DM bewilligt worden. Das wird die wenigsten Krankenhausträger ermuntern, neue Pflegeschulen einzurichten.

Dazu kommt, daß als Folge des verschärften NC bei den Medizinstudenten viele nach dem Krankenpflegeexamen in das Medizinstudium weitergegangen sind, also nur ‚Punkte gesammelt' haben. Auch vorher schon hat die durchschnittliche Verweildauer im Beruf bei Krankenschwestern nur 4 – 5 Jahre betragen.

Regierungsentwurf zum Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz

Der am 15.4. von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf der ‚Novelle zum KHG', genannt ‚Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz', soll neben der Einschränkung der Pflegeausbildung u.a. durchsetzen:

– die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen soll künftig auch ‚Empfehlungen' über die erlaubte Kostensteigerung bei den Krankenhäusern abgeben. Weil – nach einer Erhebung der DKG von 1978 – von den Betriebskosten der Krankenhäuser 70,2 % auf Personalkosten entfallen (davon 41 % auf Pflege und Funktionsdienst und knapp 22 % auf den ärztlichen Dienst) kommt diese ‚Empfehlung' Lohnleitlinien gleich und ist deswegen auch immer vom DGB abgelehnt worden.
– die DKG und die Spitzenverbände der Krankenkassen sollen Empfehlungen über Grundsätze der Wirtschaftlichkeit ausarbeiten, u.a. beim Personalbedarf
– über die Pflegesätze sollen Anreize geschaffen werden zu ‚wirtschaftlich vernünftigem Verhalten', das läuft z.B. auf stärkere Kürzung der Verweildauer durch einen degressiven Pflegesatz heraus, der in den ersten Tagen des Krankenhausaufenthaltes hoch ist und dann sinkt, und damit die Krankenhäuser zu rigoroser ‚Bettenpolitik' treiben soll. Dadurch soll auch die Streichung von 50000 Krankenhausbetten in der BRD ermöglicht werden. Zynisch wird dazu sogar angemerkt, dafür sei ja sowieso kein Personal da.

Gegensätzliche Forderungen von DKG und ÖTV

Klar ist aber auch, daß alle Planstellenberechnungen und Forderungen nach voller Besetzung des Stellenplanes wenig nützen, wenn die Krankenhausleitungen immer wieder damit kommen können, daß eben auch auf Annoncen usw. keine Kräfte zu bekommen sind. Auch für die Beschäftigten an den Krankenhäusern ist zunehmend die Lage entstanden, daß ihre ständige Überarbeit dem wachsenden Arbeitslosenheer gegenüber steht. Einzelne Aktionen von Belegschaften, wie z.B. Schließung von Zimmern oder – wie z.B. auf einer chirurgischen Station am Klinikum Essen – die Verweigerung von i.v.-Spritzen oder Kampagnen des Betriebsrates am Klinikum gegen Überstunden stehen immer unter starkem moralischen Druck wegen der unversorgten Patienten, solange so eklatanter Mangel an ausgebildeten Kräften herrscht.

In dieser Lage ist zwar die Forderung nach ‚mehr Pflegepersonal' allgemein. In den verschiedenen Vorschlägen, die bisher vorliegen, von DKG und ÖTV, drücken sich aber doch gegensätzliche Interessen aus. Die DKG fordert in einer Entschließung vom 23.6.80 unter anderem:
– Es sollen so weit wie möglich Teilzeitkräfte eingestellt werden (Das soll sich an die Krankenhausschwestern mit Kindern richten, bedeutet aber Lohnsenkung und Intensivierung).
– Es sollen vermehrt Krankenpflege*helfer*(innen) ausgebildet und beschäftigt werden (das läuft auf dauerhafte Senkung des Lohnniveaus hinaus bei gleichzeitiger stärkerer Spaltung der Arbeit auf den Stationen in Pflegearbeit und Verwaltungsarbeit).
Gegen solche Pläne hat sich die ÖTV gewandt und in einem Brief an die Bundesanstalt für Arbeit gefordert:
– Krankenpflege soll zum ‚Mangelberuf' erklärt werden
– Die Ausbildungskapazitäten für Krankenpflege sollen erhöht werden.
– Die Wiedereingliederung ehemaliger Krankenschwestern, die den Anschluß an die Entwicklung der Medizin verloren haben, soll durch spezielle Kurse erleichtert werden.
– Die Umschulung von Arbeitslosen zu Krankenpflegern bzw. -schwestern soll gefördert werden.
Zusammen mit den Forderungen gegen die zunehmende Arbeitsbelastung im Krankenhaus, die auch viele aus dem Beruf vertreibt, kann man daran gut anknüpfen und auch örtlich die Politiker darauf festlegen.

Forderungen der ÖTV über Bereitschaftsdienst im Krankenhaus

Um die Grundsätze der ÖTV zur Schichtarbeit, Wechselschichtarbeit und Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten im Krankenhaus durchzusetzen hat der ÖTV-Hauptvorstand Forderungen für Tarifverhandlungen über den Bereitschaftsdienst im Krankenhaus vorgeschlagen, die auf örtlicher Ebene diskutiert werden sollen.

1. Bereitschaftsdienste müssen auf viermal im Kalendermonat begrenzt werden. Eine Freiwilligkeitsklausel, die mehr Bereitschaftsdienste eröffnen würde, wird abgelehnt.
2. Für die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit, einschließlich Bereitschaftsdienst, sind Höchstgrenzen festzulegen.
3. Nach einem Bereitschaftsdienst muß Freizeit gewährt werden.
4. Die tariflichen Vereinbarungen über Bereitschaftsdienst im Krankenhaus dürfen die nach § 12 AZO garantierte ununterbrochene Ruhezeit von 11 Stunden nicht aufheben.
5. Die Zuordnung des Bereitschaftsdienstes zu den einzelnen Stufen soll neu geregelt und die Zeit des Bereitschaftsdienstes als Arbeitszeit neu bewertet werden. Dabei ist die Inanspruchnahme durch Bereitschaftsdienste grundsätzlich höher als bisher einzustufen und zu bewerten.
6. Angestellte, die im Wechselschichtdienst eingesetzt werden, dürfen nicht zu Bereitschaftsdiensten herangezogen werden. (Wechselschicht ist die Arbeit die rund um die Uhr geleistet wird.)

Kommunistische Volkszeitung Gewerkschaft 11. Mai 1981, Nr. 20 / Seite 11

Forderungen der ÖTV über Bereitschaftsdienst im Krankenhaus

Um die Grundsätze der ÖTV zur Schichtarbeit, Wechselschichtarbeit und Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten im Krankenhaus durchzusetzen hat der ÖTV-Hauptvorstand Forderungen für Tarifverhandlungen über den Bereitschaftsdienst im Krankenhaus vorgeschlagen, die auf örtlicher Ebene diskutiert werden sollen.

1. Bereitschaftsdienste müssen auf viermal im Kalendermonat begrenzt werden. Eine Freiwilligkeitsklausel, die mehr Bereitschaftsdienste eröffnen würde, wird abgelehnt.
2. Für die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit, einschließlich Bereitschaftsdienst, sind Höchstgrenzen festzulegen.
3. Nach einem Bereitschaftsdienst muß Freizeit gewährt werden.
4. Die tariflichen Vereinbarungen über Bereitschaftsdienst im Krankenhaus dürfen die nach § 12 AZO garantierte ununterbrochene Ruhezeit von 11 Stunden nicht aufheben.
5. Die Zuordnung des Bereitschaftsdienstes zu den einzelnen Stufen soll neu geregelt und die Zeit des Bereitschaftsdienstes als Arbeitszeit neu bewertet werden. Dabei ist die Inanspruchnahme durch Bereitschaftsdienste grundsätzlich höher als bisher einzustufen und zu bewerten.
6. Angestellte, die im Wechselschichtdienst eingesetzt werden, dürfen nicht zu Bereitschaftsdiensten herangezogen werden. (Wechselschicht ist die Arbeit die rund um die Uhr geleistet wird.)

Planmäßige Verschlechterung der Personallage in den Krankenhäusern

Krankenpflegeenquete von 1979

Berechnung der Stellenpläne nach den Anhaltszahlen

Ausbildungsstellen für Pflegekräfte werden gesenkt

Regierungsentwurf zum Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz

Gegensätzliche Forderungen von DKG und ÖTV

Wir sollten unsere Stellung zum Verbot der Teilzeitarbeit ändern (Diskussionsbeitrag)

stw. Mir scheint, es wird dabei etwas leichtfertig mit Verboten umgegangen. Bei jüw wird eine Parallele zu Arbeiterschutzforderungen gezogen, z.B. zum Verbot von Überstunden. Solche Verbote liegen m.E. anders: sie setzen der Ausbeutung eine wirksame Schranke – der Dauer der Arbeit, bestimmten Arbeitsbedingungen etc. wird eine Höchstgrenze gezogen. Die Zwangswirkung richtet sich vor allem gegen die Kapitalisten. Es wird nun gesagt, Teilzeitarbeit als solche sei besonders intensiv und gegen diese Unterhöhlung des Normalarbeitstages solle das Verbot einen Schutz für die ganze Klasse darstellen. Schranken gegen eine Intensitätssteigerung „können nur im Arbeitsprozeß selber gezogen werden", „es ist fragwürdig, wieweit sie in allgemeiner Form durch Gesetz gezogen werden können" (KBW-Thesen zum Kampf gegen das Lohnsystem, KVZ 5/81). Ein Verbot der Teilzeitarbeit könnte von dieser Seite her überhaupt nur für diejenigen Arbeiter, die in Teilzeitarbeit intensiver als die andern arbeiten müssen (daß dies notwendig aus der Tatsache der Teilzeit folgt, ist nirgends bewiesen), positive Wirkung entfalten. Eine allgemein wirksame Maßnahme gegen solche Intensivierung ist es bei weitem nicht. Stattdessen soll der KBW von den Arbeitern ein Mindestmaß an Ausbeutungsbereitschaft verlangen: 8 Stunden oder gar nicht.

Um das Verbot zu rechtfertigen, müßte jüw eine Begründung finden, die das Unmögliche (die allgemeine Schranke gegen Intensivierung) als durch die Verbotsforderung erreichbar erscheinen läßt. Er argumentiert: „Die Kapitalisten kaufen aber die Arbeitskraft. Sie kaufen sie ganz ... wollen sie auch ganz vernutzen." Er postuliert dann ein „Gesetz", wonach jede Lohnarbeit, die weniger als 8 Stunden dauert, nicht nach Wert bezahlt sei: der Kapitalist will ganz vernutzen und – sein Wille ist offenbar Gesetz – vernutzt auch immer voll, aber zahlt bloß zum Teil. Meiner Ansicht nach schließt der Teilzeitarbeiter nur einen Vertrag über die teilweise Vernutzung seiner Arbeitskraft, und nur darauf hat der Kapitalist vertragsgemäß Anspruch: es ist für den Verkauf gerade Bedingung, daß nach der Teilzeitarbeit die Arbeitskraft noch anderswo eingesetzt werden kann (z.B. für Hausarbeit). Zwei Teilzeitjobs sind absurd, nicht weil sich dann zwei Kapitalisten wechselseitig um die „ganze Arbeit" betrügen, sondern weil der Arbeiter nur teilzeitarbeiten will und nur dafür den Arbeitsmarkt betrat. Es widerspricht ganz der Erfahrung, daß alle Teilzeitarbeiten drauf rausliefen, genausoviel „Muskel, Nerv, Hirn" zu verausgaben wie bei 8stündiger Arbeit. Wenn man das glaubt, muß man die Arbeiter für blöd halten, daß sie sich darauf einlassen – und sie vor der eigenen Dummheit durch ein Verbot schützen.

Natürlich soll hier nicht behauptet werden, es gäbe keine Intensivierung im Zusammenhang mit Teilzeitarbeit. Allgemein hat der Kapitalist mit ihr den Vorteil, stets frische Arbeitskraft zu vernutzen. Aber es gibt Fälle, wo die Teilzeitarbeit absolut die gleiche wie die Vollzeitler und auch genauso intensiv ist (z.B. bei einigen Arztehelferinnen, Bürohilfen). Wenn aber der Zustand der Unterbezahlung nicht allgemein ist, so ist das allgemeine Verbot nicht gerechtfertigt. Erforderlich ist, besondere Vorkehrungen gegen die Steigerung der Ausbeutung zu treffen, wo sie mit Teilzeit einhergeht (z.B. Lohnzuschlag bei Überstunden, vertragliche Pausen in jeder Stunde intensiverer Arbeit, wie bei einigen Bildschirmarbeiten schon durchgesetzt).

jüw bleibt weiter (ganz im Gegensatz zu seiner Überschrift) den Beweis schuldig, warum die Verbotsforderung besser gegen die Intensivierungsfolgen schützen soll als solche Maßnahmen. Er schiebt ersatzweise einige Nebenaspekte – die nicht logisch zwingend sind – nach. Beispiele:
– Die Kapitalisten seien an Teilzeitarbeit interessiert, um ein „möglichst großes Reservoir sonst brachliegender Arbeitskraft auszubeuten." Soll das Verbot also das Brachliegen einschränken? Vergrößert das dann nicht das Reservoir brachliegender Vollzeitarbeitskräfte?
– Weiter wollten die Kapitalisten möglichst intensiv ausbeuten. Das ist unbestritten, aber jüw fährt fort: „so dienen Teilzeitarbeitskräfte dazu ... Arbeiten zu erledigen, die eine Vollzeitarbeitskraft nicht auslasten." Nach jüw besteht also die besondere Intensivierung manchmal darin, daß bei der Erledigung der betreffenden Arbeit in Vollzeit, die er erzwingen möchte, die Normalintensität nicht erreicht würde. Muß dann Teilzeitarbeit überdurchschnittlich intensiv sein?
– Teilzeitarbeit eigne sich zur Ausweitung von Schichtarbeit. Auch das sei unbestritten (gegen letztere fordern wir ja das Verbot). Aber die „gute Eignung" kann wohl nicht das Teilzeitarbeitsverbot begründen – oder fordert jüw analog das Verbot der Hochofenarbeit?
– Die große Konkurrenz ermögliche, den Lohn der Teilzeitarbeiter niedrig zu halten. jüw zitiert, daß 8 Bewerber auf eine Stelle kämen. Er hätte hier merken müssen, daß v.a. ein Interesse von Arbeitern an Teilzeitarbeit vorliegt, denn nach seinen Ausführungen müßten die Kapitalisten verrückt sein, wenn sie mit den 8 Bewerbern keine Vollzeitler ersetzen, dann bloß zum Teil zahlen und voll vernutzen!

All das sind Probleme im Zusammenhang der Teilzeitarbeit. Aber es ist gar nicht einsichtig, wieso sie mittels Verbot der Teilzeitarbeit irgendwie gelöst würden: jüw möchte sie anscheinend mitverbieten.

Meiner Ansicht nach ist ein solches Verbot nicht angebracht. Viele Arbeiter, insbesondere Frauen, wollen teilzeitarbeiten. Sie haben häufig das Problem, daß sie sich um ihre Kinder kümmern und beide Partner ihren Beruf nicht aufgeben wollen: ihnen ist Teilnahme an der gesellschaftlichen Arbeit ein Bedürfnis. Wir sind dafür, daß jeder die Möglichkeit dazu hat und für Verbesserung der Möglichkeit (daher evtl. Kinderkrippen u.ä.). Aber das ist was anderes, als etwa Frauen zu 8stündiger Arbeit zu zwingen (oder auch dazu, ihre Kinder in öffentliche Krippen zu geben)! Das Problem lösen eben viele Arbeiterfamilien so, daß einer Vollzeit, einer Teilzeit arbeitet. Wir sind nicht berufen, ihnen das zwangsweise auszutreiben mit dem Hinweis: „läßt sich anders besser lösen". Wobei das „anders lösen" ein vages Versprechen ist: es wird auf andere noch durchzusetzende Forderungen verwiesen. Die Lösung, die die Arbeiter betreiben, soll erstmal verboten werden.

Das ganze läuft darauf hinaus, die Arbeiter „zu ihrem Besten" zu etwas zu zwingen. jüw will das nicht aufgeben, weil er auch die Forderung nach Überstunden-Verbot nicht aufgeben würde („bloß weil Überstunden gemacht werden"). Aber: die Überstunden müssen zur Verteidigung des Normalarbeitstages verboten werden; der „Wunsch" danach folgt aus zu niedrigem Lohn. Mit dem Verbot der Teilzeitarbeit wird kein Normalarbeitstag verteidigt. Der Wunsch nach solchen Arbeitsplätzen kann ein positives Interesse haben – dem müssen wir entsprechen und gleichzeitig dafür eintreten, daß Intensitätssteigerungen, wo sie zusammen mit der Teilzeitarbeit durchgesetzt werden sollen, durch tarifvertragliche Regelungen unterbunden werden.

„Züri brännt“

olb. „Es dauerte lange, bis Zürich brannte, und als es endlich Feuer gefangen hatte, fand dieses keine Nahrung. Denn der Beton tönt hohl und will nicht brennen. (...) Gähnende Wüste unter Industriedunst, gegen oben elegant sich verjüngende Turmarchitektur, reduzierte Bildwelt. Andächtige Monotonie von Beamtenschritten in den öden Gängen der Registraturbehörden, riesige planierte Flächen vor Einkauszentren, so leer und wunschlos wie die Köpfe der Familienväter am Sonntag.“ Das sind die ersten, immer mit Abstand vorgetragenen Worte des Filmkommentars. Kein Genuß ist der Kommentar, kein Genuß auch sind die Bilder, die wir sehen: Die Totale von Zürich, smogvernebelt und mit den häßlichen Türmen von Großbanken im Zentrum. Wenn sich etwas an diesen Bildern bewegt, sind das die langsam kriechenden Autos.

Aber der Film kommt aus dem Kriechgang einer Kolonnenfahrt zum sich steigernden Tempo der Züricher Jugendbewegung. Von den 68ern, die auf den Marschwegen durch Institutionen liegengeblieben sind, über den scheinbar plötzlich sich entfaltenden Kampf für den Erhalt eines Radiosenders, zu Hausbesetzungen und der Kampagne für das Autonome Jugendzentrum. Aber der Film erklärt nicht. Die Macher, der Videoladen in Zürich, wollten die Bewegung nicht kategorisierbar machen. Jedoch werden die Gefühle dieses Züricher Sommers streckenweise nachempfindbar. So war es auch gedacht.

Das Panorama von Zürich wechselt mit Bildern der arktischen Eiswüste, und die Autokolonnen der Stadt werden zu Panzerkolonnen.

Zwei Bilder von vielen des Hasses gegen die versteinerten Verhältnisse, die die Schweizer Jugend zu erdrücken drohten. Verständlicher, nachempfindbarer Haß: Eine Volksabstimmung hat zum Ergebnis, daß für die Züricher Nobeloper 60 Mio. ausgegeben werden sollen, die Jugend aber kein autonomes Zentrum bekommt.

Ein Jugendlicher auf einer Versammlung im Film: „Uns interessiert die Abstimmung nicht groß, denn wir wissen, daß wir, wenn wir etwas wollen, dann müssen wir darum kämpfen, und es geht nicht mit Abstimmungen. Der Kampf um das Schigu (Schindelergut, ein Jugendzentrum), (...) und es geht weiter jetzt am 30. Mai vor dem Opernhaus (...) mit einer Großdemo und das Flugi (Flugblatt), das dazu im Umlauf ist, da steht drauf: „Dies ist eine Einladung zu einem unvergeßlichen Opernabend.“ Es gab, wie wir wissen, einige unvergeßliche Opernabende für die reichen, biederen Züricher Bürger. Und es gab dann auch ein autonomes Jugendzentrum, erkämpft von den Benutzern. Diese sind eben für ihre Rechte gegen den Staat auf die Straße gegangen.

Natürlich war es nicht mit ein paar bewegten Abenden getan. Die Züricher Jugendbewegung belagerte das Parlament und stellte die Stadtpolitiker zur Rede und bloß. Schließlich bekam sie, höchst unfreiwillig oft, Platz im Fernsehen. Einer der Auftritte: Diskussionsrunde à la Werner Höfer, mit Stadträtin, Polizeivertreter und Vertretern der Jugend. Diese parodierten das ganze Theater ungefähr so: „Es wird da gesagt, die Polizei habe auf einem Kinderspielplatz auf ausländische Kinder geschossen mit Tränengaspatronen ... ich finde, diese Kinder, die sollte man das nächste Mal, wenn man wirklich wieder gegen jemanden vorgehen will wie diese Kinder, dann sollte man wirklich mit Salzsäure oder sowas vorgehen. Also wirklich, um in dieser Stadt Kinder zu haben, das ist doch ... das wollen wir doch alle nicht. Ich wäre dafür, daß man die alle dezimiert.“

Natürlich wurden der Bewegung lieber Gefängniszellen als Auftritte im Fernsehen oder gar Jugendzentren verpaßt. Verhaftungen sind aber sofort mit großen Demonstrationen beantwortet worden. Verbotene Demonstrationen wurden trotz Verbot gemacht. Polizeisperren dabei nach Verhandlungen freiwillig geräumt usw. Das zeigt der Film schon von der politischen Bewegung. Und über das vorläufige Ende: „Was Alle bereits mit Schrecken erwartet haben ist eingetroffen: ein paar windige Vorwände genügten, um die Schließung des AJZ zu rechtfertigen. Unsere Anarchie, wie immer chaotisch, organisationsfeindlich und naiv, wird von der Staatsgewalt planiert, zertreten und mit Stacheldraht eingezäunt. (...) Doch geht es weiter.“

Aber der Film zeigt die Politik unpräzise. Dem Anspruch folgend, kein Dokument, keine Analyse zu wollen, haben die Filmemacher ein Gefühlszustandsdokument der Bewegung geschaffen. Ein Kunstwerk aus Dokumentarfilmmaterial und subjektiven Bildern.

Bonn. Die vds-Fachtagung Medizin führte in der letzten Woche eine Demonstration anläßlich der Beratung im Bundesrat über die Ergebnisse der Physikumsprüfung durch. Ca. 8000 Studenten aus faktisch allen Städten beteiligten sich nach Angaben der Fachtagung Medizin und gleichzeitig befinden sich an mehreren Hochschulen die Studenten im Streik. Auf der Kundgebung hob Vorstandsmitglied Bruhns die breite Unterstützung in der gesamten Studentenschaft hervor, ging auch auf die BAföG- und Mittelkürzungen ein und rief zur Demonstration der vds auf. Ein Vertreter des Bundes Gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV unterstützte in seiner Rede die Aktionen und Forderungen und sagte: „Kennen Sie ein Krankenhaus in der BRD, in dem sich die Ärzte auf den Füßen rumtreten?“

Barrieren gegen das Ausländerstudium

KMK-Beschluß sieht Erschwernis der Hochschulzugangsberechtigung und Visumszwang vor

vip. Daß die Bundesregierung im Sommer 1980 ein umfassendes Programm zum Ausländerstopp beschlossen hatte, war nach und nach bekanntgeworden (vgl. KVZ 8/81, S.8). Daß Bestandteil dieses Programms auch die Beschneidung des Familiennachzugs (vg. KVZ 19/81, S.2) und die rigorose Zulassungsbeschränkung für die ausländischen Studienbewerber ist, konnte bis April dieses Jahres vor der Öffentlichkeit geheim gehalten werden.

Bereits im August letzten Jahres hatten aber die Kultusminister die Hochschulpräsidenten davon in Kenntnis gesetzt, daß es eine „dramatisch zugespitzte Situation“ gebe, weil in Griechenland, der Türkei und im Iran nur ein kleiner Teil der Bewerber einen Studienplatz erhielten.

Die Kultusministerkonferenz hat dann im März 1981 folgenden Beschluß gefaßt:

„Eine Aufenthaltserlaubnis zu Studienzwecken muß vor der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland von der deutschen Auslandsvertretung erteilt sein. Die Aufenthaltserlaubnis wird nur gegeben, wenn ein Zulassungsbescheid einer deutschen Hochschule oder eines Studienkollegs vorliegt. Die Umwandlung von Touristenvisa in Aufenthaltserlaubnisse zu Studienzwecken ist damit ausgeschlossen.
– Die Hochschulen und Studienkollegs werden Ausländer nur dann immatrikulieren, wenn eine Aufenthaltserlaubnis zu Studienzwecken vorliegt.
– Ferner ist eine geeignetere Auswahl der Studienbewerber erforderlich. Dem dient vor allem eine bessere Bewertung der Hochschulzugangsberechtigung der ausländischen Studienbewerber. Die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen wird künftig bei der Bewertung der Heimatzeugnisse nicht allein die formale Hochschulzugangsberechtigung, sondern auch die Hochschulzugangspraxis in den Heimatländern zugrundelegen. Wo in einem Land neben dem Schulabschlußzeugnis eine Hochschulaufnahmeprüfung gefordert wird, muß der ausländische Studienbewerber den Nachweis hierüber bei seiner Bewerbung an einer deutschen Hochschule oder an einem Studienkolleg erbringen.
– Die für eine Studienaufnahme an deutschen Hochschulen notwendigen Kenntnisse der deutschen Sprache werden künftig vollständiger als bisher gefordert werden.“

Im vergangenen Monat hat die KMK die neuen Bewertungsvorschläge veröffentlicht, ohne Übergangsregelungen zu schaffen. In Kraft tritt das ganze Paket schon zum Wintersemester 81/82, d.h. ab sofort.

Die Maßnahmen richten sich gegen alle Studienbewerber außerhalb der EG, treffen gegenwärtig aber vor allem die Länder Iran, Türkei und Griechenland, von wo nahezu zwei Drittel aller ausländischen Studienbewerber kommen.

Künftig muß ein Ausländer also zunächst vom Ausland durch Einreichung der Unterlagen sich um einen Studienplatz bewerben. Schon das ist, sofern nicht besondere Einrichtungen geschaffen werden, ein nahezu unüberwindliches Hindernis. Hat er dann eine Studienplatzzusage, muß er bei der deutschen Auslandsvertretung einen Antrag auf Aufenthaltserlaubnis stellen, dessen Bearbeitung Wochen, ja Monate dauern kann und der ohne Begründung abgelehnt werden kann. Darüber kann der Studienplatz verloren gehen. Rechtsmittel dagegen sind praktisch ausgeschlossen.

Mit diesem Instrumentarium können die Länder unter Ausschluß öffentlicher Kontrolle den Zugang für Ausländer regulieren.

Nordrhein-Westfalen hat als erstes Bundesland ein ab Sommersemester 1982 geltendes zentrales einheitliches Verfahren für die Einweisung von Ausländern geschaffen, dessen erklärtes Ziel es auch ist, Steuerungsmechanismus für den Nationenanteil unter den ausländischen Studenten zu sein. Dadurch solle das Übergewicht bestimmter nationaler Bewerbergruppen beseitigt werden, die aus anderen Gründen als Ausbildungsinteresse und Entwicklungspolitik hierher kämen. Daß außer dem Nationenanteil auch die absolute Zahl und die soziale und politische Auswahl reguliert werden kann und wird, versteht sich.

acm. Im Rahmen von Veranstaltungen verschiedener Initiativen sind die „Schmetterlinge“ in einigen Städten Westdeutschlands aufgetreten, zumeist mit ihrem neuen Stück „Verdrängte Jahre“, aber auch mit ihrem bekanntesten Werk, die „Proletenpassion“. (Das Wort „Passion“ war und ist etwas irreführend, einen „Leidensweg“ gestalten sie dort nicht). Darüber zu berichten, bedeutet auch Konfrontation mit früherer „Berichterstattung und Auseinandersetzung“. Bei einer Konzertreise zusammen mit der Gruppe „Oktober“ waren beide in verschiedensten Formen in mehreren Städten von uns angegriffen worden wegen „Opportunismus“, „leugnen die Revolution“, „Irreführung der Arbeiterjugend“ usw. Diese Auseinandersetzung war bodenlos, wie auch die Kritik an dem Stück selber – soweit sie sich überhaupt inhaltlich auf das Stück bezog – nicht den Tatsachen entsprach. Diese liegen anders:

Die „Proletenpassion“ – das ist der Versuch, in der Form eines Rockopus die Geschichte der Klassen und Klassenkämpfe aufzuzeigen und Lehren daraus zu ziehen. Entlang der Darstellung von Bauernkrieg, bürgerlicher Revolution, Pariser Kommune, Oktoberrevolution, Faschismus und einem Streifen der heutigen Entwicklung wird die Erkenntnis über die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der Revolution durch die Arbeiterklasse und das Volk vermittelt. Dabei gelang und gelingt es ihnen (in einer begeisternden Aufführung in Hofheim) eine streckenweise optimale Synthese von Text und Musik zu erreichen und dabei auch in der Musik an die jeweils traditionellen Elemente entsprechender Zeitabschnitte anzuknüpfen und sie mit Chanson-, Lied und Rockphasen, ja zum rechten Zeitpunkt auch mit Choralähnlichem, zu verbinden. Ihre Aussagen über die Erfahrungen der Pariser Kommune, der Praxis der Diktatur des Proletariats wie auch die Begründung für die Notwendigkeit der Partei der Arbeiterklasse sind programmatisch und dabei kommt nie eine inhaltliche und sprachliche Plattitüde auf, sondern bleibt immer ein äußerst feines Gespür für die Dialektik, gibt es keinen rohen „proletarischen Kult“ oder wehmütige Melancholie und Selbstmitleid. Das Ansprechen von Gefühlen und die Vermittlung von Erkenntnissen bilden eine Einheit. Die Wirkung auf die Zuschauer bleibt nicht aus, gerade in diesen Teilen des Werkes. Demgegenüber ist der Teil, der sich auf die heutige aktuelle Lage erstreckt, etwas farblos, formelhaft. Hier drückt sich auch eine Schwäche in der Analyse der Lage aus, die noch nicht überwunden ist.

„Verdrängte Jahre“ nun ist ein Stück über die Zwischenkriegszeit in Österreich von 1918 bis 1938. In der Beilage zur Platte heißt es: „Diese Zeit, mit dem Versagen der Sozialdemokratie und der Machtergreifung des Faschismus, spiegelt sich im Werk Soyfers. Der historische Ablauf war zwar in Österreich etwas anders als in Deutschland, doch standen die gleichen Kapitalinteressen dahinter.“ In der Auseinandersetzung mit dem österreichischen Autor Jura Soyfer (1912 bis 1939, im KZ an Thyphus gestorben), haben die „Schmetterlinge“ auf sein Werk zurückgegriffen, das sich vor allem durch eine weitgehende Auseinandersetzung mit der österreichischen Sozialdemokratie, ihrer Basis, ihrer Führung und ihren Fehlern, ja letztlich ihrem Verrat an der österreichischen Arbeiterklasse auszeichnet. Wichtig sind auch seine Stücke und Szenen, die er in Anlehnung an alte österreichische Tradition des Volkstheaters, nach der faschistischen Machtergreifung 1934 gegen die aufständischen Arbeitermassen, gezwungermaßen in einer Art „Sklavensprache“ schrieb und doch so enthüllend sind. Und so hat das gesamte Stück der „Schmetterlinge“, diese Texte und Szenen, teilweise theatermäßig aufgebaut und mit Sketch- und Kabarettähnlichem, die Literatur Soyfers als Basis. In denen Mittelpunkt – und damit auch in dem Stück – steht die Frage: Wie konnte es zur faschistischen Machtergreifung kommen, wie konnte eine starke und erfahrene Arbeiterbewegung so geschlagen werden? Dabei dringt er ein in die inneren Zustände der Sozialdemokratie. Ein Bild von einer vom Reformismus gekennzeichneten Partei wird offeriert, die nicht mehr die Befreiung der Arbeiterklasse durch den Sturz des bürgerlichen Staates anstrebt, sondern die parlamentarische Mehrheit und die Macht *im* bürgerlichen Staat. Er schildert auch die Ansätze von Einheitsfrontpolitik zwischen der sozialdemokratischen und kommunistischen Basis in den praktischen Auseinandersetzungen, die aber auch in Österreich (wo die KP weitaus schwächer war als in Deutschland) tatsächlich nicht entfaltet wurde.

Und all dies ist verdeutlicht in einzelnen Abschnitten des Stückes, in denen es durch die Zusammenstellung und Komprimierung durch die „Schmetterlinge“ gelungen ist, nicht nur symptomatisch Personen – wie den sozialdemokratischen Lokomotivführer und Betriebsratsvorsitzenden / Gewerkschafter Dworak, der anerkannt von seinen Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft, letztlich doch nicht den Kampf gegen die verräterischen Elemente in der Führung der Partei aufnimmt, sondern sich zurückzieht – vorzustellen, sondern entlang verschiedener Schlüsselszenen die Erfahrungen eindringlich zu machen und damit auch wichtige Erkenntnisse für den heutigen Klassenkampf verbreiten. Da ist z.B. die besonders gelungene Szene in der Auseinandersetzung zwischen jungen Sozialdemokraten und Kommunisten über die Einschätzung Deutschlands nach 1933, in der die Kommunisten mit der Einschätzung des Faschismus zwar recht haben, aber schon durch die „Sozialfaschismusthese“ in ihrer Wirkung auf die jungen Sozialdemokraten behindert sind und sich nicht ideologisch durchsetzen können. Und bestechend wirken auch die Teile, in denen auf der Grundlage Soyfers Texte, mit ihrer Parodie und dem Sarkasmus, der betonten Andeutung, Überspitzung und verschlüsselter Wortspiel die Lage unter dem Faschismus gezeichnet wird, der Verkommenheit der Bourgeoisie Ausdruck verschafft wird. Vielleicht ist in manchen Szenen die Gewichtung der Kleinbürger zu groß, aber die Kennzeichnung ihrer Gedankenwelt, ihrer Ängste und ihrer Anfälligkeit gegenüber reaktionärer Propaganda ist doch präzis.

Es ist bezeichnend, daß es diesem Autor selbst unter KZ-Bedingungen gelang, ein Lied wie das „Dachaulied“ zu schreiben, was so vom Willen zum Kampf und Sieg gekennzeichnet ist und gleichzeitig in so scharfsinniger Weise die Nazi-Parole „Arbeit macht frei“ in einen revolutionären Aufruf verwandelt. Und auf dieser Basis ist der Vortrag des „Dachauliedes“ durch die „Schmetterlinge“ von einer Intensität und Ausstrahlung, wie man es wohl selten gehört hat.

Die „Schmetterlinge“ sind in diesem Stück weitgehend auf Elemente der Rockmusik zurückgekommen, setzen hier im Gegensatz zur „Proletenpassion“ auch Schlagzeug ein und bedienen sich elektronischer Elemente. Ihre Fähigkeit zu kabarettistischer Einlage und theaterähnlichem Spiel haben sie noch gesteigert. An dem klaren und jederzeit verständlichem Gesang, sehr oft wieder fünfstimmig, haben sie festgehalten. Leider kannn man die ganze Collage nur Live erleben, da auf ihrer Platte nur die Rockstücke und Lieder enthalten sind. Durch das beiliegende Textheft werden aber die Lieder – auch für sich genommen sind sie sehr gut – erläutert, wird der historische Zusammenhang erschlossen, wie auch der Darstellung der Person Jura Soyfers und seines Werkes in kurzer Form Rechnung getragen wird. (Eine ausführliche Darstellung des Werkes wollen wir in einer der nächsten KVZ vornehmen.)

Über das Selbstverständnis, die politische Entwicklung und die Anschauungen der Genossen von den „Schmetterlingen“ sind wir hier nicht weiter eingegangen. Wir wollen dies in der nächsten Ausgabe der KVZ nachholen, entlang eines Interviews, das wir mit ihnen am 6.5. in Hofheim machen konnten.

„Verdrängte Jahre“

Über die „Schmetterlinge“ und ihre neueste Collage über die Zwischenkriegszeit in Österreich

Plattenhinweise: „Proletenpassion“ (3 LPs), „Herbstreise – Lieder zur Lage“ (erschienen bei Ariola) und „Verdrängte Jahre“ (zu beziehen über: Eigelstein Musikproduktion, Hansaring 80, 5000 Köln 1). Ansonsten Adresse: „Schmetterlinge“, Schurli Herrnstadt, Schopenhauerstraße 19/16, A-1180 Wien, Österreich.

Streik der Medizinstudenten in Kiel erfolgreich durchgeführt

sws. Die Kieler Medizinstudenten haben ihren durch Urabstimmung beschlossenen Streik für u.a. die Wiedereinführung der 18%-Gleitklausel erfolgreich durchgeführt. Fast alle Lehrveranstaltungen fielen aus. Vor jeder Vorlesung, vor jedem Kurs standen Trauben von Studenten, um unentschlossene Kommilitonen für den Streik zu gewinnen. Wer wollte, konnte rein, aber meistens wollte keiner. Jeden Tag erschien eine Streikzeitung, die über den Verlauf des Boykotts, über Verhandlungen mit Regierungsvertretern etc. berichtete, Lieder veröffentlichte. Die Zeitung war ein wesentliches Mittel zur Vereinheitlichung der Streikenden. Die Streikfront und die Solidarität wuchsen von Tag zu Tag. Studenten, die montags noch in die Kurse wollten, sah man mittwochs als Streikposten andere überzeugen. Die Reaktion der Professoren war unterschiedlich. Während die in der Klinik mehr oder weniger offen ihre Sympathie für den Streik zeigten, erklärten Professoren in der Vorklinik sich zwar solidarisch mit den Zielen des Streiks, aber nicht mit den Mitteln. Zudem wurde die ganze Woche Druck vom Präsidium, angeführt durch Vizepräsident Kaltefleiter, auf Lehrpersonal und Studenten ausgeübt.

Kaltefleiters Palette, um den Streik zu zersetzen, reichte von Lobhudeleien über diese „fleißige und vernünftige" Medizinergeneration, die doch auch andere Mittel hätte als Boykott, bis zur offenen Androhung des Ordnungsrechts. Seine letzte Stellungnahme vom Freitag ging sogar so weit, daß er den Professoren verbieten wollte, für die ausgefallenen Kurse Nachholtermine anzubieten, und daß er sich dafür einsetzen wolle, daß allen Streikenden für die Dauer einer Woche das BAFöG gestrichen werde. Während der gesamten Woche erschien er, teils auch Präsident Griesser und Kanzler Neumann, um Leute in die Vorlesungen zu schleusen. Dies gelang ihm nur am ersten Tag. Danach machte er sich nur noch lächerlich, wenn er wie ein Pfau durch die Menge schritt und nach „Lernwilligen" rief, die nicht kamen.

Auch die Forderungen der Studenten zur Medizinerausbildung wurden in der Streikwoche auf vielen Veranstaltungen und Diskussionsrunden weiterentwickelt. War der auslösende Faktor für den Streik die Willkür des Mainzer IMPP (Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen), die zu der Durchfallquote von 56% im Märzphysikum führte, so wurde während des Boykotts die Kritik viel weitergehender geführt: rückwirkende Wiedereinführung der 18%-Gleitklausel, die Hauptforderung des Streiks, sei nur eine 1.-Hilfe-Maßnahme. In den Diskussionen wurde klar, daß ärztliches Wissen unmöglich in multiple-choice-Fragen abgeprüft werden kann, daß ein ganz neues Prüfungssystem eingeführt werden muß, das die Ausbildung zu einem kompetenten Arzt gewährleistet, was im Interesse der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung liegt. Das IMPP, dessen Funktion vor allem Selektion im Auftrage von Kostendämpfern der Bundesregierung und von Ärzteverbänden ist, kann gar nicht reformiert werden: es gehört abgeschafft.

Diese Forderung, von Studenten und Professoren auf einer Podiumsveranstaltung begeistert aufgenommen, wurde von den anwesenden Politikern noch skeptisch angesehen. Ein Vertreter des Sozialministeriums redete von notwendigen Kontrolle des IMPP, vielleicht durch das Ehrenbergministerium. Alle diese Überlegungen gehen nur in die Richtung verstärkter staatlicher Kontrolle über die Medizinerausbildung. Studentenvertreter und teilweise auch der Dekan der medizinischen Fakultät, Prof. Soyka, machten auf der Podiumsdiskussion klar, daß die Gestaltung der Medizinerausbildung entscheidend von Studenten, Professoren und Gewerkschaften entschieden werden müßten und nicht von Regierungsvertretern nach dem Gesichtspunkt der Kostendämpfung. Prof. Soyka griff in diesem Zusammenhang an, daß eine wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung der Ausbildung, insbesondere in der Klinik, eine Ausweitung der Stellen für das Lehrpersonal sei. Hier hätte sich die Situation von Jahr zu Jahr verschlechtert. Aufgrund der „Spar"-Politik des Bundes und der Länder habe er z.B. von 350 beantragten Stellen für das Klinikum nur 6 bewilligt erhalten.

Die angefangene Diskussion soll in den kommenden Wochen fortgesetzt werden. Mit Präsidium und Sozialministerium wird verhandelt, daß den Studenten keine Nachteile aus dem Streik erwachsen dürfen. Am Mittwoch entscheidet das Bundesgesundheitsministerium mit den Ländern über die Forderungen des Streiks.

Eine Änderung der Haftbedingungen im Lübecker Hochsicherheitstrakt ist nicht beabsichtigt

beb. Als Reaktion auf den Kampf der politischen Gefangenen der RAF für die Verbesserung der Haftbedingungen hat der schleswig-holsteinische Justizminister Clausen die norddeutsche Presse (allerdings nur die bürgerliche) zu einer Besichtigung des 1979 endgültig fertiggestellten Hochsicherheitstrakts in die Justizvollzugsanstalt Lübeck Lauerhof eingeladen. Dort sind zur Zeit Inga Hochstein, Christiane Kuby, Irmgard Möller und Annerose Reiche inhaftiert. Das Ergebnis der vom Minister persönlich geleiteten Führung war am Dienstag, dem 28.April, in großaufgemachten Berichten der Tagespresse zu lesen.

Glaubt man dem Minister bzw. seinen Hofberichterstattern, so ist der Begriff „Isolationshaft" in der Tat eine Legende. Denn nach Clausen „haben die in Lübeck einsitzenden Terroristen die gleichen Rechte wie alle übrigen Gefangenen.... Wie alle anderen Gefangenen stehen auch bei den Terroristinnen die Zellentüren von 7.30 bis 18 Uhr offen. Je nach Fernsehprogramm können die Frauen auch bis 23 Uhr zusammenbleiben. Spaziergänge im Hof mit Grünanlage sind ebenfalls erlaubt. Der Alltag unterscheidet sich von dem der ‚normalen Strafgefangenen' lediglich dadurch, daß sie auf Urlaub, Freiund Ausgang verzichten müssen."(KN)

„Der Trakt-Komplex besteht aus 2 Trakts, dem Altbau und dem später gebauten Flachbau. Der Traktbereich ist vom anschließenden Verwaltungsbau durch eine Stahltür mit undurchsichtigen Milchglasscheiben abgeriegelt. Vor der Stahltür, also noch außerhalb des Trakts, ist der Eingang zur Trennscheibenzelle für Anwälte und alle anderen Besucher. Der Besucher kriegt im Gegensatz zu 78 vom Trakt nichts mehr mit. Früher war Besuch in einer Zelle im Trakt selbst. In den Trakt kommt keiner rein, wir nicht raus. Die Trennscheibe besteht aus einer dreifachen Thermopenglasscheibe, die in einem breiten Metallrahmen eingelassen, der rechts und links perforiert ist. Jeder unmittelbare Kontakt mit unseren Angehörigen und Freunden ist dadurch ausgeschaltet, ob das Umarmen, Sehen und Hören ist. Man sitzt sich gegenüber wie am Monitor. Früher kamen wir einmal pro Woche raus aus dem Trakt, zum Baden, 30 Minuten. Das ist jetzt abgestellt, d.h. der Traktkomplex ist absolut dicht. Die Organisation wird so abgewickelt, daß niemand außer uns und den Bullen in den Trakt kommt. Z.B. machen die Bullen die Putzarbeiten selbst, die sonst von Gefangenen gemacht werden. Die Kontrolle über die Gefangenen dadrin ist lückenlos. Im Flur des alten Trakts ist eine neue Kamera, im toten Trakt ist die Kamera in einem Kasten in Hüfthöhe verdeckt montiert. Im Hof, den niemand außer uns betritt, sind 7 Kameras verteilt, die den ganzen Bereich erfassen. An der Außenwand des toten Trakts ist oberhalb der Fenster ein neuer Doppellautsprecher, wie man ihn von Bullenwagen kennt. Er sichert die Verständigung zwischen Zentrale und Bullen, gibt das Kommando für das Ende des Hofgangs und nimmt wahrscheinlich auf, was wir am Fenster reden. Jede Äußerung von uns wird elektronisch signalisiert. Die Zellen entsprechen den Sicherheitsrichtlinien, die nach dem Stammheimer Untersuchungsausschuß festgelegt wurden: 3 weiße Betonwände, 1 pastellfarbene Wand, graue Stahltür, Betonfußboden mit Spezialanstrich (PVC-gespritzt), keine Fußleisten, neues Waschbecken und Klo, jeweils in einem Stück gegossen. Bis auf einen vorstehenden Nagel, an dem der Spiegel hängt, sind die Wände glatt. Übern Bett ist ein blaues Kontrollicht für nachts, wie 'n Auge. Das ist auch der Grund für das Verbot, das Bett zu rücken. An der Zellendecke 1 Neonröhre. Um Trakt und Hof ist eine etwa 5 Meter hohe Mauer, die bis oben weiß gekalkt ist. Obendrauf Natodraht und Scheinwerfer... Im Trakt, und das ist das wesentliche, wogegen wir hier kämpfen, gibt es keine Bewegung, z.B. sehen wir aus den Fenstern auf ne weißgekalkte Mauer in ner Umgebung, die sich nicht verändert, in der also nie andere Gefangene Hofgang machen, sich bewegen reden usw. Man kann die Monotonie in dem sozialen und sensorischen Vakuum, das jede Spontaneität unterdrückt, nicht beschreiben, nur feststellen und aufzählen, was nicht ist.'

Gezielt wird hier umgangen, was die Isolationshaft tatsächlich ausmacht. Um ein Bild davon zu geben, zitieren wir im folgenden aus einem Bericht über den Hochsicherheitstrakt in Lauerhof, den die Frauen nach ihrer Einlieferung im August 1979 verfaßt haben:

Der totale Wegschluß von der Außenwelt ebenso wie von den anderen Gefangenen, verbunden mit der ständigen Überwachung jedes Schritts und jeder Äußerung durch Mikrofone, Kameras, Türspione und Wachmannschaften, die tödliche Sterilität der Betonzellen mit ihren Sicherheitsmöbeln aus Stahlblech, dazu die ständigen Totalrevisionen der Zelle mit vollständiger Entkleidung, dem mit Absicht völlig unregelmäßig gehandhabten Umschluß, Hofgang etc., damit sich die Gefangenen nie auf irgendetwas einstellen und selbst etwas im voraus planen können, damit soll entweder ihre Persönlichkeit gebrochen oder schleichend vernichtet werden.

Hieraus resultiert die Forderung nach Zusammenlegung zu interaktionsfähigen Gruppen, für die der Hungerstreik durchgeführt wurde. Zynisch läßt Clausen verbreiten, die Frauen würden sich selbst innerhalb der Anstalt von anderen Häftlingen „abkapseln" (KN) und „Versuche, die Terroristinnen mit anderen Häftlingen zusammenzulegen, sind längst aufgegeben worden. Mit der Angst vor Bespitzelung begründen die Frauen ihre selbstgewählte Isolation" (KN). Tatsache ist, daß die Forderung nach Zusammenlegung innerhalb der Trakts erst entstanden ist, nachdem die Gefangenen der RAF beim Kampf um die früher von ihnen erhobene Forderung nach Integration in den Normalvollzug haben die Erfahrung machen müssen, daß die Behörden unter dem Deckmantel der Eingliederung in Wirklichkeit immer versucht haben, die Einzelisolation der RAF-Gefangenen aufrechtzuerhalten: dadurch, daß die verschärften Kontrollen, Totalrevisionen der Zelle etc. aufrechterhalten wurden, daß versucht wurde, Widersprüche zwischen den RAF-Gefangenen und den anderen Häftlingen zu schüren, z.B. durch besseres Essen für die RAF-Gefangenen wie in Lübeck, daß Mitgefangene, die Kontakt zu RAF-Gefangenen aufnahmen, unter Druck gesetzt wurden, daß sie etwas für den Staatsschutz Wissenswertes rausbekommen würden oder daß auch gleich Polizeispitzel mit in die Zellen gesetzt wurden usw.

In dieser Situation ist die Forderung der RAF-Gefangenen nach Zusammenlegung keine Forderung nach einem Privileg, sondern nach minimalen Bedingungen zur Aufrechterhaltung der Existenz der Gefangenen. Wenn Clausen jetzt verbreiten läßt, daß ein RAF-Gefangener den Steuerzahler täglich 1000 DM kostet (im Gegensatz zu 100 DM für einen anderen Gefangenen) und die Einrichtung einer eigenen Intensivstation im Trakt für die Durchführung der Zwangsernährung 1,1 Millionen DM, so ist ihm zu entgegnen, daß dafür nicht die RAF-Gefangenen verantwortlich sind, sondern diese Regierung, die Millionen für die Vernichtung ihrer politischen Gegner ausgibt, statt einer gerechtfertigten Forderung nachzugeben.

Eine Änderung der Haftbedingungen im Lübecker Hochsicherheitstrakt ist nicht beabsichtigt

beb. Als Reaktion auf den Kampf der politischen Gefangenen der RAF für die Verbesserung der Haftbedingungen hat der schleswig-holsteinische Justizminister Clausen die norddeutsche Presse (allerdings nur die bürgerliche) zu einer Besichtigung des 1979 endgültig fertiggestellten Hochsicherheitstrakts in die Justizvollzugsanstalt Lübeck Lauerhof eingeladen. Dort sind zur Zeit Inga Hochstein, Christiane Kuby, Irmgard Möller und Annerose Reiche inhaftiert. Das Ergebnis der vom Minister persönlich geleiteten Führung war am Dienstag, dem 28.April, in großaufgemachten Berichten der Tagespresse zu lesen.

Glaubt man dem Minister bzw. seinen Hofberichterstattern, so ist der Begriff „Isolationshaft" in der Tat eine Legende. Denn nach Clausen „haben die in Lübeck einsitzenden Terroristen die gleichen Rechte wie alle übrigen Gefangenen.... Wie alle anderen Gefangenen stehen auch bei den Terroristinnen die Zellentüren von 7.30 bis 18 Uhr offen. Je nach Fernsehprogramm können die Frauen auch bis 23 Uhr zusammenbleiben. Spaziergänge im Hof mit Grünanlage sind ebenfalls erlaubt. Der Alltag unterscheidet sich von dem der ‚normalen Strafgefangenen' lediglich dadurch, daß sie auf Urlaub, Freiund Ausgang verzichten müssen."(KN)

„Der Trakt-Komplex besteht aus 2 Trakts, dem Altbau und dem später gebauten Flachbau. Der Traktbereich ist vom anschließenden Verwaltungsbau durch eine Stahltür mit undurchsichtigen Milchglasscheiben abgeriegelt. Vor der Stahltür, also noch außerhalb des Trakts, ist der Eingang zur Trennscheibenzelle für Anwälte und alle anderen Besucher. Der Besucher kriegt im Gegensatz zu 78 vom Trakt nichts mehr mit. Früher war Besuch in einer Zelle im Trakt selbst. In den Trakt kommt keiner rein, wir nicht raus. Die Trennscheibe besteht aus einer dreifachen Thermopenglasscheibe, die in einem breiten Metallrahmen eingelassen, der rechts und links perforiert ist. Jeder unmittelbare Kontakt mit unseren Angehörigen und Freunden ist dadurch ausgeschaltet, ob das Umarmen, Sehen und Hören ist. Man sitzt sich gegenüber wie am Monitor. Früher kamen wir einmal pro Woche raus aus dem Trakt, zum Baden, 30 Minuten. Das ist jetzt abgestellt, d.h. der Traktkomplex ist absolut dicht. Die Organisation wird so abgewickelt, daß niemand außer uns und den Bullen in den Trakt kommt. Z.B. machen die Bullen die Putzarbeiten selbst, die sonst von Gefangenen gemacht werden. Die Kontrolle über die Gefangenen dadrin ist lückenlos. Im Flur des alten Trakts ist eine neue Kamera, im toten Trakt ist die Kamera in einem Kasten in Hüfthöhe verdeckt montiert. Im Hof, den niemand außer uns betritt, sind 7 Kameras verteilt, die den ganzen Bereich erfassen. An der Außenwand des toten Trakts ist oberhalb der Fenster ein neuer Doppellautsprecher, wie man ihn von Bullenwagen kennt. Er sichert die Verständigung zwischen Zentrale und Bullen, gibt das Kommando für das Ende des Hofgangs und nimmt wahrscheinlich auf, was wir am Fenster reden. Jede Äußerung von uns wird elektronisch signalisiert. Die Zellen entsprechen den Sicherheitsrichtlinien, die nach dem Stammheimer Untersuchungsausschuß festgelegt wurden: 3 weiße Betonwände, 1 pastellfarbene Wand, graue Stahltür, Betonfußboden mit Spezialanstrich (PVC-gespritzt), keine Fußleisten, neues Waschbecken und Klo, jeweils in einem Stück gegossen. Bis auf einen vorstehenden Nagel, an dem der Spiegel hängt, sind die Wände glatt. Übern Bett ist ein blaues Kontrollicht für nachts, wie 'n Auge. Das ist auch der Grund für das Verbot, das Bett zu rücken. An der Zellendecke 1 Neonröhre. Um Trakt und Hof ist eine etwa 5 Meter hohe Mauer, die bis oben weiß gekalkt ist. Obendrauf Natodraht und Scheinwerfer... Im Trakt, und das ist das wesentliche, wogegen wir hier kämpfen, gibt es keine Bewegung, z.B. sehen wir aus den Fenstern auf ne weißgekalkte Mauer in ner Umgebung, die sich nicht verändert, in der also nie andere Gefangene Hofgang machen, sich bewegen reden usw. Man kann die Monotonie in dem sozialen und sensorischen Vakuum, das jede Spontaneität unterdrückt, nicht beschreiben, nur feststellen und aufzählen, was nicht ist.'

Gezielt wird hier umgangen, was die Isolationshaft tatsächlich ausmacht. Um ein Bild davon zu geben, zitieren wir im folgenden aus einem Bericht über den Hochsicherheitstrakt in Lauerhof, den die Frauen nach ihrer Einlieferung im August 1979 verfaßt haben:

Der totale Wegschluß von der Außenwelt ebenso wie von den anderen Gefangenen, verbunden mit der ständigen Überwachung jedes Schritts und jeder Äußerung durch Mikrofone, Kameras, Türspione und Wachmannschaften, die tödliche Sterilität der Betonzellen mit ihren Sicherheitsmöbeln aus Stahlblech, dazu die ständigen Totalrevisionen der Zelle mit vollständiger Entkleidung, dem mit Absicht völlig unregelmäßig gehandhabten Umschluß, Hofgang etc., damit sich die Gefangenen nie auf irgendetwas einstellen und selbst etwas im voraus planen können, damit soll entweder ihre Persönlichkeit gebrochen oder schleichend vernichtet werden.

Hieraus resultiert die Forderung nach Zusammenlegung zu interaktionsfähigen Gruppen, für die der Hungerstreik durchgeführt wurde. Zynisch läßt Clausen verbreiten, die Frauen würden sich selbst innerhalb der Anstalt von anderen Häftlingen „abkapseln" (KN) und „Versuche, die Terroristinnen mit anderen Häftlingen zusammenzulegen, sind längst aufgegeben worden. Mit der Angst vor Bespitzelung begründen die Frauen ihre selbstgewählte Isolation" (KN). Tatsache ist, daß die Forderung nach Zusammenlegung innerhalb der Trakts erst entstanden ist, nachdem die Gefangenen der RAF beim Kampf um die früher von ihnen erhobene Forderung nach Integration in den Normalvollzug haben die Erfahrung machen müssen, daß die Behörden unter dem Deckmantel der Eingliederung in Wirklichkeit immer versucht haben, die Einzelisolation der RAF-Gefangenen aufrechtzuerhalten: dadurch, daß die verschärften Kontrollen, Totalrevisionen der Zelle etc. aufrechterhalten wurden, daß versucht wurde, Widersprüche zwischen den RAF-Gefangenen und den anderen Häftlingen zu schüren, z.B. durch besseres Essen für die RAF-Gefangenen wie in Lübeck, daß Mitgefangene, die Kontakt zu RAF-Gefangenen aufnahmen, unter Druck gesetzt wurden, daß sie etwas für den Staatsschutz Wissenswertes rausbekommen würden oder daß auch gleich Polizeispitzel mit in die Zellen gesetzt wurden usw.

In dieser Situation ist die Forderung der RAF-Gefangenen nach Zusammenlegung keine Forderung nach einem Privileg, sondern nach minimalen Bedingungen zur Aufrechterhaltung der Existenz der Gefangenen. Wenn Clausen jetzt verbreiten läßt, daß ein RAF-Gefangener den Steuerzahler täglich 1000 DM kostet (im Gegensatz zu 100 DM für einen anderen Gefangenen) und die Einrichtung einer eigenen Intensivstation im Trakt für die Durchführung der Zwangsernährung 1,1 Millionen DM, so ist ihm zu entgegnen, daß dafür nicht die RAF-Gefangenen verantwortlich sind, sondern diese Regierung, die Millionen für die Vernichtung ihrer politischen Gegner ausgibt, statt einer gerechtfertigten Forderung nachzugeben.

„Weltanschauliche Offenheit ist nicht blauäugig..."

Veranstaltung mit Vertretern der NZS an der Universität

gej. Zwei Vertreter des neuen polnischen Studentenverbandes (NZS) waren auf Einladung des AStA am letzten Donnerstag zu einer Diskussionsveranstaltung gekommen, die von etwa 200 Leuten besucht war.

Zur Arbeit des NZS

„Die polnischen Studenten haben auf den NZS lange gewartet", so begann der Referent seine Ausführungen. Der alte Studentenverband (SZSP) konnte nicht die Interessen der Studenten wahrnehmen. Durch Funktionäre straff geführt, konnte er keine Initiativen der Basis fördern und Frustration machte sich breit. Die wirtschaftliche Krise 1976 und die blutige Niederschlagung der Arbeiterrevolten von Radom und Ursus führten dazu, daß viele Studenten in Schwierigkeiten geratenen Familien halfen. Im Mai 1977, als der Sicherheitsdienst einen Studenten in Krakau ermordet hatte, kam es zur Gründung der SKS (Studentischen Solidaritätskomitees), die Aktionen starteten, um verbotene Literatur allen zugänglich zu machen und eine Diskussion um das polnische Wirtschaftssystem forderten. Der Streik der Werftarbeiter in Danzig im August 1980 bringt auch eine radikale Veränderung in der Studentenschaft. Es bilden sich Gründungskomitees für eine neue Studentengewerkschaft, überall finden Veranstaltungen und Diskussionen statt. „Die Ereignisse ermöglichten grundlegende Veränderungen von unten nach oben", führte der NZS-Vertreter aus.

Gegen Verknöcherung...

In den Strukturen des neuen Studentenverbandes sind demokratische Regelungen im Statut des NZS festgehalten, das im April 1981 auf einem landesweiten Kongreß verabschiedet wurde. Als wichtigste Festlegungen wurden genannt: Die Leitungen aller Ebenen werden gewählt, die Amtszeit aller Leitungen dauert ein Jahr, ein und dieselbe Funktion innerhalb der Leitung kann nicht länger als zwei Amtsperioden ausgeübt werden. Wichtigste programmatische Zielsetzungen des NZS sind:

– Vertiefung der Demokratie sowie Realisierung bürgerlicher Freiheiten;
– Sicherstellung der Durchschaubarkeit der Strukturen;
– Schutz der materiellen, gesellschaftlichen und kulturellen Interessen;
– Entwicklung der Selbstverwaltung und Autonomie der Hochschulen;
– Selbständigkeit bei der Festlegung des Lehrprogramms;
– Wählbarkeit aller Gremien;
– Änderung der Stipendienvergabe, bessere Wohnungen;
– Aufhebung des einjährigen Militärdienstes nach dem Studium.

...und für den Aufbau studentischer Selbstverwaltung

Dieser Aufbau geschieht in enger Zusammenarbeit mit der Solidarnosc. In der Diskussion machten die NZS-Vertreter klar, wie diese Zusammenarbeit aussieht: Studenten organisieren mit Wissenschaftlern und Arbeitern gemeinsam Lehrveranstaltungen, wie auch Studenten den Arbeitern bei der Erstellung von Informationsmaterialien helfen. Scharfe Kritik übten sie an den Funktionären der PVAP: Ein Großteil nenne sich Kommunisten und habe vom Marxismus keine Ahnung. Marxistische Literatur, die sich kritisch mit den Klassikern auseinandersetzt, sei schwer zu bekommen, wie überhaupt der Marxismus in Bezug auf die Partei eine tote Bewegung sei. Kritteleien des MSB Spartakus, die Verbindungen der Solidarnosc mit Reagan, Vertriebenenverbänden und anderen reaktionären Kreisen weismachen wollten, wurden als z.T. verfälschte Darstellung westlicher Medien und engstirnige Betrachtungsweisen der MSB-Vertreter zurückgewiesen. Den Vorwurf der Blauäugigkeit bei der Auseinandersetzung mit anderen Wirtschaftssystemen konterten die NZS-Vertreter: „Weltanschauliche Offenheit ist nicht blauäugig."

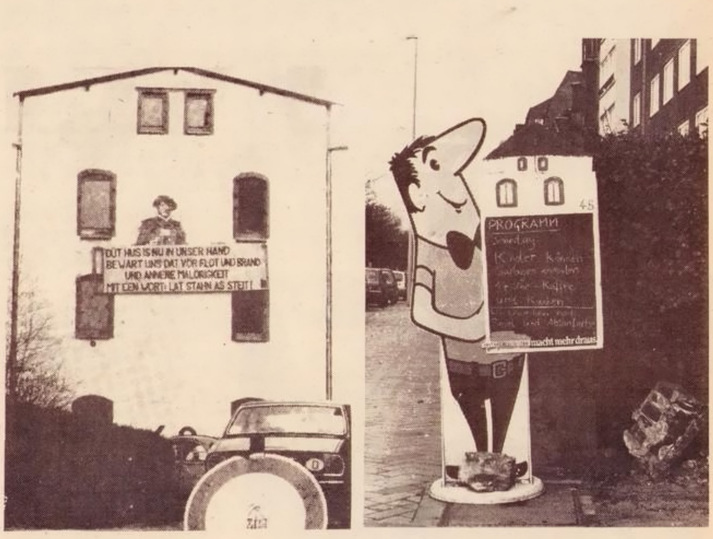
Hansastraße 48 bleibt besetzt

Ein Kommunikationszentrum soll entstehen

dir. Während die Häuser im Sanierungsgebiet Sophienblatt schon weitgehend im Besitz der Stadt Kiel sind, so auch die beiden besetzten und von den Bewohnern hergerichteten am Sophienblatt, befindet sich das Gebäude in der Hansastr. 48 seit einigen Monaten im Besitz der Wankendorfer Wohnungsbaugesellschaft, die dort einen Wohnblock mit Kleinstwohnungen für maximal 40 Personen errichten will, wenn die Wohn- und Fabrikgebäude dort erst einmal abgerissen sind. Demgegenüber fordern die jetzigen Bewohner und Instandbesetzer den Erhalt des Gebäudes zwecks Nutzung als Kommunikationszentrum. Die Bewohner sind dabei auch auf weitgehende Zustimmung gestoßen, so besuchte unlängst der Kieler SPD-Bundestagsabgeordnete N. Gansel die Instandbesetzer und überzeugte sich von dem guten Zustand der Grundgemäuer und vom Ausbauzustand, der seit der Besetzung erreicht wurde.

Als offizieller Gesprächspartner für die Verhandlungen mit Eigentümer und der Stadt Kiel wurde ein Verein Hansastr. 48 gegründet, der die Zielsetzung verfolgt, das Gelände so zu belassen und die Gebäude als Kommunikationszentrum auszubauen und zu nutzen. Die Stadt wird aufgefordert, diese Zielsetzung durch Aufkauf des Gebäudes und Vermietung an den Verein zu unterstützen. Erste Gespräche mit Ratsherren der SPD-Fraktion haben schon stattgefunden. Auch die Wankendorfer Wohnungsbaugesellschaft signalisierte, daß sie evtl. zu einem Verkauf bereit wäre.

In den letzten Wochen gab es genügend Gelegenheit, die Richtigkeit der Forderungen der jetzigen Bewohner festzustellen. So strömen allabendlich schon viele Leute auf das Gelände, sei es um nur 'mal ein Bier dort zu trinken oder um an einer Fete teilzunehmen, die teilweise mit Bands veranstaltet wurden, sei es um dort sein Fahrzeug zu reparieren oder Globetrotter-Dia-Berichte zu verfolgen. Die Räumlichkeiten werden ähnlich wie im Sophienhof zunehmend von verschiedenen Arbeitsgruppen oder Komitees als Treffpunkt genutzt, nicht zuletzt, weil die Pumpe zu weit bzw. schon ausgebucht war. Es lohnt sich, 'mal hereinzuschauen – es bestehen bisher drei Ateliers für künstlerische Betätigung, eine Auto-, Motorrad- und Fahrradwerkstatt, ein Übungsraum für Musikgruppen, ein Kinderladen, ein Cafe sowie Räumlichkeiten für die Musikveranstaltungen, Vorträge, Kinoveranstaltungen. In der Planung befinden sich eine Tischlerei, ein Fotolabor, evtl. ließe sich auch ein Jazzkeller einrichten. Ein fester Cafetermin ist jeweils der Freitagnachmittag, am Wochenende finden häufig Musikveranstaltungen statt. Daß diese Aktivitäten möglich waren, ist dem zielstrebigen Ausbau der Bewohner zu verdanken, die den Ausbau auch fortführen und für jede Unterstützung, sei es mit Farbe o. dgl., sei es mit Anregungen zum Ausbau, sei es durch tatkräftige Mithilfe, dankbar sind. Die SPD-Kreismitgliederversammlung hat durch den Beschluß, die Sanierungspläne am Sophienblatt zu überprüfen, und zwar gegen den Widerstand maßgeblicher Ratsherren, ein Stillhalten signalisiert, es wird von der bis dahin erreichten Überzeugungskraft abhängen, ob Projekte wie der Sophienhof und die Hansastr. erhalten und ausgebaut werden können. Die Hansastr. ist jetzt schon von derzeit 35 Personen bewohnt, der Kreis der Nutznießer von den Kindergruppen bis zu den Fetenbesuchern und Künstlern ist erheblich größer. Im Falle des Abrisses werden zwar vielleicht vierzig Bewohner für teure Miete wohnen, ein vergleichbares *Leben* dürfte dort aller Erfahrung nach nicht mehr so möglich sein.



IG Metall-Sekretär immer noch in Haft!

Laßt Hermann frei!

edd. Noch während der laufenden Metalltarifrunde schallte es aus den Lautsprechern der Radios; BILD, Morgenpost und andere bürgerliche Lumpenjournalisten überschlugen sich fast vor Aufregung: ,,Hermann Gaßmann, Sekretär der IG METALL für Bildungsfragen, wegen Ostspionage verhaftet." Glaubte man nun endlich was gefunden zu haben, um die IG METALL zu treffen, sollte der Rufmord an dem Kollegen Gaßmann gleich perfekt inszeniert werden. ,,Gaßmann wollte sich nach Ostberlin absetzen", da er ,,politische Spionage in der IGM für Ostberlin gemacht habe". Erschwerend kommt noch hinzu, daß er in einem roten Backsteinhaus wohnt, seine Tochter irgendwann mal mit einem DKPler liiert war. Das sollte zur Verhaftung reichen. Er wurde nach einigen Tagen dann unter die Fittiche der Bundesstaatsanwaltschaft gestellt, nach Bonn deportiert und sitzt zur Zeit isoliert in Einzelhaft, d.h. kein Kontakt zu den Mitgefangenen, Tag und Nacht kein Licht in der Zelle, Besuch nur im Beisein von BKA-Beamten.

In dem Zusammenhang dieses Falles tauchen verschiedene Fragen auf, die man sich dabei stellen muß. Die erste ist die Frage nach der Stellung zu Spionen anderer Staaten durch die Arbeiterbewegung und durch die Revolutionäre. M.E. muß man dies unter dem Gesichtspunkt der Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten sehen, wenn z.B. die SU durch den KGB und die USA durch den CIA die Welt mit ihrem Spionagenetz versehen. Dies muß politisch angegriffen, wenn nötig durch die Organisationen der Arbeiterbewegung organisatorisch ausgeschaltet werden. Dies grundsätzlich, aber wie liegt die Sache hier?

Das erste was auffällt, ist der Vorwurf der angeblichen politischen Spionage. Die IGM ist eine demokratische Organisation der Arbeiterbewegung, deren Beschlüsse und Tätigkeiten für alle Mitglieder öffentlich sind. D.h. es gibt hier keinen Grund ,,extra" Spione auf die Beschlüsse und Tätigkeiten der IGM anzusetzen. Was anderes als glatt erfunden kann der Vorwurf gegen Hermann also sein. Hermann Gaßmann war und ist Sozialdemokrat (was ihm übrigens ausnahmsweise taterschwerend angerechnet wird). Er war einer der Erstunterzeichner des Forums gegen den Atomtod in Hamburg, das breite Risse in der Sozialdemokratie in der Frage der Mittelstreckenraketen manifestierte. In seiner Bildungsarbeit hat er sich auch für eine von den Interessen der Arbeiterjugend ausgehende Bildung sowohl innerhalb der IG METALL als auch im öffentlichen Schulwesen ausgesprochen. So war er einer der ersten, der die Kämpfe der Hamburger Berufsschüler gegen das Kurssystem unterstützte. Zusammen mit Holger Mahler (Betriebsratsvorsitzender der HDW, z.Z. wegen Kandidatur auf der Liste der aktiven Metaller aus der IGM ausgeschlossen) hat er entscheidend bei der Ausarbeitung einer Position der IG METALL Hamburg gegen die flächendeckende Einführung des BGJ mitgewirkt und die Politik des Senats zusammen mit der IGM und DGB Jugend zumindestens verzögert. Hermann Gaßmann war also nicht irgendwer, sondern ein Funktionär der IG METALL, der bestimmte politische Positionen offen vertreten hat.

Die Ortsverwaltung der IG METALL hat noch am Tag der Verhaftung sich dagegen ausgesprochen und erklärt, ,,alles in ihren Kräften stehende zu tun, damit unser Kollege Hermann Gaßmann bald wieder frei bei seiner Familie sein kann und mit uns arbeiten kann". Dies wurde auch in einer Erklärung an alle Funktionsträger der IG METALL und an die Mitglieder der IGM in der Hamburg-Seite der METALL Zeitung veröffentlicht. Das war jedoch alles. Seitdem wird versucht, jegliche praktische Solidarität mit Hermann Gaßmann zu verhindern. Angeblich soll Hermann dazu in einem Schreiben aufgerufen haben, das die von der IGM bezahlten SPD Anwälte ihm mitgebracht haben. Aber was unterschreibt man nicht in einer solchen Situation und ist es überhaupt richtig,den Fall so totzuschweigen? Es gab über den IGM Bildungsausschuß und den Vertrauenskörper von Ortmann und Herbst eine Initiative über eine Anzeige in der Morgenpost eine Gegenöffentlichkeit herzustellen, dem Rufmord entgegenzutreten, den bürgerlichen Rechtsgrundsatz ,,solange einer nicht rechtskräftig verurteilt ist, ist er unschuldig" auch in diesem Fall Anwendung finden zu lassen. Diese Anzeige ist bis heute nicht erschienen, obwohl man von rund 400 Unterschriften gehört hat. Der Druck der Ortsverwaltung ist offenbar ziemlich stark. Auch hier nicht ohne politische Hintergründe. Hermann war ein guter Kenner der Hamburger Werften, vor allem der Entwicklung auf der HDW. Gleichzeitig vertrat er in der SPD offen den Flügel der Gegner des Mittelstreckenbeschlusses. Allein durch die Anschuldigung der Spionage wird er nun politisch mundtot gemacht. Die Frage, wem das nützt, kann sich jeder selbst beantworten.

Hermann Gaßmann muß sofort frei, dies ist eine berechtigte Forderung, die sich aber nur mit der Unterstützung der gesamten IG METALL durchsetzen lassen wird. Das Geschrei der kommunistischen Unterwanderung muß genauso zurückgewiesen werden, wie die Versuche von revisionistischen Funktionären, Positionen innerhalb der Gewerkschaft zu besetzen. Dies geht aber nur über den politischen Kampf, z.B. über die Unterstützung der polnischen Arbeiter und den Kampf für eine Atomwaffenfreie Zone in ganz Europa, der bürgerliche Staat und seine Organe (BKA, Polizei usw.) hat in diesen Auseinandersetzungen *innerhalb* der Arbeiterbewegung nichts zu suchen. Jegliche Einmischung gilt es abzuwehren. Auch darum muß Hermann sofort frei.

IG Metall-Sekretär immer noch in Haft!

Laßt Hermann frei!

edd. Noch während der laufenden Metalltarifrunde schallte es aus den Lautsprechern der Radios; BILD, Morgenpost und andere bürgerliche Lumpenjournalisten überschlugen sich fast vor Aufregung: ,,Hermann Gaßmann, Sekretär der IG METALL für Bildungsfragen, wegen Ostspionage verhaftet." Glaubte man nun endlich was gefunden zu haben, um die IG METALL zu treffen, sollte der Rufmord an dem Kollegen Gaßmann gleich perfekt inszeniert werden. ,,Gaßmann wollte sich nach Ostberlin absetzen", da er ,,politische Spionage in der IGM für Ostberlin gemacht habe". Erschwerend kommt noch hinzu, daß er in einem roten Backsteinhaus wohnt, seine Tochter irgendwann mal mit einem DKPler liiert war. Das sollte zur Verhaftung reichen. Er wurde nach einigen Tagen dann unter die Fittiche der Bundesstaatsanwaltschaft gestellt, nach Bonn deportiert und sitzt zur Zeit isoliert in Einzelhaft, d.h. kein Kontakt zu den Mitgefangenen, Tag und Nacht kein Licht in der Zelle, Besuch nur im Beisein von BKA-Beamten.

In dem Zusammenhang dieses Falles tauchen verschiedene Fragen auf, die man sich dabei stellen muß. Die erste ist die Frage nach der Stellung zu Spionen anderer Staaten durch die Arbeiterbewegung und durch die Revolutionäre. M.E. muß man dies unter dem Gesichtspunkt der Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten sehen, wenn z.B. die SU durch den KGB und die USA durch den CIA die Welt mit ihrem Spionagenetz versehen. Dies muß politisch angegriffen, wenn nötig durch die Organisationen der Arbeiterbewegung organisatorisch ausgeschaltet werden. Dies grundsätzlich, aber wie liegt die Sache hier?

Das erste was auffällt, ist der Vorwurf der angeblichen politischen Spionage. Die IGM ist eine demokratische Organisation der Arbeiterbewegung, deren Beschlüsse und Tätigkeiten für alle Mitglieder öffentlich sind. D.h. es gibt hier keinen Grund ,,extra" Spione auf die Beschlüsse und Tätigkeiten der IGM anzusetzen. Was anderes als glatt erfunden kann der Vorwurf gegen Hermann also sein. Hermann Gaßmann war und ist Sozialdemokrat (was ihm übrigens ausnahmsweise taterschwerend angerechnet wird). Er war einer der Erstunterzeichner des Forums gegen den Atomtod in Hamburg, das breite Risse in der Sozialdemokratie in der Frage der Mittelstreckenraketen manifestierte. In seiner Bildungsarbeit hat er sich auch für eine von den Interessen der Arbeiterjugend ausgehende Bildung sowohl innerhalb der IG METALL als auch im öffentlichen Schulwesen ausgesprochen. So war er einer der ersten, der die Kämpfe der Hamburger Berufsschüler gegen das Kurssystem unterstützte. Zusammen mit Holger Mahler (Betriebsratsvorsitzender der HDW, z.Z. wegen Kandidatur auf der Liste der aktiven Metaller aus der IGM ausgeschlossen) hat er entscheidend bei der Ausarbeitung einer Position der IG METALL Hamburg gegen die flächendeckende Einführung des BGJ mitgewirkt und die Politik des Senats zusammen mit der IGM und DGB Jugend zumindestens verzögert. Hermann Gaßmann war also nicht irgendwer, sondern ein Funktionär der IG METALL, der bestimmte politische Positionen offen vertreten hat.

Die Ortsverwaltung der IG METALL hat noch am Tag der Verhaftung sich dagegen ausgesprochen und erklärt, ,,alles in ihren Kräften stehende zu tun, damit unser Kollege Hermann Gaßmann bald wieder frei bei seiner Familie sein kann und mit uns arbeiten kann". Dies wurde auch in einer Erklärung an alle Funktionsträger der IG METALL und an die Mitglieder der IGM in der Hamburg-Seite der METALL Zeitung veröffentlicht. Das war jedoch alles. Seitdem wird versucht, jegliche praktische Solidarität mit Hermann Gaßmann zu verhindern. Angeblich soll Hermann dazu in einem Schreiben aufgerufen haben, das die von der IGM bezahlten SPD Anwälte ihm mitgebracht haben. Aber was unterschreibt man nicht in einer solchen Situation und ist es überhaupt richtig,den Fall so totzuschweigen? Es gab über den IGM Bildungsausschuß und den Vertrauenskörper von Ortmann und Herbst eine Initiative über eine Anzeige in der Morgenpost eine Gegenöffentlichkeit herzustellen, dem Rufmord entgegenzutreten, den bürgerlichen Rechtsgrundsatz ,,solange einer nicht rechtskräftig verurteilt ist, ist er unschuldig" auch in diesem Fall Anwendung finden zu lassen. Diese Anzeige ist bis heute nicht erschienen, obwohl man von rund 400 Unterschriften gehört hat. Der Druck der Ortsverwaltung ist offenbar ziemlich stark. Auch hier nicht ohne politische Hintergründe. Hermann war ein guter Kenner der Hamburger Werften, vor allem der Entwicklung auf der HDW. Gleichzeitig vertrat er in der SPD offen den Flügel der Gegner des Mittelstreckenbeschlusses. Allein durch die Anschuldigung der Spionage wird er nun politisch mundtot gemacht. Die Frage, wem das nützt, kann sich jeder selbst beantworten.

Hermann Gaßmann muß sofort frei, dies ist eine berechtigte Forderung, die sich aber nur mit der Unterstützung der gesamten IG METALL durchsetzen lassen wird. Das Geschrei der kommunistischen Unterwanderung muß genauso zurückgewiesen werden, wie die Versuche von revisionistischen Funktionären, Positionen innerhalb der Gewerkschaft zu besetzen. Dies geht aber nur über den politischen Kampf, z.B. über die Unterstützung der polnischen Arbeiter und den Kampf für eine Atomwaffenfreie Zone in ganz Europa, der bürgerliche Staat und seine Organe (BKA, Polizei usw.) hat in diesen Auseinandersetzungen *innerhalb* der Arbeiterbewegung nichts zu suchen. Jegliche Einmischung gilt es abzuwehren. Auch darum muß Hermann sofort frei.

Gründungsversammlung für einen ,,Aktionskreis Leben" in Kiel

wiv. Am **19.Mai um 20.00 Uhr soll im Kneipenraum der Pumpe** ein ,,Aktionskreis Leben - Gewerkschafter gegen Atom" für Kiel gegründet werden. 1976/77 hatte es bereits einen solchen Aktionskreis aktiver Gewerkschaftskollegen gegeben, der dann aber eingeschlafen war. Vorbereitet wurde die Gründungsversammlung am 1. Mai während des Initiativenfestes in der ,,Pumpe". Dort fand eine Diskussionsveranstaltung zum Thema ,,AKW's - Rüstung - Arbeitsplätze" statt, zu der als Redner ein Vertreter des AKL Hamburg gekommen war. Der AKL hatte bei der Vorbereitung und Durchführung der erfolgreichen Brokdorf-Demonstration am 28.2. eine wichtige Rolle gespielt. Ziel des AKL, auch in Kiel, wird es sein, die Meinungsbildung in den Gewerkschaften gegen das Atomprogramm zu verbessern. Der AKL als bundesweite Organisation in der Form von Arbeitskreisen ist 1976 als Gegengewicht gegen den ,,Aktionskreis Energie" gegründet worden, in dem Betriebsräte verschiedener Unternehmen saßen, die am Atomprogramm beteiligt sind. Von Seiten der Veranstaltungsteilnehmer am 1.Mai wurde einerseits die Bedeutung der Gewerkschaften im Kampf gegen das Atomprogramm hervorgehoben, andererseits als Mangel empfunden, daß es außerhalb der Bürgerinitiativen keine Möglichkeit der Verständigung, auch für Gewerkschafter, zu diesen Fragen gibt. Wir fordern alle interessierten Gewerkschaftskollegen auf, sich am Aufbau des AKL in Kiel zu beteiligen.

Hiwis im Kultusministerium

sal. Am letzten Dienstag fand das offizielle Treffen zwischen den wissenschaftlichen Hilfskräften (Hiwis) der Universität und einem Vertreter des Kultusministeriums statt. Dieser wollte das Gespräch auf eine Delegation beschränken, ließ dann aber alle anwesenden Hiwis (ca. 20) zu. In der Diskussion lehnte er jedwede Verantwortung des Ministeriums für die Kürzungsmaßnahmen ab. Da dieser Beschluß ausschließlich von der Universitätsverwaltung ausginge und nichts mit dem 5%-Sparbeschluß der Landesregierung zu tun habe, seien dem Ministerium die Hände gebunden. Einfluß wollten sie nicht nehmen wegen der ,,Autonomie" der Hochschule. Auf einer Vollversammlung in der nächsten Woche wollen die Hiwis beraten, ob und wie sie den Kampf weiterführen wollen.

Jugendzeitungen lassen sich nicht erpressen

jöf. Die Junge Presse Schleswig-Holstein, Zusammenschluß von etwa 80 Schüler- und Jugendzeitungen, die häufig in Verbindung zu den Jugendorganisationen der Parteien stehen, ist ins Visier der Landesregierung geraten. Schon seit Juni vergangenen Jahres weiß Kultusminister Bendixen, daß dem Verband, der jährlich 10000 DM Zuschuß vom Land erhält, auch 14 SDAJ-Zeitungen angehören. Er hatte nichts unternommen, vielleicht um sich Ärger zu ersparen, bis vor zwei Monaten die Kieler Nachrichten eine gewaltige publizistische Hetzkampagne starteten. Nun mußte er was tun. Die Sache kam vor den Landtag. Dessen CDU-Mehrheit hat die Entscheidung über die weitere Förderung zwar noch an den Kulturausschuß überwiesen, aber gleichzeitig durchblicken lassen, daß die Förderung eingestellt wird, wenn nicht Wege gefunden werden, die SDAJ von der Förderung auszuschließen. SPD und FDP finanzierten der Jungen Presse jetzt die Herausgabe eines Rundbriefs, in dem es heißt: ,,Es wird auch ohne Landeszuschuß Jugendpressearbeit möglich sein . . . unter schlechteren Bedingungen zwar, aber mit Wut im Bauch . . . Ich wäre nicht bereit, für 10000 Mark ein Stückchen Demokratie zu verkaufen." Die rechtsradikale Paneuropa-Union, die gerade in Kiel tagte, erhält für ihren chauvinistischen Unrat jährlich 54000 Mark aus der Landeskasse.

Tariferhöhung von 14 bis 24% bei den Kieler Stadtwerken

abc. Unter dem vielsagenden Titel ,,Kieler Stadtwerke schlagen kräftig zu" eröffneten die Kieler Nachrichten am 7.5.81 ihren Lesern, daß ab 1.Juli 81 erneut die Preise für Strom, Gas und Fernwärme erheblich ansteigen sollen. Die Stadtwerke wollen für Strom 14,4%, für Gas 17,6% und für Fernwärme 24,7% mehr von der Kieler Bevölkerung kassieren. Begründet werdem diese Erhöhungen mit der Preisentwicklung auf den Weltmärkten, dem Ausfall der Lieferungen aus Polen, Streiks in den USA und Australien und dem Wegfall der Subventionen für Kohle. Dadurch rechnen die Stadtwerke für 1981 mit einer Mehrbelastung in der Strom- und Wärmeversorgung von 50 Mio. DM. Um die Gewinne der VVK nicht zu schmälern, sollen diese Kosten über erneute Tariferhöhungen abgewälzt werden.

Wahlerfolge für die HBV: Betriebsratswahlen bei Karstadt

hek. In den meisten Karstadt-Filialen hat die Gewrkschaft HBV Stimmengewinne bei den Betriebsratswahlen in der vergangenen Woche erzielt. Bei Karstadt Mönckebergstrasse, der größten Filiale des Konzerns, stieg der HBV-Anteil von 3 auf 10 der insgesamt 15 Betriebsratssitze, bei Karstadt Billbrook von 3 auf 7 der 8 Betriebsratssitze. HBV-Mehrheiten gibt es außerdem jetzt in den Filialen Altona und Neugraben. Stimmen verloren haben die Kandidaten der DAG in fast allen Filialen. Die Belegschaften werfen der DAG zu Recht vor, sie hätte zu viele Zugeständnisse an die Karstadt-Kapitalisten gemacht, was in einer Reihe von wichtigen Fragen (Prämiensystem, Arbeitszeit) zu insgesamt schlechteren Arbeitsbedingungen geführt hat als in anderen Warenhauskonzernen. Die DAG-Mehrheit im Gesamtbetriebsrat scheint aber nicht gebrochen zu sein. Die Erwartung der Belegschaften an die neuen Betriebsräte ist groß.

Hamburger Schülerkammer für landesweiten Schulstreik

hee. Als ersten „Schritt zur Verwirklichung der Schulentwicklungsplanung" veröffentlichte Schulsenator Grolle am 15.4. „Strukturverändernde Maßnahmen zum 1.8.81", vielleicht in der Hoffnung, daß sich der umfassende Protest gegen den Schulentwicklungsplan (SEPL) von Schülern, Eltern und Lehrern zu Beginn dieses Jahres jetzt gelegt haben würde. Wir berichteten über die Absicht, z.B. in diesem Jahr keine 5. Klasse am Gymnasium Göhlbachtal einzurichten und diese Schule zu schließen. Hier reagierten die Betroffenen prompt mit einer Unterschriftensammlung, in die sich 10000Menschen eintrugen und einem Zeltlager als Diskussionsstätte auf dem Schulgelände. Insgesamt sollen nach Angaben der GEW 57 Schulen geschlossen werden. Insbesondere die Schüler fühlen sich angesichts der Durchsetzung der Sparbeschlüsse des Hamburger Senats im Bildungswesen hinters Licht geführt, zumal Grolle davon sprach, die „kritische Jugend als Partner in dieser Auseinandersetzung" um den SEPL ernst zu nehmen.

Die Eltern und Lehrer wollte Grolle über angebliches „Mitentscheidungsrecht" einfangen und von ihrem Widerstand abbringen. In dem Info Nr. 6 vom „Ausschuß junger Lehrer und Erzieher" (AjLE) werden die Gründe des Protestes knapp umrissen:

„In 46% der Hamburger Schulklassen sitzen mehr als 30, in 85% aller Klassen mehr als 25 Schüler, schwächere Schüler werden nur mangelhaft gefördert, besonders ausländische Kinder werden vernachlässigt, an vielen Schulen fällt der Unterricht aus. Folge: 7,6% der Hamburger Schüler haben keinen Hauptschulabschluß, das Bildungsprivileg für die Reichen wird zementiert." Trotz dieser Situation will der Hamburger Senat seine Sparbeschlüsse durchsetzen und z.B. die 800 vollausgebildeten arbeitslosen Lehrer nicht einstellen. Demgegenüber ist der AjLE der Meinung, daß alle „arbeitslosen Lehrer sofort eingestellt werden (könnten), wenn in Hamburg nur die Lohnsummensteuer für die Industrie wieder eingeführt oder die Gewerbesteuer wie in anderen Großstädten angehoben würde." Die Hamburger Schülerkammer beabsichtigt am 22.5. zunächst eine Demonstration zur Schulbehörde und dann ein Streikcamp bis zur Durchsetzung folgender Forderungen durchzuführen:

– Keine Klasse über 25 Schüler/innen!
– Beseitigung des Unterrichtsausfalls!
– Einstellung aller arbeitslosen Lehrer!
– Keine Schulschließungen gegen die Betroffenen!
– Keine Disziplinierung von Streikschüler/innen!

GEW-Vertrauensleuteversammlung:

Maßnahmen zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung besprochen

ank. Am Montag, den 4.5.81 berieten die Vertrauensleute der GEW über weitere Schritte zur Durchsetzung einer Arbeitszeitverkürzung. Vorgeschlagen wurde die „Aktion Nadelstiche", die folgende Maßnahmen beinhaltet:

Die Vergabe von Entlastungsstunden für Verwaltungsarbeit handhabt die Behörde so, daß bei gleicher Schülerzahl, etwa 570 ein Gymnasium 18 Entlastungsstunden bekommt, eine VR-Schule nur 5. Damit auch Lehrer an VR-Schulen die Anzahl der Entlastungsstunden von Gymnasien erhalten, sollen sich alle Lehrer weigern, im neuen Schuljahr Verwaltungstätigkeit zu übernehmen.

An den Gewerbeschulen gibt es Ausländerklassen, in denen die Schüler kaum Deutsch sprechen. Da die Schüler weder in einem Beruf ausgebildet werden, noch die Schüler im Unterricht irgendeine berufliche Qualifikation erhalten, ist die Arbeit dort weitgehend sinnlos. Zudem sind die Lehrer ohne entsprechende Ausbildung überfordert. Um der Forderung nach einer angemessenen Ausbildung der eingesetzten Lehrer Nachdruck zu verleihen, sollen die Lehrer den Unterricht in diesen Klassen verweigern.

Seit langem fordern die Lehrer, daß sie mit einem zweiten Lehrer als Begleitung auf eine Klassenreise fahren können. Zur Durchsetzung der Forderung werden die Lehrer aufgefordert, nur noch solche Klassenreisen zu unternehmen, bei denen mindestens zwei vollausgebildete Lehrer mitfahren. Weiter sollen sich zum neuen Schuljahr alle Lehrer weigern, die Ausbildung eines Referendars zu übernehmen, da die Lehrer hierfür nicht entlastet werden.

In der Debatte stellte sich schnell heraus, daß über die Berechtigung der Forderungen weitgehend Einmütigkeit herrscht; über die Schritte zur Durchsetzung aber unterschiedliche Auffassungen und Erfahrungen bestehen. Richtig wurde davon ausgegangen, daß die Behörde auf die Einleitung von Maßnahmen der Kollegen nicht mit einer Erfüllung der Forderungen oder mit Zugeständnissen reagieren wird, sondern mit Dienstanweisungen oder „Einzelgesprächen", um die Lehrer unter Druck zu setzen. Ob der Lehrer sich weiterhin weigern soll, oder nach Erhalt der dienstlichen Anordnung die Tätigkeit ausführen soll, wie die anderen Kollegen, die nicht direkt betroffen sind wirksame Unterstützung geben können, darüber bestand Unklarheit.

Sicherlich ist es schon gut, wenn deutlich wird, daß die Schulaufsicht den Schulbetrieb nur noch mit Dienstanweisung an jeden einzelnen Lehrer aufrecht erhalten kann. Darin mochten aber viele Vertrauensleute keinen ausreichenden Erfolg sehen. Ein Kollege berichtete über Erfahrungen an der G 5 mit der Weigerung von Lehrern, eine reine Ausländerklasse zu unterrichten. Trotz einstimmigem Konferenzbeschluß von über 70 Lehrern gelang es der Schulaufsicht noch relativ leicht, doch noch zwei oder drei Lehrer für den Unterricht dort zu verpflichten. Die übrigen Lehrer wußten nicht recht, wie sie die Kollegen wirkungsvoll unterstützen sollten.

Schwierig ist die Lage auch deshalb, weil durch das Beamtenrecht, dem die Lehrer unterworfen sind, eine tarifvertragliche Regelung nicht in Sicht ist. Eine juristische Entscheidung strebt aber die GEW im Moment nicht an. Die „Aktion Nadelstiche" wurde dennoch mit großer Mehrheit beschlossen, mit der Aufforderung, die Debatte in den Schulen weiterzuführen, bevor endgültige Beschlüsse gefaßt werden.

Desweiteren wurde über die Lage der Lehrer an der Fremdsprachenschule berichtet. Der Kapitalist der Schule lockt Lehrer aus vor allem angelsächsischen Ländern mit Versprechungen über gute Arbeitsbedingungen, gutem Lohn etc. nach Hamburg. Die Realität sind dann 34 Stunden Unterrichtsverpflichtung pro Woche, 13,50 DM brutto pro Stunde und 100 DM Weihnachtsgeld. Die Kollegen wollen gegenüber dem Besitzer der Schule einen Haustarifvertrag abschließen. Sie fordern 30 Stunden Unterricht und Bezahlung nach BAT IVa. Dazu haben sich über 80% der dort tätigen Lehrer in der GEW organisiert. Große Zustimmung erhielt ein Kollege der Schule, als er berichtete, daß die Forderungen notfalls mit Streik durchgesetzt werden sollen und die GEW zu zügigem Handeln aufrief.

Insgesamt gesehen tut sich die GEW momentan aber eher schwer mit der Einleitung von Kampfschritten. Ein Versäumnis der Versammlung ist es sicher, daß nicht debattiert wurde, wie die Kämpfe der Schüler und Eltern gegen Schulschließungen und für die Verbesserung der Lernbedingungen unterstützt werden können. Ein weiterer Fehler ist es auch, daß zu dem Schülerstreik, der am 22.5. stattfinden soll und über den Grolle sowie Landesschulrat Neckel laut Welt vom 8.5. schon äußerst „besorgt" sind, keine Unterstützungsmaßnahmen festgelegt worden sind.

Angesichts der Krise und beim erklärten Ziel der Kapitalisten und des Staates, die Geldmittel gerade bei den Sozialeinrichtungen der Massen zu kürzen, fällt es auch den Lehrern schwerer, allein etwas durchzusetzen. Die Schülerbewegung und auch die Kämpfe der Eltern gegen Schulschließungen entwickeln sich rasch, die Lehrer sollten sie nach Kräften unterstützen. Eine Schonung von Grolle und dem Hamburger Senat verspricht dagegen keine Erfolge.

Disziplin in der Schule

div. Das Interesse an der GEW-Veranstaltung zum Thema „Disziplin in der Schule" war groß. Mit 200 bis 300 Teilnehmern war der Raum überfüllt. Die meisten der Anwesenden waren Lehrer, aber es waren auch einige Eltern und Schüler gekommen. Auf dem Podium saßen einige Psychologen, sowie der Vorsitzende der Elternkammer und der der Schülerkammer.

Viele Lehrer kämpfen ständig mit dem Widerspruch, daß sie einerseits wollen, daß ihre Schüler viel lernen, und daß sie als Lehrer dafür die äußeren Bedingungen herstellen wollen, daß das andererseits meist nicht ohne Druck möglich ist; sie wollen aber die Schüler nicht von oben unterdrücken und wollen ihre Schullaufbahn nicht durch Schulstrafen und schlechte Noten behindern. Dieser Widerspruch kam auch in den einleitenden Beiträgen auf der Veranstaltung zum Ausdruck. Die Psychologen stellten fest, daß eine gewisse Disziplin für einen gemeinsamen Lernprozeß notwendig ist und gingen dann darauf ein, wie die Lehrer es durch eine bessere Ausbildung und durch Verhaltenstraining in der Weiterbildung im Beruf besser lernen können, damit umzugehen, ohne sich in direkter Konfrontation gegen die Schüler zu richten. Dagegen sah der Vertreter der Schülerkammer das Problem anders: In der Schule werde Unterordnung unter Regeln verlangt, an deren Gestaltung die Schüler nicht beteiligt seien; das erste Mittel zur Durchsetzung dieser Regeln seien die Zensuren; weiter kritisierte er, daß es in der Schule keine selbstbestimmten und selbstorganisierten Bereiche gebe, wie die Schülerzeitung, wo diese Selbständigkeit durch die Zensur wieder eingeschränkt wird.

Wie sich dieser Widerspruch in der täglichen Praxis in der Schule äußert, kam durch den Beitrag einer Mutter zum Ausdruck. Sie berichtete, daß ihre Tochter in der 3. Reihe nichts verstehen könne; als die Mutter deshalb zur Lehrerin ging, meinte diese, daß sie dazu ausgebildet sei, den Schülern bestimmte Inhalte beizubringen, aber nicht dazu, den Polizisten zu spielen. Nun war die Mutter ratlos und wollte von den anwesenden Pädagogen und Psychologen hören, was sie tun könne. Es war jedoch keiner in der Lage, ihr eine Lösung anzubieten.

Zwar vertraten einige (wenige), daß solch eine Erscheinung eine Frage der Persönlichkeit des einzelnen Lehrers und seiner Unterrichtsmethoden sei, da so etwas nicht bei allen Lehrern vorkomme. Andererseits wurde fast einhellig festgestellt, daß die Anforderungen an die Geschicklichkeit des Lehrers in den letzten Jahren gestiegen sind, und weiter wurde gesagt, daß die Schüler oft gerade dann bei einzelnen Fachlehrern Dampf ablassen, wenn z.B. vom Klassenlehrer eine große Disziplin durchgesetzt wird. Während fast alle Beiträge eine ‚Kasernenhofdisziplin' ablehnten, u.a. weil sie Aggressivität schafft, wurde andererseits eine gewisse Disziplinierung der Schüler als ‚Überlebensstrategie' für den Lehrer und die Klasse für notwendig angesehen, da es dem Lehrer meist unmöglich ist, alle Schüler zu überzeugen. Denn die Inhalte der Lehrpläne sind oft kaum mit den Interessen der Schüler in Einklang zu bringen. In den großen Klassen können viele Interessen, Probleme und Fragen einzelner Schüler nicht berücksichtigt werden und werden dann mehr oder weniger offen unterdrückt. Die Auslese trifft die Schüler durch Lehrstellenmangel, Jugendarbeitslosigkeit und Numerus Clausus immer härter. Die Schule ist von der Praxis der gesellschaftlichen Produktion getrennt. Andererseits ist das Selbstbewußtsein und die Anforderungen an die Schüler aufgrund der Entwicklung der Gesellschaft und der Erfahrungen und Einflüsse, denen die Schüler ausgesetzt sind, aufgrund dessen, daß der Widerspruch zwischen dem, was die Schule aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung leisten müßte, und den Anforderungen der Schüler auf der einen Seite, und der schulischen Realität auf der anderen Seite gewachsen ist, nimmt die Schulunlust zu und erfaßt immer jüngere Klassenstufen.

Einige Teilnehmer wiesen darauf hin, daß man davon wegkommen muß, daß sich Eltern und Lehrer (und Schüler) gegenseitig die Schuld an den Problemen und dem schlechten Verhalten der Jugend zuschieben, wie dies häufig in Gesprächen zwischen Lehrern, zwischen Schülern und zwischen Eltern geschieht und auch in den Schlagzeilen der Presse zu lesen ist (z.B.: „Die Eltern machen die Kinder krank' ...) Stattdessen sollte man besser in gemeinsamen Beratungen zwischen Eltern, Schülern und Lehrern besprechen, was man eigentlich will. Zumal die materiellen Bedingungen an den Schulen in den letzten Jahren nicht besser, sondern schlechter geworden sind (z.B. Streichung von je einer Teilungs- oder Förderstunde in den Klassen 7-10 der Gesamtschulen und Gymnasien seit dem letzten Jahr), sollten sich Eltern, Lehrer und Schüler zusammentun, um für bessere Bedingungen zu kämpfen.

Insgesamt ist die Disziplinfrage nicht vollständig lösbar, vor allem solange die materiellen Bedingungen und das Schulsystem nicht geändert sind zugunsten einer polytechnischen Einheitsschule, in der der Unterricht mit der gesellschaftlichen Produktion verbunden ist, in der die wichtigsten Grundlagen dieser Produktion und der Gesellschaft vermittelt werden, und in der die Schüler nicht durch die ständige Auslese gespalten werden. In dieser Schule ist jede Lösung mangelhaft, geht zu Lasten der Schüler, indem bei Disziplinmaßnahmen einzelne unterdrückt und gespalten werden, geht aber auch zu Lasten der Lehrer, indem von diesen immer mehr Geduld, nervliche Belastbarkeit, Geschick und Fortbildung in der Freizeit verlangt wird, um die Probleme halbwegs zu meistern.

GEW-Vertrauensleuteversammlung:

Maßnahmen zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung besprochen

ank. Am Montag, den 4.5.81 berieten die Vertrauensleute der GEW über weitere Schritte zur Durchsetzung einer Arbeitszeitverkürzung. Vorgeschlagen wurde die „Aktion Nadelstiche", die folgende Maßnahmen beinhaltet:

Die Vergabe von Entlastungsstunden für Verwaltungsarbeit handhabt die Behörde so, daß bei gleicher Schülerzahl, etwa 570 ein Gymnasium 18 Entlastungsstunden bekommt, eine VR-Schule nur 5. Damit auch Lehrer an VR-Schulen die Anzahl der Entlastungsstunden von Gymnasien erhalten, sollen sich alle Lehrer weigern, im neuen Schuljahr Verwaltungstätigkeit zu übernehmen.

An den Gewerbeschulen gibt es Ausländerklassen, in denen die Schüler kaum Deutsch sprechen. Da die Schüler weder in einem Beruf ausgebildet werden, noch die Schüler im Unterricht irgendeine berufliche Qualifikation erhalten, ist die Arbeit dort weitgehend sinnlos. Zudem sind die Lehrer ohne entsprechende Ausbildung überfordert. Um der Forderung nach einer angemessenen Ausbildung der eingesetzten Lehrer Nachdruck zu verleihen, sollen die Lehrer den Unterricht in diesen Klassen verweigern.

Seit langem fordern die Lehrer, daß sie mit einem zweiten Lehrer als Begleitung auf eine Klassenreise fahren können. Zur Durchsetzung der Forderung werden die Lehrer aufgefordert, nur noch solche Klassenreisen zu unternehmen, bei denen mindestens zwei vollausgebildete Lehrer mitfahren. Weiter sollen sich zum neuen Schuljahr alle Lehrer weigern, die Ausbildung eines Referendars zu übernehmen, da die Lehrer hierfür nicht entlastet werden.

In der Debatte stellte sich schnell heraus, daß über die Berechtigung der Forderungen weitgehend Einmütigkeit herrscht; über die Schritte zur Durchsetzung aber unterschiedliche Auffassungen und Erfahrungen bestehen. Richtig wurde davon ausgegangen, daß die Behörde auf die Einleitung von Maßnahmen der Kollegen nicht mit einer Erfüllung der Forderungen oder mit Zugeständnissen reagieren wird, sondern mit Dienstanweisungen oder „Einzelgesprächen", um die Lehrer unter Druck zu setzen. Ob der Lehrer sich weiterhin weigern soll, oder nach Erhalt der dienstlichen Anordnung die Tätigkeit ausführen soll, wie die anderen Kollegen, die nicht direkt betroffen sind wirksame Unterstützung geben können, darüber bestand Unklarheit.

Sicherlich ist es schon gut, wenn deutlich wird, daß die Schulaufsicht den Schulbetrieb nur noch mit Dienstanweisung an jeden einzelnen Lehrer aufrecht erhalten kann. Darin mochten aber viele Vertrauensleute keinen ausreichenden Erfolg sehen. Ein Kollege berichtete über Erfahrungen an der G 5 mit der Weigerung von Lehrern, eine reine Ausländerklasse zu unterrichten. Trotz einstimmigem Konferenzbeschluß von über 70 Lehrern gelang es der Schulaufsicht noch relativ leicht, doch noch zwei oder drei Lehrer für den Unterricht dort zu verpflichten. Die übrigen Lehrer wußten nicht recht, wie sie die Kollegen wirkungsvoll unterstützen sollten.

Schwierig ist die Lage auch deshalb, weil durch das Beamtenrecht, dem die Lehrer unterworfen sind, eine tarifvertragliche Regelung nicht in Sicht ist. Eine juristische Entscheidung strebt aber die GEW im Moment nicht an. Die „Aktion Nadelstiche" wurde dennoch mit großer Mehrheit beschlossen, mit der Aufforderung, die Debatte in den Schulen weiterzuführen, bevor endgültige Beschlüsse gefaßt werden.

Desweiteren wurde über die Lage der Lehrer an der Fremdsprachenschule berichtet. Der Kapitalist der Schule lockt Lehrer aus vor allem angelsächsischen Ländern mit Versprechungen über gute Arbeitsbedingungen, gutem Lohn etc. nach Hamburg. Die Realität sind dann 34 Stunden Unterrichtsverpflichtung pro Woche, 13,50 DM brutto pro Stunde und 100 DM Weihnachtsgeld. Die Kollegen wollen gegenüber dem Besitzer der Schule einen Haustarifvertrag abschließen. Sie fordern 30 Stunden Unterricht und Bezahlung nach BAT IVa. Dazu haben sich über 80% der dort tätigen Lehrer in der GEW organisiert. Große Zustimmung erhielt ein Kollege der Schule, als er berichtete, daß die Forderungen notfalls mit Streik durchgesetzt werden sollen und die GEW zu zügigem Handeln aufrief.

Insgesamt gesehen tut sich die GEW momentan aber eher schwer mit der Einleitung von Kampfschritten. Ein Versäumnis der Versammlung ist es sicher, daß nicht debattiert wurde, wie die Kämpfe der Schüler und Eltern gegen Schulschließungen und für die Verbesserung der Lernbedingungen unterstützt werden können. Ein weiterer Fehler ist es auch, daß zu dem Schülerstreik, der am 22.5. stattfinden soll und über den Grolle sowie Landesschulrat Neckel laut Welt vom 8.5. schon äußerst „besorgt" sind, keine Unterstützungsmaßnahmen festgelegt worden sind.

Angesichts der Krise und beim erklärten Ziel der Kapitalisten und des Staates, die Geldmittel gerade bei den Sozialeinrichtungen der Massen zu kürzen, fällt es auch den Lehrern schwerer, allein etwas durchzusetzen. Die Schülerbewegung und auch die Kämpfe der Eltern gegen Schulschließungen entwickeln sich rasch, die Lehrer sollten sie nach Kräften unterstützen. Eine Schonung von Grolle und dem Hamburger Senat verspricht dagegen keine Erfolge.

Viele Lehrer kämpfen ständig mit dem Widerspruch, daß sie einerseits wollen, daß ihre Schüler viel lernen, und daß sie als Lehrer dafür die äußeren Bedingungen herstellen wollen, daß das andererseits meist nicht ohne Druck möglich ist; sie wollen aber die Schüler nicht von oben unterdrücken und wollen ihre Schullaufbahn nicht durch Schulstrafen und schlechte Noten behindern. Dieser Widerspruch kam auch in den einleitenden Beiträgen auf der Veranstaltung zum Ausdruck. Die Psychologen stellten fest, daß eine gewisse Disziplin für einen gemeinsamen Lernprozeß notwendig ist und gingen dann darauf ein, wie die Lehrer es durch eine bessere Ausbildung und durch Verhaltenstraining in der Weiterbildung im Beruf besser lernen können, damit umzugehen, ohne sich in direkter Konfrontation gegen die Schüler zu richten. Dagegen sah der Vertreter der Schülerkammer das Problem anders: In der Schule werde Unterordnung unter Regeln verlangt, an deren Gestaltung die Schüler nicht beteiligt seien; das erste Mittel zur Durchsetzung dieser Regeln seien die Zensuren; weiter kritisierte er, daß es in der Schule keine selbstbestimmten und selbstorganisierten Bereiche gebe, wie die Schülerzeitung, wo diese Selbständigkeit durch die Zensur wieder eingeschränkt wird.

Wie sich dieser Widerspruch in der täglichen Praxis in der Schule äußert, kam durch den Beitrag einer Mutter zum Ausdruck. Sie berichtete, daß ihre Tochter in der 3. Reihe nichts verstehen könne; als die Mutter deshalb zur Lehrerin ging, meinte diese, daß sie dazu ausgebildet sei, den Schülern bestimmte Inhalte beizubringen, aber nicht dazu, den Polizisten zu spielen. Nun war die Mutter ratlos und wollte von den anwesenden Pädagogen und Psychologen hören, was sie tun könne. Es war jedoch keiner in der Lage, ihr eine Lösung anzubieten.

Zwar vertraten einige (wenige), daß solch eine Erscheinung eine Frage der Persönlichkeit des einzelnen Lehrers und seiner Unterrichtsmethoden sei, da so etwas nicht bei allen Lehrern vorkomme. Andererseits wurde fast einhellig festgestellt, daß die Anforderungen an die Geschicklichkeit des Lehrers in den letzten Jahren gestiegen sind, und weiter wurde gesagt, daß die Schüler oft gerade dann bei einzelnen Fachlehrern Dampf ablassen, wenn z.B. vom Klassenlehrer eine große Disziplin durchgesetzt wird. Während fast alle Beiträge eine ‚Kasernenhofdisziplin' ablehnten, u.a. weil sie Aggressivität schafft, wurde andererseits eine gewisse Disziplinierung der Schüler als ‚Überlebensstrategie' für den Lehrer und die Klasse für notwendig angesehen, da es dem Lehrer meist unmöglich ist, alle Schüler zu überzeugen. Denn die Inhalte der Lehrpläne sind oft kaum mit den Interessen der Schüler in Einklang zu bringen. In den großen Klassen können viele Interessen, Probleme und Fragen einzelner Schüler nicht berücksichtigt werden und werden dann mehr oder weniger offen unterdrückt. Die Auslese trifft die Schüler durch Lehrstellenmangel, Jugendarbeitslosigkeit und Numerus Clausus immer härter. Die Schule ist von der Praxis der gesellschaftlichen Produktion getrennt. Andererseits ist das Selbstbewußtsein und die Anforderungen an die Schüler aufgrund der Entwicklung der Gesellschaft und der Erfahrungen und Einflüsse, denen die Schüler ausgesetzt sind, aufgrund dessen, daß der Widerspruch zwischen dem, was die Schule aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung leisten müßte, und den Anforderungen der Schüler auf der einen Seite, und der schulischen Realität auf der anderen Seite gewachsen ist, nimmt die Schulunlust zu und erfaßt immer jüngere Klassenstufen.

Einige Teilnehmer wiesen darauf hin, daß man davon wegkommen muß, daß sich Eltern und Lehrer (und Schüler) gegenseitig die Schuld an den Problemen und dem schlechten Verhalten der Jugend zuschieben, wie dies häufig in Gesprächen zwischen Lehrern, zwischen Schülern und zwischen Eltern geschieht und auch in den Schlagzeilen der Presse zu lesen ist (z.B.: „Die Eltern machen die Kinder krank' ...) Stattdessen sollte man besser in gemeinsamen Beratungen zwischen Eltern, Schülern und Lehrern besprechen, was man eigentlich will. Zumal die materiellen Bedingungen an den Schulen in den letzten Jahren nicht besser, sondern schlechter geworden sind (z.B. Streichung von je einer Teilungs- oder Förderstunde in den Klassen 7-10 der Gesamtschulen und Gymnasien seit dem letzten Jahr), sollten sich Eltern, Lehrer und Schüler zusammentun, um für bessere Bedingungen zu kämpfen.

Insgesamt ist die Disziplinfrage nicht vollständig lösbar, vor allem solange die materiellen Bedingungen und das Schulsystem nicht geändert sind zugunsten einer polytechnischen Einheitsschule, in der der Unterricht mit der gesellschaftlichen Produktion verbunden ist, in der die wichtigsten Grundlagen dieser Produktion und der Gesellschaft vermittelt werden, und in der die Schüler nicht durch die ständige Auslese gespalten werden. In dieser Schule ist jede Lösung mangelhaft, geht zu Lasten der Schüler, indem bei Disziplinmaßnahmen einzelne unterdrückt und gespalten werden, geht aber auch zu Lasten der Lehrer, indem von diesen immer mehr Geduld, nervliche Belastbarkeit, Geschick und Fortbildung in der Freizeit verlangt wird, um die Probleme halbwegs zu meistern.

Veranstaltungskalender

Musik

Die Brecht/Mühsam Bande, 28.5. 21 Uhr, Markthalle;

Ausstellungen

Experiment Weltuntergang, Bilder von Kokoschka, Klimt u.a. aus der Zeit der Jahrhundertwende in Wien, der Zeit der Krise des Bürgertums, Kunsthalle, bis zum 31.5.; **Tut-anch-Amun-Ausstellung,** Museum für Kunst und Gewerbe, ab 15.5.;

Theater

Die Dreigroschenoper , Schauspielhaus, 13., 14., 23., 25., 27.5. 20 Uhr; **Bananas,** Kleckstheater für Kinder über die Probleme der 3. Welt, 13., 20., 27.5. 10 Uhr, 12., 19., 26.5. 10 und 19 Uhr, Rampe; **Hamburger Spektakel,** Theaterfestival der freien Hamburger Theatergruppen, 15., 16., 17.5. ab 16 Uhr, Stintfang; **Der zufällige Tod des Christian K.,** 19., 26.5. 20.30 Uhr, 31.5. 19 Uhr, Malersaal; **IG Metall Theaterveranstaltung,** mit Laiengruppen von Arbeiterjugendlichen aus Harburg, Eintritt frei, 13.5. 17 Uhr Takelboden, DGB Gewerkschaftshaus Hinterhof;

Filme

Casablanca, Humphrey Bogart und Ingrid Bergmann als Antifaschisten, Abaton, 12.-14.5., 15.30 und 20.30 Uhr; **Pharao,** erster wissenschaftlich fundierter Monumentalfilm über das alte Ägypten, 15.-21.5., 15.30 und 20.30 Uhr; **Der König und der Vogel,** Zeichentrickfilm von Jacques Prevert, Abaton, letzte Maiwoche, 15.30 und 20.15 Uhr; **Lawrence von Arabien,** Monumentalfilm über den Befreiungskampf der Araber, Abaton, 29.-31.5., 13.30 und 19.45 Uhr; **Willkommen Mr. Chance,** Satire auf das Fernsehzeitalter, 12.,13.5. 18.15 und 20.45, Thalia;

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung

AG Musik, Debatte über die Wiederaufnahme einer eigenständigen Musikarbeit; Interessenten sind willkommen. Mittwoch, 13.5.81, 19.30 Uhr, KBW Büro Kleine Rainstr. 21; **AG Kriegsvorbereitungen,** 13.5. 19 Uhr, Büro des KBW; die Arbeitsgruppe wird durchgeführt von der VRV und dem KBW. Thema: Diskussion des Krefelder Appells, des Aufrufs der Russel Peace Foundation und des Beschlusses des DGB Jugendausschusses (s. KVZ Nr. 18)

Veranstaltungen

Fest der Elbfischer, 16.5. in Hamburg; 10 Uhr Deonstration in der Mönckebergstraße; 15 bis 21 Uhr Informationen und Fest bei Teufelsbrück/-Nienstetten;

Kommunistische Volkszeitung
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 4130 80 kuehl d, Telefon 0611/730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/394904; verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 – 12/16: Bernhard Peters, Für die Seiten 13 – 15: Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Bernd Wagner, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.
Diese Zeitung erscheint wöchentlich und kostet als Einzelexemplar 1 DM; Jahresabonnement 50 DM (zzgl. 8,40 DM Postgebühr), Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. 4,20 DM Postgebühr), Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. 2,30 DM Postgebühr). Abbestellungen sollen spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein, sonst verlängert sich das Abonnement automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen bitte an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt / M. 2, Telefon 0611/730234.
Einem Teil dieser Auflage liegt Werbematerial bei.

10. Mai – Der Tag des verbrannten Buches

bew. Am 10. Mai 1933 fiel in den deutschen Universitätsstädten, neben den Werken des wissenschaftlichen Sozialismus, nahezu die gesamte damalige Literatur der bürgerlichen und proletarischen Schriftsteller den Flammen faschistischer Scheiterhaufen zum Opfer. Als „kulturbolschewistisch", „verjudet", „dekadent" und „entartet" wurden die Bücher von Brecht, Bredel, Seghers, Ottwalt, Pliever, von Thomas, Klaus und Heinrich Mann, Feuchtwanger, Ossietzky, Remarque, Döblin, Stefan und Arnold Zweig, von Tucholsky, Kästner, Kerr, Kisch und vielen anderen verbrannt. Goebbels, der Propagandaminister der Faschisten, leitete das Autodafé in Berlin: „Meine Kommilitonen! Deutsche Männer und Frauen! Das Zeitalter eines überspitzten jüdischen Intellektualismus ist nun zu Ende, und der Durchbruch der deutschen Revolution hat auch dem deutschen Wesen wieder die Gasse freigegeben ... Ihr tut gut daran, um diese mitternächtliche Stunde den Ungeist der Vergangenheit den Flammen anzuvertrauen."

Des 10. Mai 1933 wird seit dieser Zeit als „Tag des verbrannten Buches" gedacht. In Westdeutschland führt der 10. Mai als „Tag des Buches" allerdings nur ein äußerst bescheidenes Mauerblümchendasein, den die Zeitungen kaum noch für erwähnenswert halten. Trotz der zunehmenden Beschwörungen einer kritischen „Vergangenheitsbewältigung" ist die Bourgeoisie bemüht, lieber diese Phase der deutschen Geschichte zu verschweigen und zu verhüllen, da die gemeinsamen Grundlagen der Herrschaft des Faschismus und ihrer Herrschaft leicht offenkundig würden. Gerade dieser Tage ist bekannt geworden, daß das *einzige* Institut in Westdeutschland, das sich mit der Erforschung der Exilliteratur während des Faschismus beschäftigt – bestehend aus einem Professor, der resignierend gekündigt hat, einer wissenschaftlichen Hilfskraft und einem lächerlichen Bibliotheksetat von 5000 DM jährlich – finanziell vor dem Ruin steht und die Arbeit zusammenbricht.

Daß die Mehrzahl der westdeutschen Literaturgeschichten diesen Tag lieber verschweigt oder verharmlosend von der „berüchtigten und planlos improvisierten Bücherverbrennung im Mai 1933" spricht, wie Martinis „Deutsche Literaturgeschichte" (Kröner), hier zitiert nach der 14. Auflage von 1965 und die heute vermutlich ihre zwanzigste oder dreißigste Auflage erlebt, ist von daher nicht verwunderlich, da viele der Verfasser der heute in Schulen und Hochschulen gebräuchlichen Literaturgeschichten wie Paul Fechtner, Hermann Pongs, Gerhard Fricke und Josef Nadler diese „Auswechslung der Literaturen" (Fechtner) triumphierend begrüßt hatten.

Die Bücherverbrennungen vom 10. Mai 1933 waren der Höhepunkt und der Abschluß der Gleichschaltungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Literatur und Kunst, die der faschistische Staat seit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 durchgeführt hatte. Vorhergegangen waren die Säuberung der Akademie der Dichtung; die Zerschlagung des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller; die Entfernung aller fortschrittlichen Künstler aus dem deutschen PEN; das Verbot bzw. die Übernahme der literarischen und kulturellen Zeitschriften durch die Faschisten; die Verordnungen vom 4. und 6.2. und vom 28.2., dem Tag nach dem Reichstagsbrand, mit denen die Verfassungsartikel, die die Freiheit des Wortes, der Versammlung etc. garantieren sollten, aufgehoben wurden.

Waren die Verfolgungen bis zu dem von den Faschisten initiierten Reichstagsbrand verstärkt worden, so erreichten sie danach eine qualitativ neue Stufe. Zehntausende wurden in der Brandnacht von 27. auf den 28. Februar verhaftet. In allererster Linie die Kommunisten und die mit ihnen sympathisierenden Künstler, aber auch bürgerliche Demokraten und SPDler wurden nach vorher zusammengestellten Listen verhaftet und in die Gefängnisse und KZs geworfen. Von den Schriftstellern wurden nach dem Reichstagsbrand u.a. verhaftet: Kläber, Kisch, Seghers, Lask, Bredel, Hiller, Langhoff, Renn, Claudius, Sperber. Vielen anderen, die auch gesucht wurden, gelang noch in der Nacht oder in den folgenden Tagen die Flucht aus Deutschland. Im Gegensatz zu den oben genannten, die bis zu zwei Jahren in den faschistischen KZs und Gefängnissen festgehalten und gefoltert worden, überlebten die ebenfalls verhafteten Schriftsteller Carl von Ossietzky, Erich Baron, Erich Mühsam und Klaus Neukrantz die faschistischen Folterkeller nicht. Sie waren bestialisch ermordet worden oder starben an den Folgen der Folter.

Adolf Hitler hatte in seiner Regierungserklärung von 23.3.1933 als kulturelles Ziel proklamiert: „Gleichlautend mit der politischen Entgiftung unseres öffentlichen Lebens wird die Reichsregierung eine durchgreifende moralische Sanierung des Volkskörpers vornehmen. Das gesamte Erziehungswesen, Theater, Film, Literatur, Presse, Rundfunk, sie werden alle Mittel zu diesem Zweck sein ... Sie haben alle der Erhaltung der im Wesen unseres Volkstums liegenden Ewigkeitswerte zu dienen." Diese großangelegte „Entgiftung" reichte vom 28.2. bis zum 10. Mai. Nie zuvor und bisher nie wieder in der Geschichte wurde ein Volk nicht nur sämtlicher politischer Kader, vom klassenbewußten Arbeiter bis zum Führer der Arbeiterpartei, beraubt, sondern nahezu seiner gesamten Schriftsteller und Intellektuellen.

Schriftsteller der Arbeiterklasse wie Bredel, Brecht, Weinert, Mühsam u.v.a. waren dem faschistischen Terrorregime ebenso im Weg wie bürgerliche Humanisten wie Thomas Mann und Feuchtwanger oder radikale Demokraten wie Tucholsky und Ossietzky. Wer nicht verhaftet war, floh; über 2000 literarisch Tätige verließen Deutschland. Was blieb war, bis auf wenige Ausnahmen, der Bodensatz völkischer Blut-und-Boden-Literatur. Allein wenige Dichter von Rang nahmen Partei für das faschistische Regime, so G. Benn, E. Jünger und G. Hauptmann. Andere wie Wiechert und Carossa empfahlen ihren Lesern die Flucht in die Innerlichkeit und halfen so das Regime stützen. Ein geringer Teil, namentlich jüngere und unbekanntere Schriftsteller blieben in Deutschland und konnten aus der Illegalität den Kampf führen wie Jan Petersen und Günther Weisenborn. Werner Bergengruen und Reinhold Schneider kann man durch ihre Tätigkeit in den letzten Jahren des Faschismus dazu zählen und Albrecht Haushofer, den sein Widerstand das Leben kostete. Bis auf diese wenigen Ausnahmen war die Literatur in Deutschland zwischen 1933 und 1945 tot, gleichgeschaltet. Was blieb, war ein irrationaler Romantizismus, mythische Heldenverehrung und völkisch-nationalistisches Kriegsgeschrei.

Als die Repräsentanten der „Asphaltliteratur" und des „Kulturbolschewismus" vertrieben oder verhaftet waren, mußten ihre Werke vernichtet werden. Diese „moralische Sanierung des Volkskörpers", die die Gleichschaltung vervollständigen sollte, konnte aber nicht mit Verhaftungen und Verboten durchgesetzt werden. Sie mußte in breiterem Maße vonstatten gehen und den Anschein der Freiwilligkeit haben. Dazu bediente sich der faschistische Staat der „Deutschen Studentenschaft". Am 6.4. wurde den Studenten eine vierwöchige Gesamtaktion vom 12.4. bis zum 10.5. angekündigt. Am 8.4. folgte ein detaillierter Durchführungsplan. Mit den „Zwölf Thesen wider den undeutschen Geist" wurde am 12.4. die Aktion eingeleitet und am 10.5. mit der Bücherverbrennung in allen Universitätsstädten abgeschlossen. An dieser Aktion war überhaupt nichts „planlos improvisiert", von den Listen der „verbrennungswürdigen" Bücher, die am 26.4. in den Zeitungen veröffentlicht worden waren, bis zu dem einen Monat zuvor schon bis auf die Stunde festgelegten Ablauf des 10. Mai war alles bis ins Einzelste durchgeplant. Bei Nachbarn, aus Büchereien und Bibliotheken wurden von organisierten Studenten gemeinsam mit SA-Verbänden die Bücher nach den verteilten Listen entnommen und am 10.Mai auf zentralen Plätzen unter Ansprachen von namhaften Germanisten, Hochschuldirektoren und Parteiprominenz verbrannt. Am 12. bzw. 13. Mai folgten die ersten amtlichen „schwarzen Listen" für die Buchhandlungen und Bibliotheken mit Büchern von 131 Autoren, die nicht verbreitet werden durften und deren Besitz strafbar war. Es folgten danach Listen von Büchern für die Gebiete Politik, Geschichte, Wissenschaft, etc.

„Verwerft, was euch verwirrt,/Verfemt, was euch verführt!/Was reinen Willens nicht wuchs,/In die Flamme mit was euch bedroht", so reimten die literarischen Nullen und faschistischen Jubelschreier wie Ernst Bertram auf diesen Akt der geistigen Barbarei und der versuchten Ausrottung aller fortschrittlichen Elemente der deutschen Kultur und Literatur.

Der Faschismus konnte die Arbeiterklasse und das Volk mit brutalstem Terror niederhalten, aber er konnte sie nicht zerbrechen, er konnte die Schriftsteller verhaften, ermorden, vertreiben und ihre Werke verbieten, aber er konnte die deutsche Literatur nicht zerstören. Auch wenn in Deutschland bis auf die Werke aus der Illegalität aus dieser Zeit nichts erschien, was den Namen Literatur tragen kann, so sind zu dieser Zeit im Exil einige der bedeutendsten Stücke der deutschsprachigen Literatur dieses Jahrhunderts entstanden. Und wenn von einer gelungenen Politik der Einheitsfront gegen den Faschismus die Rede sein kann, dann am meisten unter den Schriftstellern und Intellektuellen im Exil. Gemeinsame Zeitschriften wie die „Neuen Deutschen Blätter" von O.M. Graf, A. Seghers, W. Herzfelde und J. Petersen oder „Das Wort" von Brecht, Bredel und Feuchtwanger, gemeinsame Verlage, Anthologien unterschiedlichster Exilschriftsteller, die illegal in Deutschland verbreitet wurden, waren Ausdruck der Volksfront gegen den Faschismus. Die drei internationalen Schriftstellerkongresse zur Verteidigung der Kultur, 1935 in Paris, 1937 in Spanien und 1938 wiederum in Paris, vereinigten nicht nur die meisten deutschsprachigen Schriftsteller der unterschiedlichsten politischen Anschauungen, sondern die Mehrzahl und die Besten der Dichter und Schriftsteller Europas gegen den Faschismus. Von diesen Kongressen wie der gesamten Volksfrontpolitik gingen wichtige Impulse für den Widerstand und Kampf gegen die faschistischen Staaten aus – und sie hatten eine nicht hoch genug anzusetzende Bedeutung für die Klärung der politischen Auffassungen vieler Schriftsteller, von denen ein Großteil gerade durch die Erfahrungen im Exil und in der Volksfrontpolitik den Weg zur Arbeiterklasse fand. „Die Roheit kommt nicht von der Roheit, sondern von den Geschäften, die ohne sie nicht mehr gemacht werden können ... Kameraden, sprechen wir von den Eigentumsverhältnissen!" (Brecht: Eine notwendige Feststellung zum Kampf gegen die Barbarei, Rede auf dem Kongreß 1935)

„Unter dem Jubel der Menge wurden um 11.20 Uhr die ersten Bücher der mehr als zwanzigtausend, die heute auf diesem Scheiterhaufen als symbolischer Akt verbrannt werden, in die Flammen geworfen. Während der Verbrennung der Bücher spielten SA- und SS-Kapellen vaterländische Weisen und Marschlieder, bis neun Vertreter der Studentenschaft, denen die Werke nach einzelnen Gebieten zugeteilt waren, mit markanten Worten die Bücher des deutschen Ungeistes dem Feuer übergaben. 1. Rufer: Gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und idealistische Lebenshaltung! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Marx und Kautsky. 2. Rufer: Gegen Dekadenz und moralischen Verfall! Für Zucht und Sitte in Familie und Staat! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Heinrich Mann, Ernst Glaeser und Erich Kästner ... 7. Rufer: Gegen literarischen Verrat am Soldaten des Weltkrieges, für Erziehung des Volkes im Geiste der Wehrhaftigkeit! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Erich Maria Remarque. 8. Rufer: Gegen dünkelhafte Verhunzung der deutschen Sprache, für Pflege des kostbarsten Gutes unseres Volkes! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Alfred Kerr. 9. Rufer: Gegen Frechheit und Anmaßung, für Achtung und Ehrfurcht vor dem unsterblichen deutschen Volksgeist! Verschlinge, Flamme, auch die Schriften der Tucholsky und Ossietzky."

Neuköllner Tageblatt vom 12.5.1933, zit.n. Ernst Loewy: Literatur unterm Hakenkreuz und Verfolgung bis 1933, Darmstadt 1972, Deutsche Literatur im Exil 1933 – 1945, hrsg. v. H.L. Arnold, Ffm 1974.

„Unter dem Jubel der Menge wurden um 11.20 Uhr die ersten Bücher der mehr als zwanzigtausend, die heute auf diesem Scheiterhaufen als symbolischer Akt verbrannt werden, in die Flammen geworfen. Während der Verbrennung der Bücher spielten SA- und SS-Kapellen vaterländische Weisen und Marschlieder, bis neun Vertreter der Studentenschaft, denen die Werke nach einzelnen Gebieten zugeteilt waren, mit markanten Worten die Bücher des deutschen Ungeistes dem Feuer übergaben. 1. Rufer: Gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und idealistische Lebenshaltung! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Marx und Kautsky. 2. Rufer: Gegen Dekadenz und moralischen Verfall! Für Zucht und Sitte in Familie und Staat! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Heinrich Mann, Ernst Glaeser und Erich Kästner ... 7. Rufer: Gegen literarischen Verrat am Soldaten des Weltkrieges, für Erziehung des Volkes im Geiste der Wehrhaftigkeit! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Erich Maria Remarque. 8. Rufer: Gegen dünkelhafte Verhunzung der deutschen Sprache, für Pflege des kostbarsten Gutes unseres Volkes! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Alfred Kerr. 9. Rufer: Gegen Frechheit und Anmaßung, für Achtung und Ehrfurcht vor dem unsterblichen deutschen Volksgeist! Verschlinge, Flamme, auch die Schriften der Tucholsky und Ossietzky."

Fernsehvorschau:

„Cautio Criminalis oder der Hexenanwalt"

In der Reihe „Auslese – Beispielhafte Fernsehspiele des ZDF" wird dieses Fernsehspiel über die Hexenverfolgung innerhalb des Dreißigjährigen Krieges wiederholt. Die Verbrennung der Kölner Postmeisterin Katharina Henot und die Begegnung mit dem berüchtigten Paderborner „Hexenkommissar" Dr. Schultheiß bringen einen Jesuitenpater zur Einsicht, daß diese Prozesse nichts anderes sind als vieltausendfacher Mord, begangen aus Angst und Aberglauben, aus sexueller Verklemmung, aus politischen Motiven und, nicht zuletzt, aus schamloser Geldgier, vor allem auch der Kirche. Er schreibt ein Buch gegen den Hexenwahn und die Folterpraktiken.

Mittwoch, 13.5., 22.40 Uhr im ZDF

„Im Schlaraffenland"

In einem seiner ersten Romane – jetzt als Fernsehspiel – beschreibt Heinrich Mann das Leben eines Aufsteigers in den „feinen Kreisen" um die Jahrhundertwende, und schildert anschaulich das Leben und Treiben, die doppelte Moral des Großbürgertums am Beispiel Berlins.

Sonntag, 17.5., 19.30 Uhr im ZDF

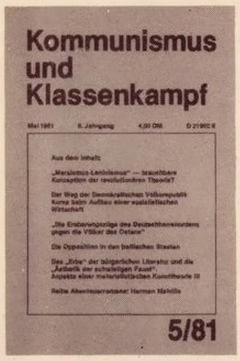
„Moritz, lieber Moritz"

Die „tip" zitiert den Regisseur des 1978 erfolgreichsten deutschen Spielfilms, Hark Bohm: „Ich habe mich immer verpflichtet gefühlt, realistische Filme zu machen, obwohl ich dem inflationären Begriff Realismus inzwischen mißtraue. Eine Banalität, der sich das Medium Film aber zunächst wiedersetzt. Um diese Realität der inneren seelischen Prozesse spürbar zu machen, wie in bestimmten Phasen unserer Entwicklung diese inneren Erlebnisse die der Außenwelt einfach überwältigen, habe ich in den Szenen des Films, in denen die Visionen die Phantasie des Jungen beherrschen, eine größere Schärfe gegeben, als sie die normal auf uns wirkende Realität hat" und bezieht das auf einige „harte" Szenen in diesem Film. Erzählt wird die Geschichte des 15jährigen Moritz, für den zu Beginn der Geschichte die Welt nur aus Bosheit, Verlogenheit und Tod zu bestehen scheint. Am Schluß jedoch hat er einen Lernprozeß vollzogen: Er schaut nicht mehr länger zu, sondern folgt bewußt seinen Interessen.

Montag, 18.5., 21.10 Uhr im ZDF

Kommunismus und Klassenkampf 5/81

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland



Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland / Monatl. / 96 S. / 4,00 DM / Jahresabonnement 45 DM, zzgl. 7,20 DM Porto / Kostenl. Probehefte sind erhältlich

„Wir brauchen mehr Innovationen ...". Faktoren technischen Fortschritts in Westdeutschland

„Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens"
Gerd Koenen

Der Weg der Demokratischen Volksrepublik Korea beim Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft
Wolfgang Seifert

„Marxismus-Leninismus" – brauchbare Konzeption der revolutionären Theorie?
Hans-Gerhart Schmierer

Dokumentation:
Die Opposition in den baltischen Sowjetrepubliken

Das „Erbe" der bürgerlichen Literatur und die „Ästhetik der schwieligen Faust". Aspekte einer materialistischen Kunsttheorie III

Herman Melville: Billy Budd. Reihe Abenteuerromane III

Diskussion Wissenschaftstheorie

Wahrheitsfindung, bürgerliche Wissenschaft und Vulgärwissenschaft

Den dialektischen Materialismus als Leitfaden, nicht als Ersatz der Wissenschaft nehmen

Kurzbesprechungen

Brendan Behan: Bekenntnisse eines irischen Rebellen

Lew Kopelew: Und schuf mir einen Götzen. Lehrjahre eines Kommunisten

Hans Halter (Hrsg.): Vorsicht Arzt! Krise der modernen Medizin

Bericht Arbeitsseminar Rehabilitation

Zu beziehen über
Buchvertrieb Hager GmbH
Mainzer Landstraße 147 · Postf. 119151
6000 Frankfurt · Telefon 0611/730234